



3. Sitzung

Mittwoch, 14. November 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung
der **Tagesordnung**

37 A

Anja Hajduk GAL

68 C

Ingo Egloff SPD

69 D

Dr. Stefan Schulz CDU

71 B

Ausscheiden einer Abgeordneten
(Abg. Antje Blumenthal CDU)

37 A

Rolf Gerhard Rutter

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

74 A

Nachrücken eines Abgeordneten
(Abg. Marcus Weinberg CDU)

37 B

Dr. Willfried Maier GAL

75 A

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

76 D

Niederlegen des Amtes des Zweiten Vizepräsidenten der Bürgerschaft

37 B

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

Wahl eines Zweiten Vizepräsidenten der Bürgerschaft

37 B

**Wahl eines Mitglieds und eines
stellvertretenden Mitglieds des
Ausschusses der Regionen der
Europäischen Union**

Ergebnis

37 C

– Drs 17/1 –

78 C

Regierungserklärung des Senats

37 D

Ole von Beust, Erster Bürgermeister

37 D

Ergebnis

79

Besprechung

37 D

Uwe Grund SPD

45 B

Dr. Michael Freytag CDU

52 A

Senatsmitteilung:

Norbert Frühauf

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

55 D

**Bericht über die Tätigkeit der
Kreditkommission für die Jahre
1997 bis 2000**

Krista Sager GAL

61 A

– Drs 17/24 –

78 D

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

66 C, 76 A

Beschluss

78 D

A Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich zu dieser Sitzung begrüßen. Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, dass auch die Tagesordnungspunkte 3 bis 5 vertagt werden sollen. Es handelt sich hierbei um Wahlen.

Zu Beginn der dritten Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode müssen wir uns von einem langjährigen Mitglied dieses Hauses verabschieden.

Am 8. November 2001 hat die Abgeordnete Frau Blumenthal ihr Bürgerschaftsmandat niedergelegt. Frau Blumenthal hat mir mitgeteilt, dass sie zu diesem Zeitpunkt ihr Mandat im Deutschen Bundestag angenommen habe.

Liebe Frau Blumenthal! Sie waren vom November 1986 bis Mai 1987 und danach seit dem September 1989 Mitglied dieses Parlaments. In diesen Jahren engagierten Sie sich schwerpunktmäßig im Bereich der Sozialpolitik. In der 15. Wahlperiode bekleideten Sie das Amt der Vorsitzenden des Sozialausschusses. Als einen ihrer schönsten politischen Erfolge bezeichneten Sie selbst die Initiative „Barrierefreies Wählen“. Dieses Engagement werden Sie künftig als Vertreterin Hamburgs – wie Sie es selbst formuliert haben – im Bundestag zu Berlin einbringen. Besonders zu erwähnen ist auch Ihre Arbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“, in dem Sie das Amt der Schriftführerin ausübten.

Liebe Frau Blumenthal! Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Ihnen für die geleistete Arbeit. Ich wünsche Ihnen für die neue Aufgabe alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Herr Marcus Weinberg nachgerückt. Herr Weinberg, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich komme zum Tagesordnungspunkt Wahl eines Zweiten Vizepräsidenten.

[Wahl eines Zweiten Vizepräsidenten der Bürgerschaft]

Mit Schreiben vom 31. Oktober 2001 hat Herr Dirk Nockemann das Amt des Zweiten Vizepräsidenten niedergelegt. Wir haben deshalb heute eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive ist Herr Peter Paul Müller vorgeschlagen worden. Weitere Vorschläge liegen mir nicht vor. Die Wahl findet in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren nun so – Sie kennen das schon aus den vorangegangenen Sitzungen –, dass Frau Pawlowski, Herr Farid Müller und Frau Pauly abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Der Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Stimmenthaltung. Bitte

versehen Sie ihn nur mit einem Kreuz. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Pawlowski bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte, nun die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.18 Uhr

Wiederbeginn: 15.26 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Es sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 116 Stimmzettel gültig. Ein Stimmzettel war ungültig. 66 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt, 44 Abgeordnete mit Nein und es gab 6 Enthaltungen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Damit ist Herr Peter Paul Müller gewählt worden. Herr Müller, nehmen Sie die Wahl an?

(Peter Paul Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.)

Dann darf ich Sie bitten, hier oben im Präsidium Platz zu nehmen. Herzlichen Glückwunsch, Herr Müller, und auf eine gute Zusammenarbeit im Präsidium.

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraph 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, eine Regierungserklärung abzugeben.

Regierungserklärung

Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion eine Redezeit von 60 Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Wechsel in Hamburg vollzieht sich in einer Zeit, in der auf der anderen Seite die Menschen mehr denn je Stabilität und Vertrauen wollen.

Die komplizierte internationale Lage und die sich daraus ergebende Änderung der Verantwortung Deutschlands in der Welt, die schwierige wirtschaftliche Entwicklung aufgrund nationaler und internationaler Ursachen und die Befürchtung neuer Terroranschläge machen vielen Menschen Sorgen, nicht wenige haben Angst. Ich kann das verstehen.

Und doch: Wechsel und der Wunsch nach Stabilität sind für mich kein Widerspruch. Stabilität heißt nicht, dass alles immer so bleibt, wie es war, sondern dass sich die Bürge-

C

D

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A rinnen und Bürger trotz ihrer Sorgen auf den Staat und die Stadt verlassen können. Das ist das Ziel der Politik des neuen Senats. Gerade dort, wo die Menschen Sorgen haben, durch einen Politikwechsel verlässlich zu sein, Vertrauen zu schaffen und so für die Anforderungen gerüstet zu sein.

Dabei gibt es für den Senat Grundüberzeugungen, die nicht disponibel sind.

Erstens: Wir sind fest davon überzeugt, dass es die Aufgabe des Staates ist, dem Wunsch der Menschen nach Sicherheit und Geborgenheit in Freiheit Rechnung zu tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sicherheit, äußere und Innere Sicherheit sind dabei zuvorderst eine hoheitliche Aufgabe. In unserer Verfassung hat der Staat das Monopol, das heißt das prioritäre Recht – also die gesetzlichen und die sich daraus ergebenden tatsächlichen Mittel –, für Sicherheit zu sorgen.

Die Kehrseite dieses Rechtes ist aber auch die Pflicht des Staates, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Bei Bedrohungen und Gefahren wegzugucken, ist falsch verstandene Liberalität.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gerade bei Gewalt führt falsch verstandenes Laissez-faire zu immer größerer Hilflosigkeit der Opfer. Hilflosigkeit führt zu Angst, und wer Angst hat, ist nicht frei. Richtig verstandene Liberalität heißt, durch einen starken Rechtsstaat Freiheitsrechte zu sichern. Das werden wir tun, meine Damen und Herren.

- B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zweitens: Respekt vor jedem, gleich welchen Geschlechts, welcher Nationalität, welcher Herkunft, welcher Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung, ist für uns ein wesentlicher Eckpfeiler des menschlichen Zusammenlebens.

Respekt ist dabei mehr als Toleranz. Toleranz ist wichtig, bedeutet aber letztlich nur das Hinnehmen. Respekt ist die Achtung vor jedem – und das ist meine persönliche Überzeugung – als gleichberechtigtem Geschöpf Gottes. Jeder soll seinen persönlichen Weg zum Glück suchen und finden können, ohne Bevormundung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Grenze ist dort, wo das eigene Glück auf Kosten oder zu Lasten anderer gesucht wird. Die Wahrung von Respekt gegenüber dem Nächsten und zumindest die Einforderung von Toleranz heißt für mich auch, dass jeder Bruch dieser wesentlichen Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens, sei er politisch oder schlicht kriminell motiviert, vom Staat konsequent bekämpft werden muß.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Drittens: Wir wollen, dass sich die Stadt und der Staat auf die Aufgaben konzentrieren, die unbedingt staatliche Aufgaben sind. Ich will einen Rückzug des Staates auf den gesetzlich vorgeschriebenen und unbedingt notwendigen Kernbereich.

(Beifall bei Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

– Vereinzelter liberaler Beifall. Das ist erfreulich.

C

Dabei, meine Damen und Herren, heißt staatliche oder öffentliche Aufgabe nicht automatisch, dass die Erbringung dieser Aufgabe auch direkt vom Staat erfolgen muss. Der Rückzug des Staates und die Aufgabenkritik eröffnen neue Handlungsspielräume für bürgerliches Engagement. Eigenverantwortung, Mäzenatentum, Bürgersinn und Privatisierung entlasten den Staat von Unnötigem, ermöglichen es aber gleichzeitig auch, die Kernbereiche noch entschiedener und konsequenter wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zu diesen Kernbereichen gehören vordringlich Sicherheit und Recht, Grundelemente der Daseinsvorsorge – von der Bildung über soziale Schutzfunktionen – sowie planerische Gestaltung und Schaffung einer modernen Infrastruktur, um wichtige Rahmenbedingungen für Wirtschaften und Arbeiten zu setzen.

Ich weiß, wir haben in Hamburg eine motivierte, kompetente öffentliche Verwaltung, die den Willen zur weiteren Leistungssteigerung und Modernität hat. Wir vertrauen dabei auf die Loyalität und die Motivation der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg.

Nebenbei: Diejenigen Behörden, mit denen die Menschen am ehesten in Kontakt kommen, sind die Behörden auf quasi kommunaler Ebene. Das heißt Bezirksämter und Ortsämter. Ich werde hier ganz besonders mein persönliches Augenmerk darauf richten, dass auch diese quantitativ und qualitativ in die Lage versetzt werden, ihre für den Bürger wichtige Aufgabe wahrnehmen zu können. Dazu gehört auch, dass wir in Hamburg Stück für Stück die Verwaltungsreform dahin gehend fortsetzen, dass örtliche Dinge wirklich abschließend auf örtlicher Ebene entschieden und vollzogen werden können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Subsidiarität ist ein Grundsatz, der nicht nur für das Verhältnis vom Staat zu freien, gemeinnützigen oder privaten Einrichtungen gilt, sondern auch für das unmittelbare Staatshandeln von großer Bedeutung ist.

Viertens: Politik ist für uns mehr als die Lösung von tagespolitischen Fragen oder der Versuch, schon jetzt Weichen für die Zukunft zu stellen, sondern auch verantwortliches Handeln in Anbetracht der deutschen und der hamburgischen Geschichte. Natürlich ist unsere Geschichte erheblich mehr als die Schrecklichkeit und die Verfehlungen gerade von Deutschen im letzten Jahrhundert. Trotzdem stehen wir als Deutsche in einer besonderen Verantwortung gegenüber unserer deutschen Geschichte. Diese Koalition ist sich dieser Verantwortung bewusst, und das, meine Damen und Herren, gilt auch ganz konkret im Falle Neuengamme bei der Abwägung der geschichtlichen Verantwortung und dem Taktgefühl gegenüber den Opfern und deren Angehörigen auf der einen Seite und der Notwendigkeit der Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Haftplätzen in Hamburg auf der anderen Seite. Wir werden dafür sorgen, dass es hier rasch zu einer für alle Seiten vernünftigen Lösung kommt. Das garantiere ich Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP und Zuruf von Anja Hajduk GAL)

D

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A Weil wir uns dieser Verantwortung bewusst sind, sage ich aber auch ganz deutlich, dass ich ganz persönlich massiv allen Versuchen gegenüberstehe, durch die Etikettierung „rechts“ von Personen oder Parteien subtil eine Verbindung zu rechtsradikal oder Geschichtslosigkeit herzustellen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Zuruf von *Krista Sager GAL*)

Es mag jeder denken, was er will, aber einen rassen- oder klassenbezogenen Wahrheitsanspruch, der zur Diffamierung politisch Andersdenkender führt, wird es mit uns nicht geben, weder politisch noch moralisch.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch die spezielle hamburgische Geschichte. Moderne Metropolen – darauf hat bereits der Publizist Siegfried Kracauer am Beispiel Berlin in den zwanziger Jahren hingewiesen – laufen Gefahr – wie er es ausdrückte –, „Orte besinnungsloser Gegenwart und hektischen Vergessens“ zu werden. Dieses gilt heute erst recht. Uns kommt daher auch die Aufgabe zu, das Gedächtnis der Stadt zu bewahren, nicht in Gestalt leerlaufender Rituale, sondern immer im bewussten Bezug zur Gegenwart. Das gilt für die Kultur, die Architektur, aber auch für das, was wir als hanseatisch empfinden: Liberalität, Weltoffenheit und das Bemühen um Konsens in wesentlichen Fragen unserer Stadt. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

- B Politik des Wechsels auf der Grundlage der Verlässlichkeit und des Vertrauens heißt damit Politik im Sinne unserer Grundüberzeugungen. Das sind: die Befriedigung des Anspruchs der Menschen auf Sicherheit und Geborgenheit, der Respekt vor dem Nächsten und die Ächtung von Intoleranz, die Rückbesinnung des Staates auf die wesentlichen Aufgaben unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität, die Verantwortung vor unserer Geschichte und die Beachtung hanseatischer Tugenden. Wir wollen ein starkes Fundament entwickeln, auf dem die Menschen in schwierigen Zeiten gemeinsam Halt finden und das Gemeinwesen voranbringen. Ich denke, man kann dabei auch – und muß es auch – voller Anerkennung auf Persönlichkeiten zurückblicken, die in der Vergangenheit die Geschicke unserer Stadt in diesem Sinne geprägt haben. Ich nenne nur die Namen Max Brauer, Kurt Sieveking, Herbert Weichmann oder Paul Nevermann. Wir wissen, wir fangen nicht bei Null an. Persönlichkeiten und Entscheidungen der Vergangenheit wirken bis heute fort und beeinflussen vieles. Aber Demokratie lebt davon, dass dieses weiterentwickelt wird, und lebt auch vom Wechsel. Dies werden wir tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Bei dieser Weiterentwicklung stehen wir vor großen Aufgaben, die neben der Definierung der Ziele auch finanzierbar sein müssen. Sozusagen vor die Klammer gehören dabei nicht nur die uns verbindenden Grundüberzeugungen in der Koalition, sondern selbstverständlich auch die Ziele unserer Finanzpolitik.

Der vorherige Senat hat mit dem Finanzbericht eine Schlussbilanz vorgelegt. Wir werden in Kürze eine Eröff-

nungsbilanz vorlegen. Die Erfahrung lehrt: Eine Schlussbilanz neigt dazu, Dinge schönzuschreiben, eine Eröffnungsbilanz beschreibt die Lage schonungslos.

Schon jetzt lassen sich große Probleme auf der Einnahmenseite feststellen.

(Zuruf von *Erhard Pumm SPD*)

– Wenn Sie die nicht sehen, beneide ich Sie, nur, sie sind objektiv da, meine Damen und Herren.

(*Anja Hajduk GAL*: Manche sind überrascht wie Sie!)

– Ach, Sie meinen, innerhalb von vierzehn Tagen haben wir schon finanzielle Probleme geschaffen. Das wäre ein Rekord, Frau Kollegin. So schnell sind wir auch nicht, bei aller Schnelligkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die internationale Konjunktur-entwicklung, auch aufgrund der Ereignisse vom 11. September, nationale Schwierigkeiten, die Neuregelung des Familienlastenausgleichs, aber auch das noch im Gesetzgebungsverfahren befindliche Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform werden erhebliche Einnahmeausfälle verursachen. Hinzu kommen weitere Risiken, wie die bislang völlig unzureichende Vorsorge für die steigenden Versorgungsleistungen – dies gilt auch für öffentliche Unternehmen – sowie Verbindlichkeiten aus den Nebenhaushalten. Schon jetzt lässt sich feststellen, dass, nachdem der vorherige Senat für das Jahr 2001 eine Lücke im Betriebshaushalt von 620 Millionen DM hinterlassen hat, sich diese Lücke allein im Gefolge der November-Steuerschätzung in Richtung von 1 Milliarde DM vergrößern wird.

Im Klartext heißt dies: Es bleibt bei der Schwerpunktsetzung der Politik des Wechsels in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Verkehr. Was aber auch bedeutet, dass es an anderen Stellen ohne Tabus Aufgabenkritik geben wird.

(*Krista Sager GAL*: Vor allem bei den Senatoren!)

Wer glaubt, der Wechsel in Hamburg bedeute, es gebe keinen Zwang mehr zur Haushaltskonsolidierung, der täuscht sich. Im Gegenteil: Einnahmeausfälle auf der einen Seite und sich realisierende Aufgabenrisiken auf der anderen Seite, verbunden mit notwendigen Mehraufgaben in den politisch gewollten Aufgabenfeldern, verursachen in den anderen Politikfeldern die Notwendigkeit von zum Teil drastischen Einschnitten.

Wir werden und müssen das durchstehen, auch wenn es – das weiß ich jetzt schon – Proteste geben wird. Keiner soll glauben, der neue Senat würde den bequemen Weg der Neuverschuldung gehen. Im Gegenteil: Angesichts mancher noch nicht absehbarer Risiken und der Notwendigkeit, im investiven Bereich Spielräume zu behalten, ist eine Neuverschuldung grundsätzlich der falsche Weg.

Um so mehr kommt es darauf an, Vermögenswerte zu mobilisieren. Mobilisieren heißt aber nicht verramschen, sondern intelligent zu veräußern. Dabei steht die Vermögensveräußerung nicht nur unter den Vorzeichen fiskalischer Überlegungen, sondern zu berücksichtigen sind auch strategische Interessen Hamburgs und der Schutz der sozialen Belange von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zu veräußernden Betrieben. Sie können sich darauf verlassen, dieses ist dem Senat bewusst, meine Damen und Herren.

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber auch hier noch einmal unser Grundsatz: Vermögensmobilisierung soll grundsätzlich nicht dem Ausgleich von Lücken des laufenden Betriebshaushaltes dienen. Sie dient vorwiegend entweder zur Finanzierung von Investitionen in den politisch gewollten Schwerpunktbereichen oder zur Schuldenreduzierung mit der Folge niedrigerer Zinslasten, das heißt größerer Spielräume im Betriebshaushalt, aber auch hier zugunsten der politisch gewollten und definierten Schwerpunktbereiche.

Finanzpolitik ist aus unserer Sicht nicht ausschließlich fiskalische Politik, sondern unterwirft sich dem, was insgesamt politisch gewollt ist, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich im Folgenden darstellen, welche Ziele wir uns auf der Grundlage der eben geschilderten Werte und Haltungen und der finanziellen Handlungsmöglichkeiten gesetzt haben. Dabei bitte ich Sie jetzt schon, auch wenn ich weiß, dass diese Bitte vermutlich vergeblich sein wird, nicht in dem Sinne mit gespitztem Bleistift dazusitzen, um buchhalterisch zu ergründen, zu welchen Bereichen in welcher Länge denn nun etwas oder nichts gesagt wurde.

(Zuruf von Werner Dobritz SPD)

Es geht in dieser Erklärung grundsätzlich darum, die Ziele zu formulieren und nicht das gesamte Koalitionsabkommen – das natürlich Gültigkeit hat – oder gar die Parteiprogramme vorzulesen. Es geht um die grundsätzlichen Ziele und die Ausgestaltung dieser Ziele.

Erstens: Wir wollen ein Hamburg als wachsende Metropole national und international ganz oben sehen, meine Damen und Herren.

B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Bei aller Liebe zu unserer Stadt: Ich glaube, in der Vergangenheit haben wir zu häufig zum Eigenlob geneigt und wollten einfach nicht sehen, dass unsere Stadt im Reigen der Weltstädte an Boden verloren hat. Dies spiegelt sich unter anderem auch in der Einwohnerzahl wider, die von fast 1,9 Millionen auf heute rund 1,7 Millionen Einwohner geschrumpft ist. Die Prognosen sagen eine weitere Reduzierung voraus.

Wir sehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, diese Entwicklung zu stoppen und umzudrehen. Wir wollen die wachsende und nicht die schrumpfende Stadt Hamburg, meine Damen und Herren, das heißt, Hamburg als pulsierende wachsende Metropole, als Tor zur Ostseeregion. Das ist unsere langfristige Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Das heißt natürlich nicht Wachstum um jeden Preis, sondern, dass wir insbesondere um die Menschen in Deutschland und weltweit werben wollen, die aufgrund ihrer Begabung, Fähigkeiten und Kreativität hierher kommen wollen, um sich selbst und der Stadt zu nutzen. Diese Menschen wollen wir gerne in Hamburg haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dazu wollen wir eine geregelte Zuwanderung. Das heißt, dass neben reinen humanitären Aspekten, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, unsere Interessen bei der Zuwanderung eine größere Rolle spielen müssen als bisher. Das bedeutet auch, dass es bei denjenigen, die sich für Hamburg entschieden haben, Rechtssicherheit über den

Status und die Dauer des Aufenthaltes für sie selber und ihre Familien geben muss. Aber Voraussetzung, dass die Menschen, die wir wollen, auch selbst zu uns kommen wollen, unsere Metropole also wächst, ist, dass unsere Stadt so attraktiv wird, dass wir diese Menschen national und international anziehen. Das Potenzial dafür ist da, und wir werden dieses Potenzial durch ein entsprechendes Investitionsprogramm „Wachsende Stadt“ weiter stärken.

Flächenmäßig gibt es große Entwicklungsmöglichkeiten gerade an der Elbe. Andere Metropolen, wie Barcelona, Toronto, Kopenhagen, Vancouver oder Lissabon, haben es vorgemacht, wie attraktiv die Flächenentwicklung am Wasser für die Menschen ist. Das Areal der HafenCity, Flächen am Rand der HafenCity, entlang der Elbe, von Rothenburgsort bis Övelgönne, aber insbesondere auf der südlichen Elbseite bieten sich dafür an. Ich meine, wir müssen die Elbe nicht als etwas Trennendes verstehen, sondern als etwas Verbindendes, an deren Nord- und Südufern gemeinsame riesige Entwicklungschancen für unsere Stadt schlummern. Auch das wirtschaftliche Potenzial ist da. Der Hafen weist seit Jahren Zuwachsraten aus und die Hafenwirtschaft und ihre Dienstleister sind nicht nur traditionell, sondern aktuell einer der wichtigsten Pfeiler für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Hamburg. Der weitere Ausbau von Altenwerder, die Beibehaltung der Flächenreserven in Moorburg und die Option einer weiteren Elbvertiefung sind für uns von größter Bedeutung. Gemeinsam mit den Nachbarländern müssen wir erreichen, dass Hamburg Welt-Endhafen bleibt für diese Region und als Drehscheibe für den Welthandel, insbesondere für den osteuropäischen Raum.

Unsere Stadt hat ebenfalls das Potenzial, herausragender Standort modernster Dienstleistungen zu sein. Das gilt für den kreativen Bereich von Medien über Betriebe der New Economy bis hin zu Werbeagenturen und Firmen im Designbereich. Die angebliche Magnetwirkung oder Subventionsanreize anderer Städte lassen uns nicht resignieren, sondern sind für den Senat Ansporn, so gut zu sein, dass bestehende Firmen hier bleiben und neue Firmen hinzukommen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dazu bedarf es neben zielgenauer Existenzgründungshilfen, der Zusammenfassung bestehender Programme, der Vereinfachung von Genehmigungsabläufen vor allem zweierlei:

Erstens: Kulturelle Veranstaltungen, Events, Festspiele, Ausstellungen und Museen brauchen höchstmögliche Kreativität und Strahlkraft. Wir brauchen den Glanz und die Originalität, um in der Welt noch mehr als bisher auf Hamburg positiv aufmerksam zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Zurufe von Barbara Duden und Erhard Pumm, beide SPD, und Krista Sager GAL)

Dass Sie aufheulen, kann ich verstehen, denn diesen Glanz bringen Sie bestimmt nicht, Herr Pumm.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Olympia-Bewerbung Hamburgs ist in diesem Zusammenhang nicht nur von sportlicher Bedeutung, sondern ein äußerst wichtiges Signal in diese Richtung.

C

D

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

A (Zuruf von *Krista Sager GAL*)

Ich verstehe diese Bewerbung nicht als reine Pro-forma-Angelegenheit, sondern als eine riesige Chance für die Stadt, allein schon durch ein kluges Gestalten der Bewerbung, Hamburg deutschland- und weltweit positiv darzustellen und wichtige Projekte zu beschleunigen. Dazu gehört auch die HafenCity, die die Möglichkeiten bietet, eine einmalige Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Kultur und Sport citynah und zur City werdend zu gestalten. Unser Bemühen ist, die jetzt ins Auge gefassten Planungszeiträume von bis zu 20 Jahren deutlich zu verkürzen. Das muß einfach schneller gehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zur Attraktivität, um als Magnet zu fungieren, gehört heute aber auch insbesondere eine herausragende Hochschullandschaft. Wenn das Wort von der Wissensgesellschaft mit Leben erfüllt werden soll, müssen die Hamburger Hochschulen neben ihrer Breitenwirkung verstärkt Profil zeigen, zum Beispiel in den Bereichen Nanowissenschaften, Biotechnologie, Medizin, aber auch bei Medien, Logistik, Außenhandel und Luftfahrt. Wir wollen Exzellenzbereiche stärken und Hamburg zum Medien- und Medizinzentrum des Nordens ausbauen. Wir wollen ein leistungsfähiges UKE und das Zusammenwachsen von Biowissenschaften und Medizintechnik. Für den Masterplan des UKE soll innerhalb der ersten 100 Tage des neuen Senats der offizielle Startschuss gegeben werden.

B Große Forschungseinrichtungen, wie das DESY mit seinen Projekten, verdienen unsere Aufmerksamkeit genauso wie eine Reihe kleinerer renommierter Forschungseinrichtungen, wie zum Beispiel das Bernhard-Nocht-Institut oder das Heinrich-Pette-Institut, die dann noch besser profiliert werden können, wenn die Umsetzung der Forschungsergebnisse durch einen erheblich verbesserten intelligenten Technologietransfer von kleineren und mittleren Firmen endlich besser genutzt werden kann. Das hilft den Firmen und dient der Finanzierung weiterer Forschung. Der Senat will bei der Umstrukturierung der Hochschulen große Schritte vorangehen. Mehr Wettbewerb, stärkeres privates Engagement und größere Autonomie der Hochschulen sind dabei die zentralen Begriffe für uns.

Bedingungen zu schaffen, dass in Hamburg investiert wird und nach Hamburg gezogen wird, setzt aber selbstverständlich voraus, dass es hierzu einer soliden Basis bedarf. Diese Basis im industriellen, gewerblichen und handwerklichen Bereich darf niemals aus den Augen verloren werden. Wer von der Zukunft träumt und die Basis, die wir hier haben, und die Gegenwart vernachlässigt, macht einen großen Fehler. Die Möglichkeit von diesen Betrieben, auch und gerade im handwerklichen Bereich, sich im Standort weiterzuentwickeln, hat daher für uns eine wichtige und entscheidende Bedeutung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Grund dafür, dass diese Betriebe ins Umland abwandern, liegt nicht nur unbedingt an den höheren Preisen und öffentlichen Belastungen der Metropole, sondern an der mangelnden Entwicklungsmöglichkeit in unserer Stadt. Gewerbe und Industrie gehören zum Leben der Stadt. Es ist eine Illusion, zu glauben, Wirtschaft könne immer nicht störend sein und alles, was auch nur zu geringsten Belastungen führt, gehöre nicht in die Stadt, sondern ins Um-

land. Wir bekennen uns zu der Wirtschaft in der Stadt, auch wenn es Belastungen geben mag. C

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir werden daher mit Nachdruck die Pläne von Airbus Deutschland zur Schaffung neuer Produktionsmöglichkeiten und die damit erforderlichen Rahmenbedingungen weiter unterstützen.

(Zuruf von *Krista Sager GAL*)

Die Chance Hamburgs, einer der drei international profilierten Standorte in diesem Bereich zu werden, wird genutzt. Dabei wollen wir, dass bestehende Einrichtungen, sowohl Betriebe als auch Hochschulen, an diesen Investitionen partizipieren können. Was die zukünftige Chance von Betrieben angeht, werden wir uns nach den vergangenen Entscheidungen der Stadt für große Investitionen vorwiegend jetzt um die kleineren und mittleren Firmen kümmern. Fast 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten in mittelständischen Unternehmen. Die mittelständische Wirtschaft braucht und verdient unsere größte Unterstützung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir wollen, dass die Investitionen, die in Hamburg getätigt werden, auch die Großinvestitionen, die ich angesprochen habe, dann auch dazu führen, dass direkt in Hamburg Arbeitsplätze geschaffen werden und diese Arbeitsplätze auch einhergehen mit einem Wohnungsangebot für die Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten. Wenn wir in Hamburg schon viel Geld für Investitionen ausgeben, dann wollen wir auch, dass die Arbeitsplätze direkt in unserer Stadt geschaffen werden und die Menschen, die hierher kommen, auch in Hamburg wohnen und hier ihre Steuern zahlen. Nur so macht es Sinn. D

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht. All dieses geht nur im Zusammenhang mit einer vernünftigen Verkehrspolitik. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Grundsatz, dass Verkehr im Sinne einer gerechten Güterabwägung zwischen den Interessen der Wirtschaft auf der einen Seite und den Interessen, insbesondere auch den Sicherheitsbedürfnissen der Wohnbevölkerung gestaltet werden muss. Fließender, möglichst schneller Wirtschaftsverkehr bei möglichst geringer Belastung der Bevölkerung sind die Pole, zwischen denen die Entscheidungen gefällt werden müssen. Es muss selbstverständlich viel Rücksicht genommen werden. Rücksichtnahme bedeutet aber nicht, dass diejenigen, die in einer Metropole mit all ihren Annehmlichkeiten wohnen, erwarten können, in Sachen Verkehr habe man – die eigenen Interessen selbstverständlich ausgenommen – den Anspruch auf eine eher dörfliche Idylle. Das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dabei ist der Koalition bewusst, dass viele Entscheidungen, die wir entsprechend dem Koalitionsabkommen anstreben und durchsetzen werden, neben aller Freude auch Proteste hervorrufen werden.

(*Barbara Duden SPD*: Vor allen Dingen bei Ihren Bezirksfraktionen!)

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A Wir suchen den Dialog mit jedem. Unser Ziel heißt aber auch, dass wir die Dinge, die wir wollen, auch tatsächlich durchsetzen werden.

Meine Damen und Herren! Sie können sicher sein, dass wir bei allem Bekenntnis zum Wachstum, zu Investitionen und zum Zuzug dafür sorgen werden, dass Hamburg eine menschliche und lebenswerte Stadt bleibt. Wir wissen, dass eine Stadt mit viel Grün, sauberen oder sauber werdenden Gewässern, Naturschutz, Tier- und Pflanzenvielfalt für das Lebensgefühl jedes Einzelnen, aber auch für den Charme und die Ausstrahlung der Metropole von größter Bedeutung ist.

All diese Ziele werden aber nur erreicht werden können, wenn sich das gesellschaftliche Miteinander dieser Stadt an klaren Vorgaben orientiert. Für den Senat gilt deshalb der Grundsatz: Wir werden die vom Staat zu vollziehenden oder in Auftrag gegebenen Hilfen auf diejenigen und nur diejenigen konzentrieren, die wirklich Hilfe brauchen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gleichzeitig werden wir die Rahmenbedingungen für die verbessern, die leistungsstark und leistungswillig sind. Dabei geht es nicht nur um individuelle Stärken, sondern auch um die jetzt schon vorhandenen Stärken der Stadt. Hamburg ist jetzt schon profiliert als eine Stadt mit einem wichtigen Hafen an zwei Meeren, als Logistiktor zur Ostsee, als Stadt mit einer besonderen Kompetenz im Asien- und vor allem im Chinahandel, als Multimediazentrum und E-Commerce-Metropole. Diese Stärken gilt es auszubauen.

- B Gleichzeitig gilt es aber auch, diese Stärken wirksam zu nutzen, um den Schwachen dann auch helfen zu können.

Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zum Sozialstaatsprinzip. Dies nicht nur aufgrund der rechtlichen Vorgaben, sondern weil für uns Solidarität und Nächstenliebe entscheidende Klammern sind, die auch für das menschliche Zusammenleben unerlässlich sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Donnerwetter!)

Aus diesem Grundsatz resultieren öffentliche Aufgaben, die aber nur dann vom Staat selbst vollzogen werden müssen, wenn nicht freie-gemeinnützige oder private Träger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Dem Grundsatz der Subsidiarität kommt für die Koalition auch hier höchster Stellenwert zu. Gleich, ob die Hilfe von nicht-staatlichen oder staatlichen Einrichtungen gewährt wird: Öffentliche Unterstützungen sollen nur die erhalten und nur so lange erhalten, wie sie sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Selbsthilfe hat Vorrang vor Staatshilfe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nicht der Einstieg und das lange Halten in öffentlichen Hilfsmaßnahmen ist unser Ziel, sondern – wenn nötig – eine zeitlich begrenzte Unterstützung. Sie sollte aber das Ziel haben – und dieses darf man nicht aus den Augen verlieren –, dass diese Menschen möglichst schnell wieder auf eigenen Beinen stehen können und nicht wie Marionetten am Gängelband staatlicher sogenannter Hilfsangebote hängen. Eigenhilfe und Selbständigkeit sind hier das Wichtigste. Unter diesem Aspekt werden wir alle Hilfsmaßnah-

men ohne Tabus unter die Lupe nehmen. Maßstab ist dabei nicht das fiskalische Ziel, Geld zu sparen, sondern der oben genannte Grundsatz öffentlicher Hilfsleistungen verbunden mit dem Ziel, dort zu helfen, wo wirklich Hilfe gebraucht wird, nach entsprechender Überprüfung noch konsequenter und stärker zu entwickeln.

Der Grundsatz der Notwendigkeit, dass der Staat den wirklich Schwachen hilft, ist der wesentliche Grund dafür, dass wir den Bereich Sicherheit und Geborgenheit der Menschen besonders ernst nehmen. Es sind im Wesentlichen nicht die Starken, die von Verbrechen und Gewalt bedroht werden, sondern es sind die Schwachen, die unsere Hilfe brauchen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es sind Kinder und Jugendliche, die bedroht werden, es sind alte und behinderte Menschen, die Angst haben. Wer reich und stark ist, braucht den Staat weniger an seiner Seite, weil er sich durch teilweise kostspielige Schutzmaßnahmen eher selbst zu helfen weiß. Anders verhält es sich bei denjenigen, die sich dieses nicht leisten können.

Wer beispielsweise abends als Serviererin in der Gastronomie arbeitet und nach der Arbeit den Heimweg antritt, hat nicht das Einkommen, um mit der Taxe nach Hause zu fahren, sondern ist auf Busse und Bahnen angewiesen oder muss auf dunklen Fußwegen nach Hause gehen. Diese Menschen, die nicht das finanzielle Polster haben, um sich Sicherheit kaufen zu können, wie in diesem Beispiel gezeigt wird, brauchen einen starken Staat, um sie zu schützen. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das Schutzbedürfnis dieser Menschen ist in den letzten Jahren nicht ernst genug genommen worden. Wir werden daher unverzüglich Maßnahmen einleiten, die dem Schutzanspruch dieser Menschen gerecht werden. Wir werden deshalb kurzfristig für eine erhebliche Ausweitung der uniformierten Präsenz sorgen. Wir werden bisher für andere Aufgaben eingesetzte uniformierte Angestellte und Beamte verstärkt zur Bewachung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einsetzen.

(Anja Hajduk GAL: In Blau!)

Wir werden die örtliche stationäre Polizeipräsenz in bislang unterversorgten Gebieten erhöhen, und wir werden entschieden gegen die öffentliche Drogenszene – sei es Konsum oder Handel – vorgehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nebenbei geht es auch hier um den Schutz der Schwachen. Es geht nämlich darum, junge Leute vor Kontakt mit Dealern zu schützen, aber auch den Süchtigen zu helfen. Weggucken hat nichts mit Weltoffenheit und Liberalität zu tun. Wer meint, Weggucken sei die richtige Antwort, hat nichts verstanden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gleichzeitig wird es uns darum gehen, die Justiz handlungsfähiger zu machen. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Strafjustiz.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

C

D

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A Auch der Inhaber einer kleinen Firma, der statt eines teuren Inkassodienstes auf die Justiz und die Vollstreckung der Urteile vertrauen muss, hat den Anspruch darauf, schnell – auch im Interesse seiner Firma – zu seinem Recht zu kommen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Terrorismusbekämpfung hat dabei für die Koalition auch aus aktuellem Anlass eine hohe Priorität. Viele Menschen fühlen sich nicht zu Unrecht bedroht und der Umstand, dass einige der Attentäter von New York und Washington mit Hamburg in Berührung standen, legt uns hier eine besondere Verpflichtung und Verantwortung auf. Durch Unterstützung von Initiativen auf Bundesebene, die bessere Ausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Polizei wird Hamburg alles in seiner Kraft Stehende tun, um die Terrorismusgefahr einzudämmen. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Was die Aufgaben des Staates gerade zum Schutz der Schwachen und vor Gewalt angeht, wissen wir, dass Repression das eine und Prävention das andere ist. Ich glaube zwar nicht, dass Prävention dazu führt, dass es nur noch gute Menschen gibt. Sie kann aber dazu führen, dass zumindest einiges an Spannungen und Gewalt rechtzeitig abgebaut und verhindert werden kann. Dabei geht es in erster Linie darum, gerade Menschen, die aus Stadtteilen mit großen sozialen Problemen kommen, Chancen und Identität in ihrem Stadtteil zu geben.

- B Eine soziale Stadtteilentwicklung, die aber immer einhergehen muss mit der ortsansässigen Wirtschaft und der Schaffung von Angeboten im Bildungs-, kulturellen und im Freizeitbereich, ist uns wichtig. Wir anerkennen dies ausdrücklich als öffentliche Aufgabe, die aber erheblich mehr als bisher von vorhandenen Institutionen, Vereinen und Verbänden vernetzt wahrgenommen werden muss.

Daneben ist die beste Prävention eine berufliche Perspektive. Wer keine Chance hat auf Erfolg im Leben, ist besonders gefährdet. Nicht nur aus diesem Grunde, sondern weil Arbeit auch Würde und Selbstverwirklichung schafft, ist für uns eine Umkehr in der Beschäftigungspolitik von allergrößter Bedeutung.

Die neue Zuständigkeit bei der Wirtschaftsbehörde hat daher für uns nicht nur Symbolcharakter, sie bedeutet auch einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Statt der Stabilisierung der Menschen im so genannten Zweiten Arbeitsmarkt wollen wir eine schnelle Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt erreichen. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Beschäftigungspolitik heißt für uns, überall dort, wo es geht, die Rahmenbedingungen des Ersten Arbeitsmarktes so zu verbessern, dass diejenigen, die bislang keine Chance hatten, einen dauerhaften Arbeitsplatz erhalten. Dazu können Lohnkostenzuschüsse dienen, aber auch gemeinsam mit der Wirtschaft arbeitende Träger. Entscheidend ist, dass für jeden ein individuelles Programm erarbeitet wird und nicht teure und meist pauschale und erfolglose Großprogramme die wirklichen Probleme kaschieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

An den gleichen Grundsätzen wird sich auch die Bildungspolitik und in diesem Zusammenhang insbesondere die Schulpolitik der Koalition orientieren. Auch hier gilt das, was ich zur Inneren Sicherheit gesagt habe: Vermögende und Starke haben es einfacher. Eltern, die vermögend genug sind, können sich weltweit jede Ausbildungschance für ihre Kinder erkaufen. Nur eine hervorragende öffentliche Bildung kann verhindern, dass schon aus diesem Grunde Startchancen für junge Menschen ungerecht verteilt werden. Bildung als öffentliche Aufgabe dient daher nicht nur der Wissensvermittlung und Erziehung, sondern hat eine wichtige Funktion zur Schaffung von Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Unser Hauptaugenmerk richtet sich dabei zum einen auf die grundsätzliche Qualitätssicherung, indem wir durch die Einstellung neuer junger Lehrer und die Erweiterung der Vertretungsreserven eine garantierte Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau sicherstellen wollen. Zum anderen sollen insbesondere Haupt- und Realschulen in die Lage versetzt werden, durch ein verbessertes Angebot endlich wieder attraktiv zu werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deren Schulabgänger sollen bei den Arbeitgebern endlich wieder auf besonderes Interesse stoßen können. Um dieses finanzieren zu können, bedarf es einer gerechteren Mittelverteilung zwischen den Schulformen. Konkret: Die Bevorzugung der Gesamtschulen gegenüber den Haupt- und Realschulen wird bei der Mittelzuweisung grundsätzlich beendet werden. Wir werden hier endlich für Gerechtigkeit sorgen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) D

Im Sinne des oben Gesagten bedeutet der Wechsel in der Bildungspolitik auch, dass Leistungswillige und Leistungsstarke besser zum Zuge kommen sollen. Wir werden daher die Möglichkeit des Leistungsbeweises durch Einführung von Abschlüssen in den Haupt- und Realschulen einführen, die Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre verkürzen, in den Kernbereichen die Vergleichbarkeit des Abiturs herstellen und die Hoch- und Spezialbegabtenförderung vorantreiben. Auch das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wer von Wissensgesellschaft spricht, darf diese nicht erst bei den Hochschulen beginnen lassen, sondern muss in den Schulen dafür die notwendigen Grundlagen legen.

Dabei ist Bildung mehr als Wissen. Ergänzend zur reinen Vermittlung des Wissens legen wir großen Wert auf die Vermittlung der Werte, die für das menschliche Zusammenleben unverzichtbar sind und zur gemeinsamen europäischen Tradition gehören.

Wir wollen uns besonders um die Menschen kümmern, die familiär schwierige Startchancen haben. Machen wir uns nichts vor, diejenigen jungen Menschen, Schülerinnen und Schüler oder angehende Schülerinnen und Schüler, die zu Hause nicht die deutsche Sprache gelernt haben, oder diejenigen, bei denen die Eltern oder allein die Erziehenden

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A Elternteile kaum Zeit haben, sich um die Kinder zu kümmern, haben schwierigere Startchancen als andere. Nach dem Grundsatz, Hilfe auf die zu konzentrieren, die wirklich Hilfe brauchen, werden wir daher den Sprachunterricht im vorschulischen Bereich besonders in Vierteln mit hohem Anteil nicht deutschsprachiger Kinder ausbauen. Wir werden bei Kindern mit schlechten Deutschkenntnissen frühzeitig Sprachfördermaßnahmen einleiten, damit bei der Einschulung Defizite ausgeglichen und beseitigt werden können. Wir werden die Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung insgesamt gerechter gestalten mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen. Diese Familien brauchen unsere Hilfe.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das sind unsere erklärten Schwerpunkte. Uns ist bewusst, dass dies Geld kosten wird,

(Barbara Duden SPD: Ja!)

auch wenn einige dieser Maßnahmen nicht durch den Staat selber, sondern durch Eigeninitiative oder freie Träger ausgeführt werden könnten. Wer diese Ziele aber will, muss akzeptieren, dass dieses nur durch Umstrukturierung aus anderen Bereichen erreicht werden kann. Das ist uns aber klar.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch zwei Bereiche ansprechen, die mir besonders am Herzen liegen:

- B Die Gleichstellung behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen ist für die Koalition mehr als nur eine rein programmatische Zielsetzung. Wir wollen versuchen, dieses auch zu realisieren. Dabei geht es unter anderem um eine möglichst umfassende Barrierefreiheit im Bau- und Verkehrsbereich und den barrierefreien Zugang behinderter Menschen zu den aktuellen elektronischen Informationsmedien. Um dieses erreichen zu können, suchen wir den engen Kontakt zu den Betroffenen und ihren Verbänden.

Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen ist viel über den Umgang mit Obdachlosigkeit diskutiert worden. Auch hier gilt für uns der Grundsatz: Jeder, der Hilfe braucht und haben will, soll Hilfe erhalten. Wir wollen daher die Verknüpfung von sozial- und wohnungspolitischen Maßnahmen, die bedarfsgerechte und den jeweiligen Notlagen angepasste Organisation der Hilfen und eine möglichst abschließende Lösung von Wohnungsnotfällen.

Die Durchführung dieser Aufgaben kann und soll der Staat nicht alleine machen. Wir benötigen hierfür eine dezentrale Trägervielfalt, um den individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden und eine Abkehr von einem Verschiebeparkplatz sozialer Maßnahmen hin zu einer Begleitung aus einer Hand zu erreichen. Aber ich sage auch: Diejenigen, die Hilfe ablehnen, können daraus nicht das Recht ableiten, sich überall in der Stadt zu Schlaf- oder quasi Wohnzwecken aufhalten zu dürfen. Das ist die andere Seite der Medaille.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wer Hilfe braucht und wer Hilfe annimmt, wird sie bekommen. Wer sie aber nicht annimmt, muss damit rechnen, dass wir in der Stadt den Grundsatz der öffentlichen Ordnung nicht aus den Augen verlieren werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Wir wollen Hamburg gemeinsam mit der Region und darüber hinaus im Ostseeraum zur führenden Metropole entwickeln. Hamburg ist über die Stadtgrenze hinaus auf gute und gleichberechtigte Zusammenarbeit angewiesen. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, sondern genauso stark um die unmittelbare Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden, Kreisen und Städten. Ich will, dass wir uns – unabhängig von den Landesgrenzen – als eine Region verstehen. Dabei sollten über die Ziele des Regionalen Entwicklungskonzeptes hinaus auch neue Instrumentarien der Zusammenarbeit geprüft werden, wie zum Beispiel die Gründung von Zweckverbänden zur Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben. Vielleicht sollte trotz der Landesgrenzen auch einmal das Parlament darüber nachdenken, wie die parlamentarische Zusammenarbeit in der Region besser geregelt werden kann. Bei alledem muss es nicht um die Schaffung einer neuen Bürokratie gehen. Bei aller Partnerschaft mit den Landesregierungen der Nachbarländer bin ich davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit in der Region auch am besten in der Region selbst zu gestalten ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Darüber hinaus wünschen wir uns eine enge Zusammenarbeit mit dem Land Berlin. Das Wort von der „strategischen Allianz“ ist hier oft strapaziert worden. Der Ansatz ist aber richtig: Die beiden größten deutschen Metropolen trennt eine Entfernung, auf der in anderen Kontinenten Ballungszentren entstehen. Das schnelle verkehrliche Zusammenwachsen von Hamburg und Berlin hat für uns erste Priorität. Aber auch in den Bereichen Tourismus, Kultur, Wissenschaft und Forschung kann ich mir eine erheblich engere Zusammenarbeit vorstellen. Diese enge Zusammenarbeit liegt nicht nur finanziell im Interesse beider Städte, sondern auch im Hinblick auf die strategischen Entwicklungschancen in der gesamten Region. Ich meine damit die Ostseeregion.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es in dieser Region und für Hamburg als wichtige Metropole große Chancen gibt. Hamburg hat jetzt schon gute Kontakte zu den EU-Beitrittskandidaten Osteuropas, Polen und den baltischen Staaten. Diese Kontakte wird die Stadt intensivieren. Dies soll gleichzeitig mit einem noch größeren Engagement der Stadt bei den europäischen Institutionen geschehen. Symbolisch unterstrichen wird dies durch die Zuordnung der Zuständigkeit für die hamburgische Europapolitik im Senat im Bereich des Ersten Bürgermeisters und einen eigenen Staatsrat als Bevollmächtigten beim Bund und Europabeauftragten des Senats. Es ist unser Ziel, Hamburgs Stimme im eigenen Interesse mehr Gehör zu verschaffen, aber auch als Fürsprecher für die Beitrittskandidaten, soweit diese es wünschen. Dieses Ziel wollen wir in den nächsten vier Jahren verwirklichen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit mit dem südskandinavischen Raum – Dänemark, Südschweden, insbesondere der Øresund-Region – verstärken. Wir sehen den Bereich Hamburg-Berlin, Polen, die baltischen Staaten und Südsandinavien jeweils als Eckpunkte eines Dreiecks, das gemeinsam zum gegenseitigen Vorteil alle Chancen des europäischen Einigungsprozesses nutzen sollte. Gerade die Globalisierung erfordert es, neben loka-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A ler Wirtschaftspolitik die Zusammenarbeit in der europäischen Region zu verstärken. Dies beinhaltet nicht nur wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern gegenseitige kulturelle Bereicherung, gemeinsame Forschungsvorhaben, Begegnungsmöglichkeiten junger Leute und – soweit dies irgendwie möglich ist – eine gemeinsame Stimme dieser Region in Europa und in den dortigen Institutionen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Priorität der Hamburger Politik heißt nicht, dass wir unsere Verpflichtung aufgrund der Tatsache, dass wir weltweit die zweitmeiste Anzahl von Konsulaten haben, vernachlässigen wollen. Im Gegenteil. Zusammenarbeit in der Region und Freunde in aller Welt gehören zusammen. Wir werden Hamburgs traditionelle überseeische Verbindungen nach Asien, nach Lateinamerika, nach Afrika pflegen und ausbauen. Mehr Internationalität wird unserer Stadt gut tun.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Politik des Wechsels in Stabilität, eine Politik, die klare Wertvorstellungen und Haltungen hat, die Hamburg zu einer wachsenden Metropole machen wird, Schwachen hilft, Leistungswillige und Starke unterstützt sowie die internationale Zusammenarbeit pflegt, wird die Politik des Senats sein.

Ich reiche jedem die Hand, sich an dieser Politik oder an Teilen dieser Politik engagiert zu beteiligen. Wir wollen das Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern und eine faire Zusammenarbeit mit dem Parlament. Eine rituelle Konfrontation passt nicht mehr in die Zeit. Die Zeiten ideologischer Auseinandersetzungen sind vorbei. Lassen Sie uns dem dadurch Rechnung tragen, dass wir bei allen parteipolitischen Unterschieden gemeinsam eines im Auge haben: das Wohl unserer Freien und Hansestadt Hamburg.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst ein Kompliment, Herr von Beust: Man merkt Ihrer Regierungserklärung an, dass endlich hamburgische Beamte ran durften. Sie ist inhaltlich deutlich stärker als die Koalitionsvereinbarung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man merkt, auf die hamburgischen Beamten ist Verlass. Weiter so, kann ich da nur sagen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Da seien Sie mal sicher! – Bernd Reinert CDU: Auf viele Jahre!)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Dame, meine Herren Senatoren, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Selbstverständlich gratuliere ich dieser neuen Regierung zu ihrem Wahlerfolg.

(Beifall bei der FDP)

Wir wünschen Ihnen im Interesse Hamburgs und seiner Bürgerinnen und Bürger eine glückliche Hand.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion wird Ihnen eine kritische, aber konstruktive Opposition sein.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Hoffentlich!)

– Warten Sie es ab; Sie werden es erleben.

Gerne nehmen wir das Angebot an, dort, wo möglich, gemeinsam zum Wohle Hamburgs zu arbeiten. Wir würden das auch gern, wie Sie sagen, jenseits ideologischer Auseinandersetzungen tun, auch wenn das nach dem Wahlkampf wirklich schwer fällt.

(Beifall bei der SPD)

Leider müssen wir aber in Ihrer Rede, Herr von Beust, erkennen, dass sie voll alter, überholter, unbrauchbarer Ideologien ist, die sich in glatten und schönen Formulierungen zu verstecken sucht.

Nehmen wir die von Ihnen genannten vier Grundüberzeugungen:

Sie sprechen zuerst von Sicherheit, für die Sie sorgen wollen. Stattdessen haben Sie in wenigen Wochen seit der Wahl zahllose Menschen in dieser Stadt verunsichert.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, das ist so!)

Was versprochen wurde, wird wieder zurückgenommen. Keiner weiß, woran er bei Ihnen ist. Verlässliche Politik ist aber eine wesentliche Voraussetzung für Sicherheit. Wir sehen, Sicherheit heißt bei Ihnen zuerst Verunsicherung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die zweite Grundüberzeugung war das Thema Respekt. Was aber heißt bei Ihnen Respekt? Respekt vor jedem, gleich welchen Geschlechts, wenn in Ihren Reihen – ob im Senat oder in der Fraktion – kaum Frauen zu finden sind? Was heißt Respekt vor jedem, gleich welcher Nationalität, wenn Ausländer in Ihrem Koalitionsvertrag nur im Zusammenhang mit Abschiebungen und Kriminalität vorkommen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir sehen, meine Damen und Herren, Respekt heißt bei Ihnen Missachtung.

Die dritte Grundüberzeugung war: Rückzug des Staates. Das machen wir gern mit, wo es sinnvoll ist. Sie aber wollen gar nicht den schlanken Staat, sondern Sie wollen den magersüchtigen Staat. In der Sozialpolitik wollen Sie die Schwächsten sich selbst überlassen. Wir sehen, Rückzug des Staates heißt bei Ihnen, der Staat lässt die Menschen im Stich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die vierte Grundüberzeugung: Geschichtliche Verantwortung. Dass Sie dieses Wort heute in den Mund nehmen, ist angesichts der unseligen Debatte um die KZ-Gedenkstätte in Neuengamme fast zynisch. Wir sehen, geschichtliche Verantwortung heißt bei Ihnen, daran denken Sie erst, wenn die Proteste zu laut werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Regieren, so hat kürzlich Ihr Abgeordneter Karl-Heinz Ehlers mit einem Begriff ausgedrückt, den ich sonst nur von meinen Kindern kenne, sei geil.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Er hat sich ja auch auf seinen Sohn bezogen!)

Herr Ehlers sprach weiter von Schwielen am Hinterteil, die viele Jahre Opposition bei ihm hinterlassen hätten.

(Uwe Grund SPD)

- A Aus entsprechender Erfahrung können wir berichten, dass auch für regierungstragende Fraktionen belastungsfähiges Sitzfleisch nötig ist, Herr Ehlers.

(Beifall bei der SPD)

Es haperte aber bei der CDU vor allem an Disziplin. Wie zu lesen war, sollen in Zukunft Schwänzer bei Ihnen 50 Euro Strafgeld zahlen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Mussten sie bisher auch zahlen!)

Hier ein weiterer Vorschlag, Herr von Beust: Herr Dr. Freytag bekommt vom Ersten Bürgermeister zum Nikolaustag eine Rute für besonders hartnäckige Hinterteile geschenkt. Er wird sie brauchen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Habe ich jetzt schon gekriegt!)

Nach der Wahl feiert sich die neue Regierung. Das kann ich verstehen. Aber während Sie sich fröhlich feiern lassen, verkünden Sie für Arbeitslose, für Obdachlose und Arme schwere Zeiten. Ihr Handschlag besiegelte für Hamburg leider den Weg zurück. Ihre Koalitionsvereinbarung atmet den Geist vergangener Jahre. Wenn man sie studiert, weht einem der Muff der sechziger Jahre entgegen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das war die Zeit, als die Welt noch in Ordnung war. Der HSV bot Spitzenfußball und das Rundstück kostete einen Groschen.

(Dietrich Wersich CDU: Wo Sie groß geworden sind!)

- B Sie haben Hardliner-Ziele, aber wenig Fingerspitzengefühl. Ihr Koalitionsvertrag hebt hervor, dass vor allem in vorwiegend von Zuwanderern bewohnten Gebieten mehr Polizei auf der Straße patrouillieren soll. Ich möchte es in Bildern ausdrücken, die Herr Lange so schätzt: Wenn dieser Koalitionsdampfer die Hamburger Politik vier Jahre lang durch Stürme und schlechtes Wetter führen soll, ist mir nicht wohl.

(Beifall bei der SPD)

Auf mich wirkt diese Schönwetter-Troika wie das Personal eines Butterdampfers.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Butterdampfer gibt's nicht mehr, das ist nicht mehr aktuell!)

Bei der ersten Untiefe könnte das koalitionäre Partyschiff zerschellen, trotz Admiral, trotz Bürgermeister und trotz Schill am Ruder.

(Ekkehard Rumpf FDP: Jetzt fangen Sie mal mit der Rede an!)

Lieber Herr von Beust! Ich habe mir die Mühe gemacht, Ihre Rede zur Regierungserklärung von Ortwin Runde 1997 nachzulesen. Sie klagten damals über hohe Arbeitslosigkeit und warfen uns vor, nichts dagegen zu tun. Es gab fast 100 000 Arbeitslose in der Stadt. Nun sind es 70 000. Mich treibt die Sorge um – und, ich glaube, nicht mich alleine –, wie viele wir in Hamburg in vier Jahren zählen werden müssen, da Sie diesem Thema so gut wie keine Beachtung schenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Für mich ist dieser Koalitionsvertrag so etwas wie ein lückenhafter Migränetext. Es steht nichts darin von Ar-

beitslosen, nichts von Arbeitsmarktpolitik, nichts vom Airbus, nichts von Gleichstellung, kein Wort zur Integration. Die Liste wäre beliebig fortzusetzen. Wo sind die Inhalte? Wo ist die Begeisterung? Wo ist der Mut? Wo sind die Visionen?

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Fragen Sie mal Schröder, der weiß, wie man das macht!)

Nur gähnende Langeweile. Sie sind ja schon bei der Rede eingeschlafen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr von Beust, Sie sind der eigentliche Wahlverlierer. Sie sind der Bürgermeister mit dem schlechtesten Wahlergebnis, das je ein Hamburger Regierungschef hatte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aus dem einstigen „jungen Wilden“ wurde erst ein junger Milder und jetzt – wie es die Zeitungen formulieren – ein Bürgermeister von Schills Gnaden. Schade eigentlich. Aber irgendwie ist das auch wieder konsequent. Schließlich sind die CDU in Hamburg wie auch die CDU in Berlin keine Volksparteien mehr. Nicht einmal jeder fünfte Wahlberechtigte in Hamburg hat CDU gewählt. Dagegen bleibt die SPD die Hamburg-Partei. Das ist ein Fakt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zwei Dinge gilt es festzuhalten: Wenn die Opposition die Schule fürs Regieren ist, dann müssen wir sagen, dass wir von der CDU nach einer so langen Ausbildungszeit mehr erwartet haben, als sie geliefert hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Bisher sorgten Sie nur durch zweifelhafte Rekorde für Aufsehen. Noch nie hat sich eine neue Regierung in dieser Republik so schnell und so kaltschnäuzig von ihren Wahlversprechen verabschiedet, wie Sie das getan haben. Gleichzeitig gibt es ein paar unrühmliche Premieren. Zum ersten Mal muss sich ein Hamburger Senator vor Gericht verantworten, zum ersten Mal wird die Gewaltenteilung – ein Grundpfeiler der Demokratie – missachtet, indem leitende Mitarbeiter von Senatoren in der Bürgerschaft sitzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit haben Sie nach nur zwei Wochen im Amt, Herr Schill, Ihren ersten Filzskandal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit aber nicht genug.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Sie sind ein Clown! – Zuruf von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sollten gar nicht über Filz reden! – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Grund hat das Wort und soll es auch behalten.

Uwe Grund (fortfahrend): Ich freue mich, dass ich Sie aufgeweckt habe.

(Heiterkeit bei der SPD)

Damit aber nicht genug. Es ist nicht zu fassen, wen dieser Senat in so kurzer Zeit schon alles gegen Hamburg aufgebracht hat.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie vor allem!)

(Uwe Grund SPD)

- A Hamburg wurde zum Gespött der deutschen Kulturszene.
(Beifall bei der SPD)

Die Weltöffentlichkeit ist empört wegen Neuengamme. Der Vorsitzende von Amicale Internationale in Frankreich musste anreisen, um das Schlimmste zu verhüten. Alle Innenminister aus Nord und Süd, von Herrn Buß in Kiel bis zu Herrn Beckstein in München, sind über Hamburgs starken Mann aufgebracht. Die Elternkammer protestiert gegen die Aufhebung der Schulbereiche und die Gewerkschaften formieren sich gegen den Ausverkauf der öffentlichen Unternehmen. Die Kirchen sprechen von sozialer Kälte

(Beifall bei der SPD)

und selbst die Handelskammer, hanseatisch vornehm, wie sie ist, sieht Nachbesserungsbedarf. Das alles in vierzehn Tagen, Donnerwetter, meine Damen und Herren, tolle Leistung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In Wahrheit ist es alles andere als lustig. Herr von Beust, Sie haben einen Zweiten Bürgermeister, der von sich behauptet, er sei der verkörperte Protest. Nun sucht er verzweifelt nach einem neuen Image, denn jeder weiß, dass der Protest nicht lange regiert. Schills Versprechungen hatten eine erstaunlich kurze Halbwertszeit. Kürzlich sagte ein Bürger auf der Straße, der neue Innensenator habe die Qualität eines schlechten Schaumweins, perlt kurz auf der Zunge, danach hängt er irgendwie lau im Gaumen.

(Beifall bei der SPD)

- B Nun gibt der neue Senat Interviews, in denen er von tieferer Symbolik redet. Überhaupt halten Sie, Herr von Beust, und Ihre beiden Freunde es nun viel und gerne mit Symbolik, von leuchtenden Denkmälern über blaue Uniformen bis zu grünen Pfeilen für Rechtsabbieger. Wir haben nichts gegen ein paar blaue und grüne Farbkleckereien, aber viel mehr als politische Graffiti kommt dabei nicht heraus.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Jetzt ist Schluss mit lustig, jetzt muss regiert werden. Diese Regierung muss sich den Mühen der politischen Realität stellen und sich damit auseinander setzen.

(Beifall bei der SPD)

Über die Handlungskompetenz der neuen Regierung gibt es einen Schwank zu erzählen. Die politische Arbeit des neuen Senats beginnt mit einem Kompetenzwirrwarr, meldet die „Welt am Sonntag“ am Beispiel der geschlossenen Jugendheime. Für das Thema fühlt sich im Moment keine Behörde richtig zuständig. Justizsenator Kusch betont gegenüber der „Welt am Sonntag“, dass er den Schwerpunkt der Problematik nicht im Justizbereich sehe. Die Sozialministerin Schnieber-Jastram wollte sich nicht äußern, schiebt den Ball in Richtung Schulbehörde, doch Schulsenator Lange muss erst klären, ob das seine Kompetenz ist. Die harte Realität holt einen schnell ein, vor allem, wenn man nicht einmal in der Lage ist, vor den Problemen, die auf einen zukommen, rechtzeitig zur Seite zu springen.

(Beifall bei der SPD)

Irgendwie ist der Start des neuen Senats im doppelten Sinne des Wortes zu einer kulturlosen Veranstaltung geworden, zu einer tragischen Abfolge von Pleiten, Pech und Pannen. Ich erkenne an Ihren Handlungen aber schon ein gewisses Muster für den Politikstil dieser Koalition: Zu-

nächst Duftmarken versprühen, Symbole postulieren und dann ausprobieren, wie weit man mit den politischen Zumutungen gehen kann, danach als flotter Dreier ohne Steuermann zurückrudern, wenn der öffentliche Druck zu groß wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Bei der Hamburger FDP hatte ich die Hoffnung, dass sie sich auf ihre eigene Geschichte besinnt, doch der Befund ist tragisch. Eine Traditionsgeschichte weltoffener Liberalität in der Hansestadt wird geopfert für einen Schulsenatorenposten und ein paar Doppeldiäten. Ein Mann wie Herr Lange, der erst vor zwei Jahren in die Partei eintrat, hat sich für „Schill-ernde“ Politik zum Beust-Wahlverein gemacht. Das war zu billig, Herr Lange. So wenig ist Ihre Partei nicht wert, dass Sie sie samt liberaler Werte für eine Spießbürger-Kleinkoalition verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihrem Koalitionsvertrag fiel mir das Zitat eines chinesischen Philosophen ein, der sich zum Thema „hochfliegende Pläne“ mahnend geäußert hat.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Mao Tse-tung wahrscheinlich!)

„Die Pläne sind wie fallender Schnee, wunderschön gleichmäßig und perfekt anzusehen, glitzernd und strahlend. Doch wenn der Boden der Tatsachen erreicht ist, wird alles zu grauem Matsch.“

(Dr. Michael Freytag CDU: Deshalb seid ihr abgewählt worden!)

Sie haben mit heißer Nadel diesen Koalitionsvertrag gestrickt und der ist wenig perfekt und glitzernd. Dieser Turbotext entstand zu Lasten der Qualität; jetzt fällt Ihnen das Ganze vor die Füße.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Darüber beklagen wir uns nicht. Die Opposition ist schließlich für jede Steilvorlage dankbar und die liefern Sie wirklich reichlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zur Arbeitsmarktpolitik hat die neue Regierung im Koalitionsvertrag zum Beispiel nichts zu sagen, der Begriff kommt überhaupt nicht vor. Es wird lediglich davon gesprochen, Mittel des Zweiten Arbeitsmarkts in Lohnkostenzuschüsse umzuwandeln und die verbleibenden Angebote zu dezentralisieren. Inhaltliche Vorstellungen, konkrete Überlegungen oder Konzepte: Fehlanzeige. Etwas konkreter hat sich dann der neue Wirtschaftssenator Uldall geäußert. Originalzitat:

„Der Arbeitsmarkt ist keine soziale Aufgabe.“

Falsch, Herr Uldall, ganz falsch. Es gibt keine bessere Sozialpolitik, als arbeitslose Menschen in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Bei 70 000 Arbeitslosen in Hamburg, davon 7000 junge Menschen, ist die Aussage, dass der Arbeitsmarkt kein soziales Problem sei, mehr als ein rhetorischer Fehlgriff.

(Rolf Kruse CDU: So hat er das nicht gesagt!)

Ihnen muss doch klar werden, dass es Menschen gibt, die zunächst wieder einmal an Arbeit herangeführt werden müssen oder für deren Qualifikation es entsprechende

(Uwe Grund SPD)

- A Arbeitsplätze gar nicht gibt. Hier müssen niedrig schwellige Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen bereitgestellt werden.

(Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben doch nichts getan!)

Dieser Senat glaubt, keine Arbeitsmarktpolitik zu brauchen und die Beschäftigungsträger platt zu machen. Und was ist dann, Herr Uldall? Ich werde Ihnen sagen, was dann geschieht. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, die Sozialhilfekosten werden steigen und Frau Schnieber-Jastram wird bei Ihnen anklopfen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Und hinterher wird der Bürgerblock erklären, das lag an den Arbeitslosen, die wollten nicht.

Was geschieht denn mit den Übriggebliebenen? Da finden sich dann innovative neue Regierungsansätze wie für drei Mark fegen im Park; na Klasse. Sie glauben, es müssten nur genügend Schmiermittel in die Betriebe und dann nehmen die uns die Arbeitslosen ab; das ist ein fataler Irrtum. Reden Sie mit den Unternehmern. Die Betriebe stellen die Menschen ein, die sie für konkret anliegende Aufgaben brauchen, und lassen sich auch nicht durch noch so großzügige Lohnkostenzuschüsse ermuntern, Langzeitarbeitslose einzustellen. Wir haben das alles versucht, wir haben das Geld wie Sauerbier in der Stadt angeboten. Herr Uldall, dieses Konzept wird scheitern, Sie werden es erleben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hauen Sie die Beschäftigungsträger nicht zu Klump, gehen Sie hin, reden Sie mit den Betroffenen und den Fachleuten, wenn Sie uns schon nicht glauben wollen.

- B Sie selbst, Herr von Beust, haben eben gesagt, die beste Prävention sei die berufliche Perspektive; das sehen wir genauso. Aber wenn Sie die Arbeitsmarktpolitik aufgeben und an dieser Stelle Konzepte von Zero tolerance, wie sie Herrn Schill vorschweben, setzen, dann stehen Ihnen Entwicklungen wie in den USA bevor. Die Jugend- und Migrantenkriminalität wird dann steigen. Herr von Beust, machen Sie wie Ihr Vorgänger das Thema Berufsausbildung zur Chefsache, das lohnt sich. Es ist jedenfalls besser, als Ampeln zur Bürgermeistersache zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vergessen Sie nicht, dass, wer viel gegen Arbeitslosigkeit tut, am Ende viel für Innere Sicherheit macht, und dies im Sinne des Gemeinwohls unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Meine Damen und Herren! Bei der Inneren Sicherheit akzeptiert die SPD ausdrücklich manche Kritik, die an ihrer Politik in der Vergangenheit geübt wurde. Nicht erst seit Olaf Scholz das Amt des Innensensors übernommen hat, haben wir viele Positionen überprüft und uns inhaltlich neu aufgestellt. Es gibt für uns keinen Anlass, von dieser Linie wieder abzurücken. Dieser Senat ist gewählt worden, weil sich viele Menschen in dieser Stadt nicht sicher fühlen und meinen, das rechte Bündnis werde das ändern. Es ist ein offenes Geheimnis, dass viele der vollmundigen Versprechungen schon wieder kassiert sind und andere nur halbherzig erfüllt werden. Wir garantieren der neuen Regierung, sie an ihren eigenen Zusagen zu messen. Wir werden jeden Polizeibeamten und jeden Vollzugsbediensteten zählen, der neu eingestellt wird, seien Sie sicher.

(Beifall bei der SPD)

C Sorge bereitet uns, worauf der Senat im Zusammenhang mit Sicherheit überhaupt nicht eingegangen ist, zum Beispiel Strategien zur Prävention von Kriminalität und Drogenmissbrauch zu entwickeln, Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs, Bekämpfung der häuslichen Gewalt, Förderung der Anzeige- und Aussagebereitschaft besonders bei Jugendkriminalität, Sicherheitspartnerschaften, die Polizeikommissariate, Abschöpfen von Verbrechensgewinnen – was passiert mit dem Geld? –, ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige, Änderung des SOG. Planen Sie eigentlich ein neues Polizeigesetz?

Sie sehen, an Handlungsfeldern, die wir mitgestalten wollen, mangelt es nicht. Wir werden die Koalition auch unterstützen, und zwar in so wichtigen Fragen wie der schnellen Besetzung der offenen Stellen bei Justiz und Polizei. Wir unterstützen sie bei der vermehrten Einstellung von Mitarbeitern nichtdeutscher Herkunft bei der Polizei, bei der Fortführung der Handlungskonzepte St. Georg und bei der Stärkung des Opferschutzes.

Herr Schill, bei der Innenministerkonferenz haben Sie sich statt blauer Uniformen blaue Augen geholt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie merken, dass man hier mit Symbolik nicht weiterkommt. Nur große Töne spucken reicht eben nicht. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass hier kluges und verantwortliches Handeln gefragt ist.

Dies gilt auch für den Finanzbereich; Sie sprechen von Kassensturz und großer Erblast. Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Wenn Ihnen das Erbe zu schwer wird, sagen Sie uns einfach Bescheid.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Meine Damen und Herren von der Regierung, es ist klar, dass Sie jetzt mit der Legende kommen, das Defizit liege viel höher, als man ahnen konnte. Deshalb stelle ich hier fest: Sie haben die besondere Chance, nach jahrelangem harten Konsolidierungskurs die Stadt mit einem sanierten Betriebshaushalt zu übernehmen, und nicht nur das. Sie übernehmen eine hochmoderne effiziente Verwaltung öffentlicher Unternehmen und einige sehr clever ausgehandelte Verkaufsoptionen öffentlicher Beteiligungen. Mich erstaunt, wie locker Sie mal eben erklärt haben, dass Sie all Ihre Wahlversprechen ohne zusätzliche Defizite bezahlen wollen.

Ein Wort zu den sinkenden Einnahmen. Sie selbst, Herr von Beust, haben eben gute Gründe genannt, die Neuordnung des Familienlastenausgleichs und die Steuerreform. Da sei daran erinnert, dass wir in der Familienpolitik heute für Fehler bezahlen, die die Kohl-Regierung 16 Jahre lang gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Natürlich ist das so.

Die Steuerreform ging der CDU doch gar nicht weit genug. Wenn Sie sich durchgesetzt hätten, wären die Einnahmeverluste für Hamburg noch viel größer, als sie gegenwärtig sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Da sind Sie leicht im Irrtum!)

Wir bauen auf den neuen Finanzsenator. Herr Senator Peiner, die Erwartungshaltung in der Stadt ist, dass Sie die Begehrlichkeiten Ihrer Fachkollegen im Zaune halten. Die vagen Andeutungen Ihrer Kollegen, das Vermögen der

(Uwe Grund SPD)

- A Stadt zu mobilisieren, durch Verkäufe zusätzliches Geld schöpfen zu wollen, machen uns wirklich große Sorgen und nicht nur uns. Sie wollen die Ausgabensteigerungen niedrig halten und sogar nominal weniger ausgeben; wir hören das wirklich gerne. Wie diese Regierung bei einer eisernen Hand des Finanzsenators mehr Polizei, mehr Lehrer, mehr Richter, mehr Vollzugsbeamte in den Gefängnissen, geringere Kindergartenbeiträge bei weniger Gewerbesteuer erreichen will, bleibt vorläufig ihr Geheimnis. Vielleicht wird es irgendwann gelüftet.

Herr Peiner, Sie gelten als harter Arbeiter und strategischer Kopf und außerdem als zäher Unterhändler mit kompromissloser Sachlichkeit und scheinen der einzige Garant dieser Regierung für finanzpolitische Solidität zu sein. Ihre Ankündigung, bei Privatisierungen das Stadtinteresse in den Mittelpunkt zu stellen und kontraproduktive Veräußerungen zu verhindern, werden wir nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Frage der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen ist für Sozialdemokraten keine ideologische Frage, ganz im Gegensatz zur CDU und vor allem zur FDP, die schon allein in der Überführung öffentlichen Vermögens in private Hand einen ordnungspolitischen Wert sieht. Es geht auch um Güterabwägungen.

Erstens: Können wir wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge, Bereiche wie Wasser, Verkehr, Entsorgung oder Standortpolitik wie Hafen und Landesbank ganz oder teilweise in fremde Hände geben? Rechnet sich der Verkauf überhaupt?

- B Zweitens: Bleibt nach der Schuldenreduzierung mittels Verkaufserlös, auch nach Abzug der nicht mehr in den Haushalt fließenden Gewinne, noch wirklich eine Nettozinsersparnis übrig?

Drittens: Wird diese Nettozinsersparnis auch wirklich nur – und nicht der eigene Verkaufserlös – für die vergänglichen Ausgaben verbraucht?

Viertens: An wen wird verkauft und noch viel wichtiger, was bedeutet das für die Verbraucher hinsichtlich Qualität und Preis, zum Beispiel beim Wasser und bei der Entwässerung? Was bedeutet aber der Verkauf vor allem für die Beschäftigten dieser Unternehmen?

Man kann eben nicht alle Lebensbereiche der Profitorientierung unterwerfen. Herr von Beust, Sie haben eben selbst gesagt, dass Sie bei der Privatisierung die strategischen Interessen Hamburgs und die sozialen Belange der Mitarbeiter berücksichtigen wollen. Herr Peiner, nehmen Sie Ihren Bürgermeister beim Wort.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt hinzuzufügen: Die wirklichen Schätze Hamburgs liegen nicht in der Schatulle des Finanzsenators, sondern in den Köpfen der Menschen dieser Stadt. Die wahren Goldgräber sind demnach im Senat Herr Lange und Herr Dräger. Letzterer hat besonders gute Ansätze. Man merkt der Passage zur Wissenschaftspolitik im Koalitionsvertrag an, dass ein Experte mitgewirkt hat. Glückwunsch, Herr Dräger.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir werden Ihr Tun und Lassen sehr aufmerksam verfolgen. In der Schulpolitik haben Sie, Herr von Beust, eine gerechte Mittelverteilung zwischen den Schulformen ange-

mahnt. Wir brauchen keine Debatte über Schulformen, sondern eine Debatte über Qualität in Schulen.

(Beifall bei der SPD – *Karl-Heinz Ehlers CDU*: Plötzlich entdecken Sie das!)

Was kann und soll Schule in Zukunft vermitteln? Welches Wissen und welche Fähigkeiten sind nötig? Wo können und müssen Lehrpläne entrümpelt werden? Das sind die Zukunftsfragen, denen Sie sich stellen müssen.

Schule muss als Lebensort begriffen und gestaltet werden. Erst dann entfaltet sich eine Symbiose von Lernen und Freizeit. Für die SPD sind Chancengleichheit und Leistungsorientierung kein Widerspruch.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch sozialdemokratisch geführte Landesregierungen, die ein Abitur nach zwölf Schuljahren anstreben. Wir lehnen diesen Weg nicht einfach ab. Wir wollen mit Ihnen und der ganzen Stadt diskutieren, was im Interesse der Schüler und ihrer Eltern liegt, welche Folgen dieses System für die Qualität hat. Gymnasien kann man so gestalten, dass nach zwölf Jahren das Abitur absolviert wird. Allerdings muss der Unterricht anders verteilt werden, um die bundesweit festgeschriebenen Stundenumfänge zu erreichen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Darauf wären wir nicht gekommen!)

Zum Thema Schulgebietsgrenzen ist zu sagen, dass es ohne begleitende Maßnahmen, Herr Lange, durch Aufhebung der Schulgebietsgrenzen in benachteiligten Stadtteilen zu einer Verschärfung der sozialen Situation kommen wird. Ausgrenzung darf nicht zum Credo von Bildungspolitik werden. Allerdings rudert Herr Lange bei diesem Thema auch schon zurück. Wir legen den Eltern, die für ihre Kinder die besten Schulen fordern, keine Steine in den Weg. Sie haben das Recht dazu, solche Forderungen zu stellen. Allerdings hat der Staat die Pflicht, für Chancengleichheit zu sorgen. Wir werden darauf achten, Herr Senator Lange, wie Sie den Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit umsetzen. Durch eine gleichmäßige Verteilung der Mittel auf alle Schulen wird Ihnen dies unter den gegebenen Tendenzen jedenfalls so nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Sprachliche Förderungsmaßnahmen, speziell für Migrantenkinder, begrüßen wir. Sprachprüfungen dürfen aber nicht klammheimlich als Ausgrenzungsmechanismus missbraucht werden; das wäre ein glatter Verfassungsverstoß. Wenn Sie mit sinnvollen Konzepten aufwarten, haben Sie unsere Unterstützung.

Herr von Beust, neben der Bildungspolitik haben Sie die Verkehrspolitik als einen Schwerpunkt genannt, aber auch hier bleiben Sie der Stadt viele Antworten schuldig. Was wird mit der Ortsumgehung Finkenwerder? Heute so, morgen so. Mit diesem Konzept werden Sie nicht weit kommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Verzicht auf die Stadtbahn. Wie wollen Sie die HafenCity an die Stadt anbinden? Wie wollen Sie die Olympiastadt anbinden, wie das AOL-Stadion und die Arena? Keine Antwort. Wie wollen Sie die verkehrspolitischen Großkonzepte durchsetzen, denn Ihre Koalition macht Verkehrspolitik hauptsächlich in anderen Ländern? Beispiele: Autobahnring um Hamburg, zwei Elbüberquerungen, Ausbau der A 7 nach Bordschörmann, Fehmarnbeltquerung,

(Uwe Grund SPD)

A (Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das wirkt sich auch auf den Hamburger Verkehr aus!)

Elektrifizierung bis Lübeck, Schienenverbindungen nach Skandinavien, Y-Trasse Hannover und Bremen, weitere Gleise nach Lüneburg.

Festzuhalten bleibt, dass Sie die tollsten Visionen dort haben, wo Sie nichts zu realisieren haben und die Verantwortung auf andere abschieben können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt weitere Ungereimtheiten. Ihre gesamte Verkehrspolitik dreht sich um das Auto. Die Verkehrspolitik bestimmt aber die Lebensqualität von allen Bürgern, auch derjenigen, die zu Fuß gehen und die mit dem Rad fahren. Sie versprechen eine U-Bahn, aber Sie wissen nicht, wie lange es dauert, diese zu bauen. Konkrete Frage an Herrn von Beust: Was ist eigentlich aus Ihren Plänen zu Kaltenkirchen geworden? Wollen Sie Investoren locken, in Fuhlsbüttel zu investieren, und planen dann doch heimlich die Verlagerung? Da kann ich nur sagen: Gute Verrichtung.

(Beifall bei der SPD)

Das „Hamburger Abendblatt“ kommentiert Ihre Verkehrspolitik mit der Frage – Zitat –:

„Was soll man mehr bewundern: den Eifer, den die neue Rathausführung bei der Beseitigung von Pollern an Hamburgs Straßen an den Tag legt? Oder den Starrsinn, mit dem sie die inzwischen von den meisten akzeptierte Verkehrsberuhigung im Grindelhof abschaffen will?“

Beides ist aus einer ganzen Reihe von Vorhaben herausgegriffen, die alle ein Merkmal tragen: Freie Fahrt für alle Autos.

B

(Robin Schenk Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Endlich!)

Dass zugleich der weitere Ausbau von Fahrradrouten gestoppt wird, die Stresemannstraße wieder auf der ganzen Länge vierspurig mit Tempo 50 befahren werden soll und man nachts noch mehr Ampeln abschalten will, passt alles in dieses Bild.

Hohes Tempo gefährdet Fußgänger. An der Stresemannstraße wird von einer Bürgerinitiative ein Volksentscheid betrieben. Gegen die Pläne der Koalition wurden bereits 2500 Unterschriften gesammelt. Herr Mettbach, die Anwohner der Stresemannstraße wollen Ihre Pläne nicht, akzeptieren Sie das doch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Oder übernehmen Sie etwa die Verantwortung für das nächste überfahrene Kind wegen Raserei auf der Stresemannstraße?

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Buh! Buh! – Beifall bei der SPD)

Diese Frage muss gestellt werden.

(Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie wollen vierspurige Fahrradwege!)

Das Konzept der autogerechten Stadt stammt aus den sechziger Jahren; es ist auf der ganzen Welt gescheitert.

Stichwort Transrapid: Die neue Koalition, vorneweg die CDU, bastelt weiterhin an diesem Luftschloss. Auf der Strecke Hamburg–Berlin kann dieses Vorhaben aber niemand umsetzen, den man dafür braucht: die Bahn nicht,

die Industrie nicht und selbst die alte Kohl-Regierung wollte nicht so recht. Dazu weiß niemand, wie man das finanzieren soll, aber die CDU in Hamburg träumt weiter. Und Herr Schill, gewohnt sachkundig, nennt sogar schon den Termin: In fünf Jahren fährt die Bahn – gnadenlos ahnungslos.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr von Beust, meine Damen und Herren! Vermeiden Sie die Verunsicherung über die richtigen Prioritäten. Sorgen Sie dafür, dass so bald wie möglich eine schnelle Bahnverbindung nach Berlin realisiert wird. Die Weichen dafür sind bereits gestellt.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Aber die Brücken nicht!)

Gefährden Sie diesen Ausbau nicht, damit ist den Hamburgern am meisten gedient.

(Beifall bei der SPD)

Die Handelskammer hat zur Wirtschaftspolitik eine Nachbesserung angemahnt; ich habe das schon erwähnt. Nachbesserungen brauchen wir auch dringend im Bereich der Gleichstellung.

(Beifall bei Krista Sager GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Ausgerechnet!)

Kein Wunder bei dieser eisernen Männerfreundschaft, dass der Blick für die Frauenperspektive verloren geht.

(Beifall bei der SPD – Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist das einzige wahre Thema, was Sie haben!)

Was da an Sechziger-Jahre-Geschlechterrollen reproduziert wurde, ist Ausdruck männlicher Ignoranz gegenüber weiblichen Interessen.

D

(Beifall bei der SPD)

In Ihrem CDU-Wahlprogramm fordern Sie – Originalzitat – „mehr Frauen in Führungspositionen“.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und nun haben Sie im Senat einen Frauenanteil von unter 10 Prozent. An dieser Stelle begrüße ich Frau Schnieber-Jastram noch einmal ganz besonders.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir wollen ja Positives sagen. Immerhin haben Sie im CDU-Fraktionsvorstand den Frauenanteil auf jetzt zwei Frauen verdoppelt. Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Herr von Beust, Ihre Aussage in der „Welt“ vom 2. April dieses Jahres, „das ist ein Wermutstropfen, den ich sehr bedauere, aber schließlich kann ich mir die Frauen, die dann auch gewählt werden, nicht schnitzen“, ist eine Frechheit und ein Schlag in die Gesichter aller Frauen in Ihrer Partei.

(Beifall bei der SPD)

Die Sache ist ganz einfach: Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie sind in diesem Männerhaufen unwichtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die Herrenriege dieser Koalition entweder von Gender-Mainstreaming noch nie etwas gehört hat oder glaubt, es handele sich um einen Fluss in Schottland.

(Uwe Grund SPD)

A (Heiterkeit bei der SPD)

Den Frauen in der CDU, der FDP und der Schill-Partei kann ich da nur zurufen: Wir helfen Ihnen, wenn Sie den Paschas in Ihren Reihen ordentlich Feuer machen.

(Beifall bei der SPD – *Karen Koop CDU*: Das können wir selber!)

Beim Thema Kultur steht auf meiner Überschrift: Avanti dilettanti. Den kulturpolitischen Scherbenhaufen, den die drei Freunde angerichtet haben, habe ich bereits beschrieben. Der Gipfel war bisher die Weigerung, die Gedenkstätte Neuengamme auszubauen und die Vollzugsanstalt zu verlagern. Viel zu spät fiel Herrn Lange ein, dass diese Entscheidung nicht nur die noch lebenden Opfer verhöhnt, sondern alle 100 000 Opfer, die im KZ Neuengamme gearbeitet haben und in großer Zahl gestorben sind.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Sie haben sie 50 Jahre verhöhnt!)

Er wurde gleich wieder zurückgepfiffen. Herr von Beust, Sie haben hier und heute die Chance, diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende zu machen und ein anständiges Wort gegenüber den Betroffenen zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit einem anderen Ergebnis werden Sie am 21. November auch nicht aus Neuengamme zurückkehren.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Sie haben nicht zugehört!)

B Die Suche nach einer Kultursenatorin artete zu einem Steptanz in Fettnäpfchen aus. Wir flehen Sie an, Herr von Beust, den eingeschlagenen Kurs durchzuhalten, sich Zeit zu lassen und den Rat der Fachleute anzunehmen. Es wird lange dauern, bis Sie das verloren gegangene Vertrauen wieder neu geschaffen haben; das ist am Ende Ihre Verantwortung.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Hamburg ist das Tor zur Welt. Das gilt vor allem für die Offenheit der Stadt. Jeder sechste Einwohner Hamburgs hat keinen deutschen Pass und noch viel mehr Menschen haben einen Migrationshintergrund. Jeder, der die Geschichte dieser Stadt kennt, weiß, dass sie aus Zuwanderung und Weltoffenheit immer Stärke, lebendige Vielfalt und Wohlstand geschöpft hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten eine außergewöhnliche Integrationsleistung bewiesen. Gott sei Dank sind wir, anders als in anderen Städten Deutschlands, von schweren fremdenfeindlichen Übergriffen verschont geblieben.

Menschen unterschiedlichster Nationalitäten kommen aus religiösen, familiären, politischen, vor allem aber aus wirtschaftlichen Gründen nach Hamburg. Das zentrale Ziel muss sein, die Zuwanderung, Einbürgerung und Integration so zu regeln, dass sowohl den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern als auch den hier lebenden Menschen Rechnung getragen wird. Hierfür steht die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Der einzige Kommentar in Ihrem Koalitionsvertrag zum Stichwort Ausländerpolitik lautet, dass ausreisepflichtige Ausländer konsequent abgeschoben werden. Das ist beschämend.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Meine Damen und Herren von der Koalition! Sie spielen uns eine unerträgliche Leichtigkeit des Seins vor, ein „Hauen-wir-auf-die-Pauke-Partystimmungsgeklänge“ von drei kräftigen Männern, die Hamburg schultern wollen und dabei die Hälfte vergessen. Ole von Beust hat einen Zweiten Bürgermeister, den er dringend braucht und dem er Zugeständnisse machen muss. Herr von Beust, passen Sie auf, dass gerade hier nicht der Schwanz mit dem Hund wackelt.

(Beifall bei der SPD)

Wir warnen Sie vor einer Politik, die spaltet und ausgrenzt. Sie machen Stimmung gegen Arme, Sie treiben Benachteiligte und Langzeitarbeitslose in den Sozialhilfebezug. Gleichzeitig versprechen Sie Sicherheit total. Die wahre Politikkunst ist aber, Sicherheit zu garantieren und zugleich Bürgerrechte zu wahren.

(*Dr. Stefan Schulz CDU*: Genau!)

Herr von Beust, Herr Schill, Herr Lange! Sie werden Ihren Katalog des Grauens – so hat ihn Michael Veit von der „taz“ beschrieben – mit Sicherheit umsetzen wollen. Der Wahn von der autogerechten Stadt, die Politik der sozialen Kälte und der harten Hände sind schließlich keine Lippenbekenntnisse.

Sie haben dieser Stadt durch Ihren Wahlkampf bösen Schaden zugefügt. Ich habe Verständnis, dass die Opposition laute und auch harte Kritik beim Thema Innere Sicherheit geübt hat.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Das haben wir für Sie auch!)

Aber dass Sie Hamburg zur Hauptstadt des Verbrechens diffamiert haben, hat dem Image der Stadt sehr geschadet.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zurufe von der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir Sozialdemokraten lieben diese Stadt. Unsere Leitidee ist und bleibt, dieses schöne Hamburg als weltoffene, wirtschaftsstarke, sozial gerechte und kulturell vielfältige Stadt zu bewahren. Daran werden wir unser Oppositionshandeln ausrichten. Wo Sie in diesem Sinne handeln, werden wir Sie unterstützen.

Unsere Babys, die großen Zukunftsprojekte, die von Henning Voscherau und Ortwin Runde auf den Weg gebracht wurden, haben Sie, Herr von Beust, bisher mitgetragen. Auch deshalb pflegen wir diese Vorhaben in Zukunft gemeinsam mit Ihnen. Eine Fundamentalopposition wird es mit uns nicht geben. Was die Regierung gut macht, werden wir unterstützen.

(*Michael Neumann SPD*: Das ist ja wenig!)

Allerdings werden wir beinhart eingreifen, wenn Sie Freiheitsrechte der Bürger verletzen und die Zukunftschancen der Stadt verbauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Tag hat Augen, die Nacht hat Ohren. Wir passen auf Sie auf!

In angelsächsischen Ländern würde man sagen: „You'll never walk alone.“

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser Verfassungsauftrag. Die erste Aufgabe der Opposition ist es aber, es bald selbst nicht mehr zu sein.

D

(Uwe Grund SPD)

A (Dr. Michael Freytag CDU: Das wird nicht sein!)
Ich prophezeie dieser Regierung drei Aggregatstufen: Fest, flüssig, gasförmig:

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

im Wahlkampf fest, in der Regierungsplanung flüssig und in der Umsetzung der Ziele gasförmig.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluss wird vieles von dem, was heute vollmundig versprochen wird, als heiße Luft enden. Kurz bevor Sie sich schon fast aufgelöst haben, lösen wir Sie ab. In vier Jahren. Spätestens!

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Zurufe von der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Bis jetzt haben wir die Mehrheit!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Grund, das, was Sie eben in Ihrer Jungfernrede als Oppositionsführer zum Besten gegeben haben, ist nichts anderes als der fehlgeschlagene und untaugliche Versuch, vom eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B Es ist geradezu grotesk, wenn Sie diesem Senat, der vierzehn Tage im Amt ist, vorwerfen, er hätte zahllose Menschen verunsichert.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hat er!)

Soll ich Ihnen die Wahrheit sagen? 44 Jahre sozialdemokratischer Politik haben so viele Menschen verunsichert, dass Sie und nicht wir abgewählt worden sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ihr Vorwurf ist absurd, dass ein Senat, der vierzehn Tage im Amt ist, die Menschen im Stich lässt. Die SPD ist von den Menschen im Stich gelassen worden, Sie wurden abgewählt.

(Uwe Grund SPD: 26 Prozent!)

Dieser Senat ist gewählt worden; er wird seine Chance haben. Sie sollten zunächst einmal abwarten und keine Vorverurteilungen machen, die zu nichts führen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich habe ein wenig Verständnis dafür, dass Sie in Ihrer Rede sehr oft die Sechzigerjahre zitiert haben; da kommen bei Ihnen natürlich gewisse Sehnsüchte auf. Das kann ich gut verstehen, denn da gab es Wahlergebnisse, die deutlich oberhalb von 50 Prozent gelegen haben.

(Michael Neumann SPD: Ihre waren auch besser! – Dr. Andrea Hilgers SPD: 10 Prozent mehr!)

Sie sagen, aufgrund des letzten Wahlergebnisses sei die Hamburger SPD die Hamburger Partei schlechthin. Sie haben zweimal hintereinander – 1997 und 2001 – das schlechteste Nachkriegsergebnis Ihrer Partei eingefahren.

(Uwe Grund SPD: Und Sie?)

C

Wie Sie sich hier verkaufen wollen, ist lächerlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nicht wir sind abgewählt worden, sondern Sie.

(Michael Neumann SPD: Und Sie sind gar nicht gewählt worden!)

Herr Grund, wir lassen uns von Ihnen und der SPD, die diese Stadt 44 Jahre in den Würgegriff ihrer Seilschaften genommen hat, keine Nachhilfe in Filzpolitik geben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

44 Jahre sozialdemokratisch geführte Politik haben dazu geführt, dass Hamburg leider die Hauptstadt des Verbrechens wurde. Das ist Ihr und nicht das Versagen dieses Senats.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie sagen dem Senat, der vierzehn Tage im Amt ist, er hätte dieses oder jenes machen müssen. Sie haben viele Vorwürfe und viele Vorschläge gemacht.

(Uwe Grund SPD: Sie schädigen den Ruf der Stadt bewusst!)

Warum haben Sie denn das in 44 Jahren nicht umgesetzt, was Sie vom Senat in vierzehn Tagen haben wollen?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Sie fabrizieren doch Heldentum nach Ladenschluss; damit werden Sie nicht durchkommen.

Selbst den armen Helmut Kohl müssen Sie noch heranziehen. Die rotgrüne Finanzpolitik in Berlin führt zu erheblichen Finanzausfällen für Hamburg.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Steuerreform!)

Das werfen Sie Helmut Kohl vor. Sie müssen Gerhard Schröder und nicht Helmut Kohl als Adressaten wählen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist sicherlich schwierig – das will ich gerne einräumen –,

(Anja Hajduk GAL: Es ist schwer, in der Regierung anzukommen, Herr Freytag!)

nach 44 Jahren Opposition nicht nur formal spielen zu müssen, sondern es auch wirklich zu sein. Denn die 44 Jahre, die Sie in dieser Stadt regiert haben, führten auch zu einer gewissen Selbstgefälligkeit.

(Anja Hajduk GAL: Sagen sie doch mal was zu Ihrer Regierung!)

Wir alle haben noch im Ohr, was Sie in der letzten Debatte zum Haushalt gesagt haben. Ihr Fraktionsvorsitzender hat in einem typischen Anfall sozialdemokratischen Größenwahns gesagt:

„Eher singt Gildo Horn den Lohengrin in der Staatsoper, als dass Ole von Beust in diesem schönen Rathaus Bürgermeister wird.“

Das war wohl nichts.

(Dr. Michael Freytag CDU)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Eine sozialdemokratische Tragödie in zwei Akten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber Kultursenator!)

Erster Akt: Unter tätiger Mithilfe von Frau Ahrons und Herrn Müller-Sönksen singt Gildo Horn am 23. Februar 2001 – ausgestattet mit dem Originalkostüm mit Schwert und Krone – den Lohengrin. Der Meister interpretiert die Arie aus einem fernen Land aus der Oper von Richard Wagner.

(Uwe Grund SPD: Es war ein Genuss!)

Zweiter Akt: Am 23. September 2001 wählen die Bürger die SPD nach 44 Jahren ab

(Dr. Martin Schäfer SPD: 26 Prozent!)

und schaffen es, mit einer neuen Koalition Ole von Beust zum Bürgermeister zu machen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Dritter Akt: Fehlender Kultursenator!)

Das, was Sie uns als Erblast hinterlassen haben, wird nicht nur uns, sondern auch den Menschen in dieser Stadt schwer im Magen liegen. Sie haben insbesondere durch Ihre Haushalts- und Finanzpolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen, der dieser Stadt schwer zu schaffen machen wird. Sie haben die Stadt in die höchste Verschuldung ihrer Geschichte hineingeführt. Das sind Tatsachen. Hamburg ist mit 35 Milliarden DM verschuldet. Das ist doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Wir haben zehnmal so viel Schulden wie 1970 und pro Tag eine Zinsbelastung von über 5 Millionen DM. Dafür tragen Sie die Verantwortung, an die wir Sie weiterhin erinnern werden.

B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist eine sozialdemokratische Erblast, dass im Vergleich aller Bundesländer Hamburg pro Einwohner doppelt so viele Schulden hat, die Zinsbelastung pro Einwohner mehr als doppelt so hoch ist und die Personalkosten pro Einwohner um 50 Prozent höher liegen.

(Michael Neumann SPD: Deswegen wollt ihr mehr ausgeben!)

Das ist das Versagen sozialdemokratischer Finanzpolitik, mit dem die Folgegenerationen belastet werden. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Wiedergewinnung politischer Handlungsspielräume wird trotz dieser Erblast die vordringliche Aufgabe des Senats sein. Wir werden nach einem schonungslosen Kas- sensturz die Wahrheit sagen, die bisher nicht gesagt wurde. Sie haben heute immer noch nicht begriffen, dass in diesem Jahr nicht nur der Investitionshaushalt, sondern auch der Betriebshaushalt nicht ausgeglichen ist. Ihre Finanzsenatorin hat im Haushalt eine Deckungslücke von insgesamt 2 Milliarden DM hinterlassen, wovon 600 Millionen DM auf den Betriebshaushalt entfallen. Der Betriebshaushalt ist nicht ausgeglichen. Um das Loch zu schließen, muss das Geld aus den Rücklagen und aus den Steuereinnahmen vergangener Jahre genommen werden. Aber die laufenden Einnahmen und Ausgaben, die die Qualität einer Haushaltspolitik ausdrücken, sind bei Ihnen aus dem Ruder gelaufen.

(Michael Neumann SPD: Das schauen wir uns bei euch mal an!)

Sie sollten den Menschen endlich die Wahrheit sagen und keine Schönkleisterei betreiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Schuldenspirale muss – hier hat der Bürgermeister völlig Recht – gestoppt werden; wir müssen mit undifferenzierter Neuverschuldung aufhören

(Michael Neumann SPD: Genau!)

und die Haushalte so gestalten, dass auch Folgegenerationen nicht darunter zu leiden haben. Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden das auch tun. Die beiden neuen Finanz- und Wirtschaftssenatoren, die Hand in Hand arbeiten werden, sind ein guter Garant dafür, dass das vor der Wahl Gesagte auch nach der Wahl umgesetzt wird. Seien Sie nicht so ungeduldig, wir werden es tun.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Wenigstens ein Punkt!)

Die Innere Sicherheit, Bildung und der Verkehr, die Arbeit und Wirtschaft bilden die Schwerpunkte unserer Politik.

Bei der Inneren Sicherheit wird es durch die Vorkommnisse des 11. September ganz sicher sowohl bei der äußeren als auch der Inneren Sicherheit eine völlig neue Architektur geben. Wir werden unsere Freiheit gegen innere und von außen kommende Feinde verteidigen müssen. Ich sage klar: Wer nicht bereit ist, seine Freiheit aktiv zu verteidigen, der wird sie verlieren. Hamburg wird einen Beitrag dafür leisten, die Freiheit zu verteidigen.

Dazu gehört – was wir selbst bewirken können – in erster Linie eine deutliche Stärkung von Polizei und Justiz. Denn Freiheit braucht Innere Sicherheit; ohne eine bessere Innere Sicherheit gibt es sie nicht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir werden in der Wirtschaftspolitik die Strukturvielfalt der Hamburger Wirtschaft fördern, aber auch ganz klar einen Schwerpunkt auf die kleineren und mittleren Betriebe legen. Denn diese sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, sie bilden am meisten aus und stellen die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung. Unser soziales, marktwirtschaftliches System funktioniert dann gut, wenn kleinere und mittlere Unternehmen gut funktionieren. Mit Gunnar Uldall haben wir einen Wirtschaftssenator, der dieses genauso sieht und mit großer Überzeugung auch umsetzen wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Grund, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist natürlich ein vordringliches Ziel. Wenn Sie die Themen Arbeitsmarktpolitik oder Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in den Wahlprogrammen nachlesen, dann verstehen Sie darunter immer Sozialpolitik. Für uns ist dieses keine Sozialpolitik, sondern Arbeitsmarktpolitik.

Jobpolitik ist knallharte Wirtschaftspolitik. Wir wollen weniger Sozialhilfe und mehr Jobs. Wir wollen, dass sich die Menschen selbst helfen können, und wir wollen Arbeitsplätze schaffen, damit sie aus dem Teufelskreis der Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung herauskommen.

(Dr. Michael Freytag CDU)

- A Deshalb ist Arbeitsmarktpolitik ein Feld der Wirtschafts- und nicht der Sozialpolitik. So werden wir diese auch betreiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir müssen für die Ansiedlung neuer Unternehmen mehr tun. Hierzu gehört ein modernes Gewerbeflächenmanagement. Auch ortsansässige Firmen müssen die Chance erhalten, zu expandieren; gleichzeitig müssen neue Ansiedlungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Bestandssicherung industrieller Flächen wird für uns ebenfalls eine hohe Priorität haben. Aber auch die Genehmigungsverfahren im Rahmen der Wirtschaftsförderung müssen effizienter gestaltet werden. Ich halte es für wichtig, dass die Betriebe künftig nur noch einen Behördenansprechpartner für alle Genehmigungsverfahren haben. Ebenfalls müssen die Zuständigkeiten für die Vergabe von Mitteln der Wirtschaftsförderung gebündelt werden. Wir werden Existenzgründungen fördern, indem wir bestehende Fördermöglichkeiten straffen und vereinfachen.

Die Hansestadt Hamburg muss als bedeutender Standort für See- und Hafenschifffahrt weltweite Hafenstadt bleiben. Unser vordringliches Ziel ist, die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens nicht nur zu behaupten, sondern auch deutlich auszubauen. Hierzu gehören auch weitere Fahrrinnenanpassungen, die bei Bedarf zügig verwirklicht werden müssen.

Einen großen Stellenwert in unserer Regierungspolitik wird auch der Tourismus haben. Das ist ein bedeutsamer Wirtschaftszweig. Wir werden dem – genauso wie der Attraktivität des Medienstandortes Hamburg – in besonderer Weise Rechnung tragen. Wir müssen hier Verbesserungen

- B bei den Rahmenbedingungen umsetzen, und zwar nicht nur, um Medienunternehmen an Hamburg zu binden, sondern auch um Neuansiedlungen zu betreiben oder Abwanderungen zu vermeiden.

Einen großen Schwerpunkt der Regierungsarbeit, die die Fraktionen begleiten werden, bildet der Bereich Verkehr. Für Hamburg als bedeutende Handelsmetropole sind leistungsfähige Verkehrswege lebenswichtig. Angesichts der zusammenwachsenden Regionen in Europa – insbesondere der in Nord- und Mitteleuropa – sind gute Anbindungen und bundes- und europaweite Verkehrsnetze von hoher Bedeutung. Deshalb werden wir dieses Politikfeld besonders intensivieren.

Die Strukturen und die Funktionen Hamburgs als Knotenpunkt für Handelsströme einerseits und Drehscheibe im nordosteuropäischen Schnellverkehrsnetz andererseits erzeugen Verkehre, die zum einen für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich sind, zum anderen aber natürlich für die Lebensqualität der Menschen auch Belastungen mit sich bringen. Eine Ursache für Hamburgs Verkehrsprobleme ist die genannte Lage als Drehscheibe für mehrere überregionale Verkehrsströme zugleich.

Für Hamburg ist daher eine weitgehende Trennung des Stadt- vom Durchgangsverkehr dringend erforderlich. Zur Trennung dieser beiden Bereiche braucht Hamburg eine Standortverbesserung. Dazu gehört dringend eine Autobahnumgehung einschließlich einer Elbquerung. Nur mit einem Netz von modernen und hochleistungsfähigen Verkehrswegen wird es gelingen, Hamburg, aber auch seine Nachbarländer, die mit uns eine Metropolregion bilden, zu Wachstumsmärkten zu entwickeln.

Dieses lässt sich häufig nur im Einvernehmen entwickeln. Deshalb wird es auch darauf ankommen, den Kontakt zu den Nachbarregierungen zu intensivieren, um gegenüber dem Bund gemeinsam mit einer Stimme zu sprechen.

Auch innerhalb Hamburgs werden wir dringliche Straßenverkehrsprojekte mit Nachdruck auf den Weg bringen, um unser vorrangiges Ziel – Verbesserung und Beschleunigung des Verkehrsflusses, aber auch die Beseitigung von Stau- und Verkehrsschikanen – nachhaltig zu betreiben.

Der norddeutschen Zusammenarbeit wird unser besonderes Augenmerk gelten. Denn Hamburg allein ist in der globalen Weltwirtschaft nicht in der Lage, alle strategischen Allianzen so zu stellen, wie sie möglich sind, wenn wir mit den Nachbarländern gemeinsam die Projekte auf den Weg bringen.

Mit Blick auf die wachsenden Märkte in Europa wird es erforderlich sein, in Deutschland ein Brückenkopf für Wachstumsmärkte zu sein. Hier werden wir auch mit unseren Nachbarn verstärkt zusammenarbeiten, um auch die Region Norddeutschland nach vorn zu bringen.

Hamburg ist Großstadt und Bundesland zugleich und bildet mit seinen Nachbarländern eine Verkehrs- und Wirtschaftsregion von europäischer Dimension. Wirtschaft wird erst durch Verkehr möglich. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist nicht zuletzt durch eine attraktive Mobilität erreichbar. Die Notwendigkeit, Entscheidungen über Ausbau und Neubau von Verkehrswegen einvernehmlich mit den Nachbarn zu treffen und mit Nachdruck weiterzuverfolgen, muss letztlich auch aufgrund der zahlreich nach Hamburg kommenden Einpendler von vordringlicher Bedeutung sein.

Wir haben immerhin einen Einpendlermehrsaldo von 225 000 Menschen, die täglich nach Hamburg kommen. Unser Augenmerk wird der Situation gelten, die Verkehrsströme so zu steuern, dass die daraus entstehenden Verkehrsbelastungen minimiert werden.

(Barbara Duden SPD: Was sagen die Bezirksfraktionen dazu?)

Die strategischen Allianzen zwischen Hamburg und seinen Nachbarländern werden wir nicht nur im wirtschaftlichen Bereich ausbauen. Wir werden dieses auch tun, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt insgesamt zu sichern.

Es wird eine ganze Reihe von Politikfeldern geben, die die Lebensqualität für die Hamburgerinnen und Hamburger erweitern werden. Hierzu zähle ich beispielhaft die Familienpolitik, die als Querschnittspolitik viele Berührungspunkte für die Menschen beinhaltet.

Dazu gehört die Schaffung von mehr Wohnraum für Familien und durch die Bereitstellung von mehr oder anderen Fördermitteln die Verbesserung von Eigentumsförderung insbesondere für junge Familien. Das schließt auch Familien ein, die nicht nur neu bauen, sondern die sich auch um die Verbesserung der Altbausubstanz im Eigentum bemühen wollen.

Auch die Gründung von Baugemeinschaften durch Familien oder die verstärkte Berücksichtigung der Vergabe von städtischen Grundstücken ist eine aktive Familienpolitik, die wir vorantreiben wollen.

Wir wollen auch ein nachfrageorientiertes Gutscheinsystem im Kindertagesheimbereich voranbringen und damit die Qualität deutlich verbessern sowie auch die überhöhten

C

D

(Dr. Michael Freytag CDU)

- A ten Eigenbeträge, denen im Moment viele Eltern unterzogen sind, auf einen besseren Stand bringen.

(Krista Sager GAL: Ich denke, abschaffen?)

Wir wollen eine verbesserte Vernetzung der Pädagogischen Mittagstische in den Grundschulen und eine Stärkung der Elternerziehungskompetenz. Unser Ziel ist es auch, den Eingang zur Familienberatung zu vereinfachen und Schwellenängste abzubauen.

Der neue Senat steht wahrlich vor einer Herkulesaufgabe. Er muss die Verkrustungsstrukturen aufbrechen, die Sie mit großer Begeisterung hinterlassen haben.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Er muss möglichst sofort seine neuen Ideen

(Michael Neumann SPD: ... und Leute unterbringen!)

in Formen gießen. Das wird eine sehr schwierige Aufgabe werden, aber ich kann Ihnen versprechen: Wir haben Lust dazu, das schnell auf den Weg zu bringen, was Sie in 44 Jahren nicht geschafft haben. Täuschen Sie sich nicht, wir werden das schaffen!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Kassensturz und die Eröffnungsbilanz, die der Senat jetzt vor sich hat, werden hinsichtlich der Möglichkeiten und Handlungsspielräume auch eine Neuorientierung staatlicher Aufgaben mit sich bringen. Wir werden uns überlegen, welche Aufgaben nicht zwingend vom Staat organisiert werden müssen. In den Bereichen, in denen man den Staat nicht als Organisator einsetzt, können diese private oder öffentliche Unternehmen übernehmen. Diesen Bereich werden wir uns genau ansehen. Welche öffentlichen Unternehmen sind für diese Stadt von so existenzieller Bedeutung, dass wir sie ganz oder mehrheitlich im Eigentum der Hamburg erhalten müssen? Welche Unternehmen gibt es, wo eine Sperrminorität oder eine andere Minderheitsbeteiligung ausreicht?

(Michael Neumann SPD: Es müssen Interessen befriedigt werden! Es müssen Freunde bedacht werden!)

Wir werden uns auch die Unternehmen ansehen, von denen wir der Meinung sind, dass dort eine Beteiligung des Staates überhaupt nicht mehr erforderlich ist. Das gilt ebenso für Private und Vereine, die möglicherweise Aufgabenerfüllungen mit Zuschüssen des Staates übernehmen können.

(Michael Neumann SPD: Ohne Zuschüsse fördern!)

Es wird Private geben – die werden wir besonders fördern –, die ohne staatliche Zuschüsse auskommen, denn die Freiheit und der Wettbewerb, aber nicht die Förderung der Strukturen, die Sie in 44 Jahren festgezimmert haben, ist unser Grundprinzip.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir brauchen erstens eine Einleitung der Neuordnung der Politik. Insbesondere durch Umschichtung im Vermögensbereich werden Mittel freigesetzt, um die neue Politik zu gestalten. Wir werden in der vor uns liegenden Legislaturperiode den Schuldenabbau zugunsten der Folgegeneration einleiten und durch Zinsersparnisse neue Spielräume erreichen.

C Zweitens wird bei uns die Wahrung der hamburgischen Interessen immer im Vordergrund stehen.

(Uwe Grund SPD: Sehr gut!)

Um einen optimalen Marktpreis zu erzielen, kann dieses beispielsweise durch das Halten von Mehrheitsanteilen an Unternehmen oder per Sperrminoritäten und durch das Nutzen von Ausschreibungen geschehen. Auch können Verkaufserlöse so gestaltet werden, dass sie sozial verträglich sind.

(Uwe Grund SPD: Sehr gut! Wir werden das prüfen!)

Wir werden das so machen, meine Damen und Herren von der SPD, dass wir die Menschen mitnehmen. Wir machen keine Politik gegen, sondern mit den Betroffenen. Das wird Ihnen nicht gefallen, aber wir werden es machen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Maßstab der neuen Politik – das heißt bessere Leistungen und ein besseres Preis-Gebühren-Niveau – wird ausschließlich der Nutzen für den Bürger sein.

(Michael Neumann SPD: Oder einzelner Bürger?)

Die angestrebte Haushaltssanierung wird die neuen Handlungsspielräume für eine neue Politik schaffen. Für eine aufstrebende Metropole Hamburg brauchen wir jetzt eine bürgernahe Politik. Das ist der Maßstab dieses Senats, den wir dabei mit voller Kraft unterstützen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

- B

D **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass der Hamburger Wähler eine ausgewogene und konsequente Entscheidung getroffen hat.

(Barbara Duden SPD: Das wird sich noch herausstellen!)

Er hat sich dafür entschieden, dass nicht nur Herr Ole von Beust Bürgermeister, sondern auch eine neue Partei in dieses hohe Haus eingezogen ist. Er hat damit nicht nur guten Geschmack bewiesen, sondern auch, dass er erkannt hat, dass jahrelange Vertröstungen, Verschleierungen und Nichtstun in dieser Stadt keine Zukunft mehr haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Der Senat hat durch eine schnelle Einigung der beteiligten Parteien gezeigt, dass er in der Lage ist, die anstehenden Probleme in dieser Stadt nicht nur schnell zu erkennen, sondern auch schnell in handlungsfähige Politik umzusetzen.

(Michael Neumann SPD: Blaue Uniformen! Das war das Thema!)

Der Senat hat nicht lange suchen müssen, was die Politik in dieser Stadt bisher versäumt hat. Die Fehler der bishe-

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A rigigen rotgrünen Politik waren dermaßen offensichtlich, dass wir nicht lange brauchten,

(Krista Sager GAL: ... eigene zu machen!)

sie aufzuspüren und die dazugehörigen Lösungen aufzuschreiben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Keineswegs wurde hier mit heißer Nadel gestrickt. Stricken können hier andere. Wir haben die Dinge genau analysiert.

(Michael Neumann SPD: Waren Sie auch dabei? Im Fernsehen habe ich Sie nicht gesehen!)

– Ich war auch dabei.

Zunächst muss ich mich bei Ihnen, Herr Neumann und Herr Grund, bedanken. Die Sozialdemokraten haben den kritischen Dialog mit uns aufgenommen.

(Michael Neumann SPD: Das haben wir schon im Ortsausschuss getan!)

Sie haben sich vorher nicht getraut, außerhalb dieses Hauses mit uns überhaupt zu diskutieren oder gemeinsam gesehen zu werden. Ich bin für das Maß an Demokratie dankbar, das in diesem Haus vorherrscht. Den Sozialdemokraten und auch den Zwischenrufern der GAL sei dafür gedankt.

(Werner Dobritz SPD: Da nicht für!)

Die neue Opposition in diesem Hause hat übrigens keinen gelungenen Start hingelegt. Ich höre nur pauschale, verfrühte und allzu banale Kritik, die karnevalistisch dargebracht wird. Sie ist vielleicht parlamentarisch üblich, aber letztlich enttäuschend.

- B Man hätte doch erwartet, dass in der Sache etwas genauer hingesehen und abgewartet wird, was an Maßnahmen, an Lösungsansätzen und Gesetzesentwürfen vom Senat vorgelegt wird, bevor alles in Bausch und Bogen in die Tonne getreten wird.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Uwe Grund SPD: Das habe ich nicht gemacht, in Bausch und Bogen!)

Die Mitbürgerinnen und Mitbürger werden dieses genauso wie die hohlen Versprechungen vor der Wahl erkennen. Sie werden diesem Senat eine faire Chance geben, die Politik umzusetzen, die wir im Koalitionsvertrag niedergelegt haben.

(Michael Neumann SPD: Die hat er auch! – Gegenruf von Thomas Böwer SPD: Klasse!)

Wir wünschen Ihnen in der Opposition eine geruhige und lange Zeit der Regeneration, die Sie sicherlich brauchen werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Herr Kollege Grund, es reicht auch nicht, Alternativen durch Emotionen zu ersetzen und Angst zu schüren, zunächst einen Popanz aufzubauen

(Michael Neumann SPD: Recht haben Sie!)

und hinterher zu sagen: Seht her, der Popanz wurde nicht ausreichend bearbeitet!

(Barbara Duden SPD: Wann kommen Sie zum Thema?)

Sie werden – das ist meine Hoffnung – in den nächsten Jahren zu einer sachorientierten Oppositionsarbeit finden. Ich freue mich auf einen offenen Diskurs und auf einen vernünftigen, an der Sache orientierten Austausch der Meinungen in den Ausschüssen und im Parlament.

Wir haben eine Regierungserklärung gehört, die die Grundlage der nächsten vier Jahre darstellt. Wir haben – um nicht alles zu wiederholen – noch einige Punkte zu besprechen.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Ich muss ein Gefühl dafür bekommen, welchen Stil die Opposition hat. Dann kann man sich besser darauf einstellen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich bitte auch um Verständnis, dass ich es nicht gewohnt bin, vor solch einem Publikum zu sprechen, mit halbleeren Rängen und nur etwa 100 Personen. Wir haben im Wahlkampf stets in vollbesetztem Haus und vierfacher Menschenmenge sprechen dürfen, so dass ich bitte, mich hieran erst gewöhnen zu dürfen.

Wir haben als Hauptwahlkampfpunkt – und deshalb möchte ich damit auch anfangen – das Thema der Inneren Sicherheit gehabt. Die SPD hat es letztlich zum Thema Nummer eins in dieser Stadt gemacht. Ich sage Ihnen, was wir als Erstes tun werden. Sie haben es ja auch der Presse entnommen.

(Michael Neumann SPD: Nockemann oder Uniform!)

Zunächst wird die Zahl der Polizeibeamten aufgestockt, langfristig und mittelfristig

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Langfristig oder mittelfristig?)

auf die alte Zahl von 10 000 uniformierten Beamten. Wenn es dann von Ihnen heißt, wo sind sie denn, vierzehn Tage seid ihr schon im Amt und keine 3000 Polizisten auf der Straße, dann sage ich Ihnen:

(Uwe Grund SPD: 100 Tage reichen! – Michael Neumann SPD: In 100 Tagen halbieren wir die Kriminalität, haben Sie gesagt!)

Gute Politik wirkt langfristig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

„Gute Politik wirkt langfristig“ war ein Wahlkampfspruch der SPD in diesem Wahlkampf. Der entscheidende Unterschied zwischen uns und Ihrem Spruch ist, dass wir sagen, dass man mit dieser guten Politik erst einmal anfangen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der beste Beweis dafür, dass der Wähler und die Hamburger Mitbürgerinnen und Mitbürger das auch so gesehen haben, ist der Umstand, dass ich hier stehe, meine Damen und Herren.

Wir wollen die Polizei dort verstärkt einsetzen, wo es erforderlich ist, das heißt, eine erhöhte Präsenz wird dort vor Ort sein, wo die Kriminalität am höchsten ist. Dafür brauchen wir Polizeibeamte in einem weit höheren Maße, als es bisher der Fall ist. Die SPD hat hier die Rekrutierung schlei-

C

D

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A fen lassen und es riskiert, dass die Funktionsfähigkeit einzelner Polizeireviere in Frage gestellt wird.

(Michael Neumann SPD: Kommissariate heißen die!)

Wir haben in Rahlstedt – ob nun Revier oder Kommissariat – bereits festgestellt, dass es nicht mehr ausreicht, die Wache zuzuschließen, sondern dass man hingehen muss, mit den Beamten sprechen und sie fragen muß: Wie viele Polizeibeamte braucht ihr eigentlich, um pro Schicht eure sechs Streifenwagen zu bewegen?

(Uwe Grund SPD: Genau!)

Sie werden feststellen, dass die Beamten Ihnen sagen, sie bräuchten mehr als einen, weil sonst die Wache geschlossen werden müsste. Wir haben ganz sicher vor, den Streifen dienst in dieser Stadt funktionsfähig wieder herzustellen, und zwar in allen Stadtteilen. Dazu ist es nun einmal erforderlich, die Polizeistärke zu erhöhen.

(Michael Neumann SPD: Ja, bravo, machen!)

Wir setzen dabei auf Ihre Mithilfe.

Desgleichen ist es aber wichtig, dass die Politik wieder hinter der Polizei steht, dass sie ihr den Rücken stärkt, dass Kommissionen abgeschafft werden, die nur dazu da sind, Misstrauen zu produzieren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich denke, dass wir dabei auf Ihre Mithilfe setzen können.

- B Das große Problem der Hamburger Sparpolitik der letzten Jahre war es, die Funktionsfähigkeit einzelner staatlicher Einrichtungen einzuschränken. Sie haben es bei der Polizei nicht geschafft, die Funktionsfähigkeit in einer Weise sicherzustellen, dass die Sicherheit der Hamburger noch gewährleistet war. Dadurch sind wir zur Hauptstadt des Verbrechens geworden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Seien Sie gewiss, diesen Umstand werden wir sehr schnell ins Gegenteil umkehren.

(Michael Neumann SPD: Sehr schnell! – Uwe Grund SPD: Der Spruch holt Sie noch ein!)

Funktionsfähigkeit – um hier einmal einen Ausflug in die Welt der Kinder zu machen – ist auch erforderlich, wenn es darum geht, Kindern Verkehrserziehung zuteil werden zu lassen.

(Zuruf von der GAL: Wer muß denn da funktionieren?)

Wer hat denn gerade in einer Zeit, als die Verkehrsunfälle bei Kindern zunahmen, die Verkehrserziehung in der fünften und sechsten Klasse beschnitten? In der fünften und sechsten Klasse, meine Damen und Herren, sind Kinder, die gerade das Fahrrad fahren erlernen

(Barbara Duden SPD: Was, in der fünften Klasse?)

und sich auf unseren Straßen zurechtfinden müssen. Das sind oft Kinder, die anfangen, mit dem Fahrrad in die Schule zu fahren. Und was macht die SPD? – Sie spart über den Löffel, streicht die Verkehrserziehung, schränkt diese so wesentlich ein, dass darüber an den Schulen große Trauer ausbricht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Michael Neumann SPD: Die Lehrer haben ihren Job gemacht!)

C

Das sage ich auch bewusst zu dem Thema Funktionsfähigkeit. Funktionsfähigkeit, meine Damen und Herren, muß gewahrt bleiben. Das gilt natürlich insbesondere für die Justiz. Es kann schon gar nicht sein, dass Straftäter freigelassen werden müssen, weil die Justiz nicht über ausreichende Mittel und Kapazitäten verfügt, diese rechtzeitig in einem Prozess vor Gericht zu stellen. Sie werden auch zustimmen, dass es nicht angehen kann, dass beispielsweise bei Oberlandesgerichten keine vernünftige Ausstattung mit Sachmitteln und Büchern vorhanden ist. Es kann auch nicht angehen, dass sich Oberlandesrichter Bücher selbst besorgen müssen oder dafür erheblichen Zeitaufwand in Kauf nehmen müssen. Hier werden wir ebenfalls sehr schnell Abhilfe schaffen.

Meine Damen und Herren! Gute Politik wirkt langfristig. Das gilt nämlich auch in der Verkehrspolitik. Tatsächlich haben Sie in der Verkehrspolitik langfristige Politik überhaupt nicht gemacht.

(Thomas Böwer SPD: Ach!)

Sie haben den Volksmund beinahe dahin gereizt, dass er die Staulänge jetzt in „Wagner“ angibt.

(Michael Neumann SPD: Die heißen jetzt „Mettbach“!)

– Nein, heißen sie noch lange nicht.

„Wagner“ heißen sie deshalb, weil vermutet wird, dass die Ursache für Staus nicht allein das Kfz ist, sondern auch die fehlgeleitete Politik. In der Tat haben Sie nämlich die Entwicklung verschlafen. Sie haben trotz Zunahme und noch zu erwartender Zunahme des Straßenverkehrs

D

(Michael Neumann SPD: ... keine breiteren Straßen gebaut!)

die erforderlichen Aus- und Neubauten der Ring- und Stichstraßen nicht in die Wege geleitet. Ich frage gar nicht, wer schuld ist. Tatsache ist, dass das Thema in einer Weise vernachlässigt wurde, die jetzt zu Staus führt, die jetzt zur Belastung führt. Ich nenne Ihnen nur wenige Zahlen zu dem Thema.

(Zurufe – Erhard Pumm SPD: Waren Sie schon mal in einer anderen Stadt? Reisen Sie mal!)

– Kommen Sie doch nach vorne. Dann verstehe ich Sie besser oder rufen Sie etwas lauter. Es ist schwer, das von hier zu verstehen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen. Der ADAC sagt, dass die Zunahme des Straßenverkehrs, des Individualverkehrs, bis 2020 20 bis 30 Prozent und die Zunahme des Güterverkehrs 60 Prozent betragen wird.

(Michael Neumann SPD: Was sagt der ADAC über das Straßennetz in Hamburg? – Zuruf von Krista Sager GAL)

Liebe Damen und Herren von der Opposition, wollen Sie den gesamten Güterverkehr durch die Stresemannstraße jagen? Tempo 30 durch die Stresemannstraße.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Meine Damen und Herren! Sie haben diese Baumaßnahmen nicht veranlasst und wir werden sie veranlassen. Das ist der Unterschied. Gute Politik beginnt jetzt und wir hoffen dann, das in 20 Jahren so weit im Griff zu haben,

(Uwe Grund SPD: Und natürlich kriegen Sie das völlig staufrei hin!)

dass auch die Stresemannstraße vernünftig entlastet werden kann.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ein weiteres Versäumnis – für jeden täglich spürbar – ist das missratene Baustellenmanagement. Wir wollen ein effektives Baustellenmanagement einführen. Ich bin davon überzeugt, dass Senator Mettbach über den ausreichenden Sachverstand in seiner Behörde verfügt, um dieses innerhalb von wenigen Wochen zu organisieren und in dieser Stadt umzusetzen.

(Michael Neumann SPD: Schauen wir mal!)

Es bleibt ein Geheimnis der Opposition, warum in 44 Jahren hier nichts gelernt werden konnte, obwohl es externen Sachverstand überall zu diesem Thema hätte geben können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ein weiterer Punkt, den ich hier extra erwähnen muß, weil es sonst heißt, er wurde nicht erwähnt, ist der öffentliche Nahverkehr. Wir sind bestrebt, Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr herzustellen, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und so attraktiv zu gestalten, dass mehr Autofahrer auf den Nahverkehr umsteigen. Hierzu sollten Sie einer Meinung sein und da erwarte ich Ihre Unterstützung.

B

(Michael Neumann SPD: Was sagt der ADAC zum ÖPNV in Hamburg?)

– Ist der ADAC hier anwesend?

Ein weiteres Versäumnis sozialdemokratischer Politik ist leider auch die Wirtschaftspolitik.

(Oh-Rufe von der SPD und der GAL)

Wir verhehlen nicht, dass es auch hier großartige Leistungen gegeben hat.

(Michael Neumann SPD: Hört, hört!)

Wir freuen uns, dass der Airbus hier erfolgreich angesiedelt werden konnte. Wir wollen allerdings den Schwerpunkt in der Mittelstandspolitik gleichrangig zur Industriepolitik setzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir haben in den letzten Jahren ein anderes Gefühl dafür entwickelt, welche Bedeutung Mittelstandspolitik überhaupt hat. Sie müssen sich nämlich auch hierzu die Zahlen einmal ansehen. Wenn Sie sehen, dass zum Beispiel in den letzten fünf Jahren allein 10 000 Arbeitsplätze im Handwerk verloren gegangen sind, dann erfahren Sie erst die Dramatik, mit der hier Arbeitsplatzverlust im Mittelstand vonstatten geht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dabei gab es in der Vergangenheit von der CDU, FDP, Kammern und Verbänden ausreichende Hinweise an die Politik, in diesem Bereich verstärkt tätig zu werden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Richtig!)

Doch die Reaktion war gleich null. Warum, weiß keiner.

Die verstärkte Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hat stattzufinden, meine Damen und Herren. Öffentliche Unternehmen haben sich im Übrigen ebenso an Verdingungsordnung und das Mittelstandsförderungsgesetz zu halten wie andere Unternehmen auch. Zu klären ist auch die Frage, in welchem Umfang sich der Staat wirtschaftlich überhaupt betätigen soll und darf. Darf er privaten Unternehmen Konkurrenz machen? Wenn ja, in welchem Umfang.

Meine Damen und Herren! Dies ist ein schwieriges Feld Hamburger Politik, aber auch ein wichtiges Feld. Wir werden dies mit externem Sachverstand,

(Ingo Egloff SPD: Brauchen Sie auch!)

auch mit Hilfe und Unterstützung von den Kammern und Verbänden bearbeiten und in Angriff nehmen. Auch auf diesem Feld, meine Damen und Herren, fängt gute Politik überhaupt erst an.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Wir wollen eine Entbürokratisierung, wir wollen Hemmnisse für kleine und mittelständische Unternehmen abbauen, wir wollen gewerbliche Auflagen dort, wo es geht, so weit wie möglich abbauen. Ich sehe hier gerade solch ein herrliches Zeichen: Gebetsmühle sagt er. Das ist richtig. Das ist genau das, was mich jahrelang bei Ihnen geärgert hat, dass gebetsmühlenartige Sonntagsreden gehalten wurden

(Wolfgang Scheurell SPD: Wen meinen Sie eigentlich?)

und in keiner Weise in die richtige Richtung tätig geworden ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir wollen auch eine umfassende Verbesserung des statistischen Datenmaterials. Zum Beispiel muß endlich eine Existenzgründungsstatistik geleistet werden, damit wir überhaupt wissen, in welchem Zusammenhang Abwanderung und Neugründung in dieser Stadt stehen. Wir wollen innovative Technologien und den Technologietransfer fördern und eine ressortübergreifende und insgesamt besser abgestimmte Technologiepolitik betreiben. Das sind keine leeren Worte, sondern das geht ebenso auf die Sonntagsreden der letzten zehn Jahre ein. Ich sage Ihnen, auch auf diesem Gebiet wird es Zeit, dass wir mit guter Politik anfangen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir wollen und müssen die Hamburger Präsenz in Brüssel stärken. Wir müssen dortige Programme besser nutzen und die sich daraus ergebenden Chancen für Hamburg besser umsetzen.

C

D

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Soll da auch einer untergebracht werden?)

Andere Bundesländer machen uns vor, wie man das macht. Es ist unverständlich, warum gute Politik hier noch nicht angesetzt hat.

Entwicklungspotenziale und Entwicklungschancen muss man auch in dieser Stadt besser nutzen. Da ist es keine Ausrede, dass man vielleicht den einen oder anderen Beamten in der Wirtschaftsbehörde lieber einspart.

Meine Damen und Herren! Wir machen uns große Sorgen um die Baubranche. Wir verzeichnen einen Beschäftigungsrückgang und erwarten auch hier für die Baubranche mehr öffentliche Aufträge.

(*Thomas Böwer SPD*: Ach!)

Dazu ist die Vergabep Praxis, insbesondere auch der öffentlichen Unternehmen, noch einmal zu überprüfen. Gleichzeitig müssen wir hier und in Berlin dafür Sorge tragen, dass die Lohnnebenkosten weiter gesenkt werden und die Schwarzarbeit noch effektiver bekämpft wird; dies nicht nur durch Kontrolle.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Uwe Grund SPD*: Sehr gut! – *Michael Neumann SPD*: Gut!)

Unter dem Strich, Herr Grund, ist dies alles Arbeitsmarktpolitik. Keineswegs wollen wir den Abbau sinnvoller Projekte des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, sondern auch dies ist nur eine Unterstellung, um hier ein bisschen Stimmung zu machen. Nein, nein, das wollen wir nicht. Aber es bleibt richtig, dem Ersten Arbeitsmarkt ist Priorität einzuräumen und der Zweite Arbeitsmarkt darf nicht dazu dienen, die Arbeitsmarktstatistik zu schönen und alle, die arbeitslos sind, mit Gewalt zu ABM-Kräften zu machen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ein Weiteres, was mir am Herzen liegt, ist die Bearbeitung der so genannten sozialen Brennpunkte. Wir setzen uns ein für die Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen und für eine vernünftige Jugendarbeit. Dazu muss unter anderem die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen mehr Unterstützung durch die Bürgerschaft, durch den Senat erhalten.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Was macht denn der Senat?)

Die Maßnahmen, die dort zu ergreifen sind, sind mit dem Hamburger Sportbund abzustimmen. Behördenübergreifende Koordination der Maßnahmen muss und soll erfolgen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie fragen, was macht der Senat,

(*Antje Möller GAL*: Nennen Sie mal die Maßnahmen!)

dann muss ich eines dazu sagen: Diese Koalitionsvereinbarung zeichnet sich dadurch aus, was Sie entweder nicht verstehen wollen oder noch nicht verstanden haben, dass dort Ziele und auch strittige Fragen niedergelegt sind. Es ist eben ein Katalog von Maßnahmen, über den die Koalitionäre Einigkeit herbeigeführt haben. Das heißt nicht, dass jedes einzelne Programm der Stadtteilkultur in solch

C einem Vertrag Niederschlag findet. Das war nicht so, das ist nicht so und das wird nicht so sein. Aber, glauben Sie, wir haben hier – und das zeichnet diese Koalition aus – eine so breite Übereinstimmung auch im Detail, dass es gar nicht notwendig war, jedes kleinteilige Programm dort niederzulegen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ach so!)

Gerade diese hervorragende Übereinstimmung in den für uns wichtigen Fragen lässt mich hoffen,

(*Uwe Grund SPD*: Ihr versteht euch schon wortlos wunderbar!)

dass dieser Senat in der Lage sein wird, die Maßnahmen nicht nur in Angriff zu nehmen, sondern erfolgreich umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ein Wort zu den Versprechen. Kollege Grund, Sie haben, einst an der Regierung, Wastewatchers eingesetzt und durch die Straßen fahren lassen. Sie haben gleichzeitig die orangefarbenen Autos in den Bezirksämtern in der Garage stehen lassen, weil sie das Personal, das diese Autos bewegt, eingespart haben. Meine Damen und Herren, das zu den Versprechen, zum Verschleiern und zum Täuschen.

Kollegen von der SPD, Sie haben das Baden in der Alster versprochen und sind letztlich selber baden gegangen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D Sie haben das Baden nicht nur in der Alster, sondern auch in der Elbe versprochen und gleichzeitig die Mittel für die Instandhaltung der Freibäder so gekürzt, dass man sich etwas einfallen lassen muss, ob man dieses nicht Privaten überträgt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt im Grunde für die Radwege. Sie planen Velo-Routen

(*Thomas Böwer SPD*: Wir planen gar nichts mehr, sondern Sie!)

und geben das Geld für die Instandsetzung der Radwege nicht aus.

Ein Wort zu den Fahrradfahrern. Die Fahrradfahrer fahren ja nicht Fahrrad, weil Rotgrün regiert, sondern weil sie gern Fahrrad fahren, und wer gern Fahrrad fährt, den kann ich nur ermuntern, auch unter dem neuen Senat weiter Fahrrad zu fahren, denn wir werden die Fahrradwege instand setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Uwe Grund SPD*: Toll!)

Meine Damen und Herren! Die Ganztagsbetreuung der Kleinkinder funktioniert noch nicht. Wir haben dies auf unsere Fahnen geschrieben. Das Problem der unterschiedlichen Bedarfe ist einfach noch nicht gelöst. Wir werden daran arbeiten. Wir werden auch am Beitragssystem arbeiten und Beitragsgerechtigkeit wieder herstellen.

(*Thomas Böwer SPD*: Viel Spaß dabei!)

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Sie haben damals mal eben so 16 Millionen DM eingenommen, weil Sie das Beitragssystem, wie ich meine, schlichtweg unfähig und rechnerisch falsch umgestaltet haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der SPD)

Sie haben es insbesondere so umgestaltet, dass viele Eltern mit vielen Kindern und solche, die gerade ein Eigenheim gebaut haben, ihre Kinder nicht mehr in den Kindergarten geben konnten. Dies ist zutiefst unsozial und auch sozial ungerecht. Sie haben das, was die Steuerreform des Kanzlers Schröder den Menschen gegeben hat, weil er Familien, insbesondere mit Kindern fördern wollte, dadurch zunichte gemacht und diesen Menschen wieder weggenommen. Nein, meine Damen und Herren, dies ist keine gerechte und soziale Einnahmequelle der Stadt Hamburg, sondern hier geht es darum, ein gerechtes Beitragssystem, gestaffelt am tatsächlichen Einkommen, wieder herzustellen und nicht die zu bestrafen, die vier Kinder haben oder die ein Häusle bauen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es wurde bereits etwas zur Abwanderung ins Umland gesagt. Ich nenne nur einen Aspekt dazu.

(Uwe Grund SPD: Kann sein, dass die bei der jetzigen Regierung noch zunimmt!)

Aus meiner Sicht sind Flächen herzustellen, damit auch Besserverdienende und große Familien, die einmal ein Haus bauen möchten, in Hamburg bleiben können, und dass hier vielleicht auch einmal darüber nachgedacht wird, ob nicht Standorte mit erschlossenen Flächen, die jetzt anderweitig besetzt sind, dafür zur Verfügung gestellt werden können.

B

Sie wissen, dass eine schrumpfende Stadt fiskalisch von Nachteil ist, aber sie ist auch ökologisch durch Zersiedelung des Umlandes nicht wünschenswert. Als Pendler – und auch das wissen Sie bereits – verursachen die, die ins Umland wegziehen, größeren Individualverkehr.

(Thomas Böwer SPD: Wir sind keine Pendler! Wir wohnen hier!)

Genau deshalb sollte hier eine Umkehr im Denken erfolgen. Wir haben dieses vollzogen und ich hoffe, Sie machen auch hier mit.

Zu guter Letzt ein Wort zum Filz.

(Uwe Grund SPD: Was sagen Sie zu Herrn Nockemann? und Zurufe von der SPD und der GAL)

– Was sage ich zu Herrn Nockemann. Hier wurde, wie gehabt, ein Vorwurf konstruiert.

(Michael Neumann SPD: Das steht in der Zeitung! – Thomas Böwer SPD: Darunter haben wir auch gelitten! – Anja Hajduk GAL: Die Bürgerschaft hat einen Beschluß gefasst! – Uwe Grund SPD: Sie verstoßen gegen die Spielregeln!)

– Ja, beruhigen Sie sich. Jetzt muss ich weiterreden, weil das von meiner Redezeit abgeht.

Aber Bedenken kann man äußern. Ich nehme das sehr ernst. Nur, dass Sie das wissen. Bedenken kann man äußern und prüfen kann man verfassungsrechtlich und vielfach. Zehn Juristen zu dem Thema haben auch zehn Meinungen. Ich kann nur sagen, wir haben das bereits ge-

prüft – das ist der Unterschied zu Ihnen, Sie sagen, das müsste man mal prüfen – und es wird sich erst erweisen, meine Damen und Herren, ob die SPD überhaupt die Prüfungskompetenz hat.

C

(Krista Sager GAL: Sagen Sie mal etwas zu Herrn Nockemann!)

Wer 44 Jahre das SPD-Parteibuch als großen Befähigungsnachweis benutzt hat,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

der muss sich fragen lassen, ob er womöglich überhaupt gar nicht kompetent ist, diese Frage zu prüfen.

(Thomas Böwer SPD: Wir haben in Ihnen unseren Meister gefunden!)

Hier steht die Befähigung des Kollegen Nockemann außer Zweifel.

(Krista Sager GAL: Darum geht es doch nicht! – Anja Hajduk GAL: Es geht um Kontrolle!)

Hier ist kein Fall von Filz und auch kein Fall von Postenschaffung. Insofern ist das Wort Filz völlig falsch.

(Michael Neumann SPD: Sie machen Herrn Adolphi noch zum Polizeipräsidenten! und Zuruf von Krista Sager GAL)

Ich werde hier gerade bestätigt durch die GAL.

Bitte, reichen sie ihre Wünsche bei Herrn Schill ein.

Es ist kein Filz und alles andere können Sie prüfen. Das prüfen wir wahrscheinlich in den gleichen Ausschüssen wie die Lachsbrötchen-Affäre.

D

Meine Damen und Herren! Der Vorwurf ist unsinnig und damit ist das Thema durch.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP und Zurufe von der SPD und der GAL – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter Frühauf. Wenn ich Sie abklingele, müssten Sie bitte eine Sekunde warten. Ich darf Sie fragen, ob Sie nach unserer Geschäftsordnung der Abgeordneten Frau Hajduk eine Zwischenfrage gestatten.

Norbert Frühauf (fortfahrend): Ein anderes Mal gern.

Meine Damen und Herren, ich muss die Redezeit nutzen. Die Hamburger können versichert sein, dass die Koalition alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um die Anziehungskraft dieser Stadt zu erhalten und zu fördern. Wir werden soziale Gerechtigkeit genauso schätzen wie Sie und wir werden niemandem Angst machen, nicht um den Arbeitsplatz, nicht um die Sicherheit, sondern wir werden im Gegenteil daran arbeiten, dass niemand Angst haben muss, weder um den Arbeitsplatz noch um die Sicherheit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Es wird mein ganz persönliches Anliegen sein, über alle wichtigen Dinge gemeinsam Beratung und einen kritischen offenen Diskurs mit Ihnen zu pflegen,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A (Uwe Grund SPD: Sehr gut!)

alles, auch mit Ihnen von der Opposition, in aller Offenheit zu besprechen. Dies ist kein billiges Versprechen, sondern das ist trotz der insoweit etwas eigentümlichen Verhaltensweisen einiger Sozialdemokraten und GALier, die sich Diskussionen und selbst Amtsübergaben verschlossen haben, für mich eine Selbstverständlichkeit. Der Respekt vor dem ganzen Parlament macht dieses zum Gebot. Ich bin sicher, dass wir im offenen Diskurs bei der Umsetzung des Regierungsprogramms, das wir heute gehört haben, zu einer großen Gemeinsamkeit kommen werden.

(Uwe Grund SPD: Das glaube ich nicht!)

Meine Fraktion wird den Senat nach besten Kräften bei seiner erfolgreichen Arbeit für Hamburg unterstützen. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Das Wort hat jetzt Frau Sager.

Krista Sager GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die neue Regierung hat etwas geschafft, das wohl ziemlich einmalig ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP und Bravo-Rufe)

Ja, man kann auch Negativrekorde aufstellen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Soviel Beifall haben Sie als Senatorin nie gehabt!)

B Sie hat es nämlich geschafft, noch vor Regierungsantritt den Ruf Hamburgs bereits nachhaltig zu beschädigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, Sie haben im Zusammenhang mit Kultur von Glanz, von Originalität, von Strahlkraft gesprochen. Sie mögen das Debakel, das Sie im Kulturbereich angerichtet haben, für ausgesprochen originell halten, aber dass Sie damit Strahlkraft über Hamburg gebracht haben, das können auch Sie nicht glauben. Das ist wirklich eine bundesweite Posse gewesen, die Hamburg nachhaltig beschädigt hat. Sie haben offensichtlich im Wahlkampf der Kulturszene Versprechungen gemacht, dass es in Hamburg eine Kultursenatorin geben wird, um diese Kulturszene zu beglücken. Aber Sie haben offensichtlich dieses Versprechen selber überhaupt nicht ernst genommen. Sonst hätten Sie sich rechtzeitig diskret nach einer passenden Besetzung umgeschaut. Dass Sie das nicht gemacht haben, zeigt, dass Sie ein völlig gestörtes Verhältnis dazu haben, welche gesellschaftspolitische und auch stadtpolitische Bedeutung der Kulturbereich für Hamburg hat.

(Dr. Michael Freytag CDU: Hat er nicht!)

– Hat er nicht, Herr Freytag? Dann haben Sie wirklich nichts begriffen.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Da ist der Wähler anderer Meinung gewesen!)

Der Kulturbereich ist für Hamburg stadtpolitisch und gesellschaftlich gerade in diesen Zeiten von besonders großer Bedeutung. Sie haben hier für ein öffentliches Debakel gesorgt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C Durch dieses öffentliche Debakel haben Sie jetzt eine Situation herbeigeführt, wo selbst seriöse und gute Kandidatinnen es inzwischen sehr, sehr schwer haben, sich zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Warten Sie es doch ab!)

Aber viel schlimmer ist das, was Sie sich im Zusammenhang mit Neuengamme geleistet haben. Herr von Beust, dass Sie heute die Chance nicht genutzt haben, diesen eklatanten Fehler wirklich vom Tisch zu nehmen, ist wirklich unverzeihlich. Sie haben hier mit Ihrer Koalition eine Fehlentscheidung getroffen, die Verlagerung nicht durchführen zu wollen, sie in Frage zu stellen. Das hat den Ruf Hamburgs wirklich international beschädigt und das wissen Sie auch.

Sie haben heute gesagt, es soll eine rasche, vernünftige Lösung geben. Herr von Beust, von rasch können Sie doch hier im Ernst nicht mehr sprechen. Dieses elende Gezappel währt doch jetzt schon viel zu lange, und Sie hätten heute wirklich die Chance gehabt, Ihre Fehlentscheidung vom Tisch zu nehmen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie haben mitgezappelt! Sie sind Oberzapplerin! Sie hätten es längst machen können!)

Dass der Verlagerungsbeschluss nach dem Krieg zu lange gedauert hat, ist vollkommen richtig. Die CDU hat aber dem Verlagerungsbeschluss zugestimmt. Sie waren aber nicht die treibende Kraft, Herr Freytag, ihn herbeizuführen. Wir haben in diesen Jahren jetzt dafür gesorgt, dass die Verlagerung eingeleitet worden ist. Der Neubau, der Ersatzbau, ist angefangen. Es gibt ein Konzept für die Gedenkstätte und die Finanzierung steht.

D Jetzt wollen Sie das Rad zurückdrehen, obwohl Sie dieser Verlagerung in der Bürgerschaft zugestimmt haben. Das ist ein Unding.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, wenn Sie jetzt den Opferorganisationen und den Überlebenden Verhandlungen anbieten, dann wissen Sie nicht, was Sie tun, und vor allen Dingen auch nicht, was Sie diesen Menschen antun. Die überlebenden Opfer sind jetzt alle um die 80 Jahre alt. Sie haben ihr ganzes Leben darum gekämpft, dass diese Verlagerung stattfindet und es zu einer würdigen Nutzung des Geländes kommt. Sie haben dieses Lebensziel endlich erreicht, und jetzt sagen Sie, das wollen Sie verhandeln. Herr von Beust, da gibt es nichts zu verhandeln, sondern diese Entscheidung, die Sie getroffen haben, müssen Sie endlich zurücknehmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In Wirklichkeit ist Ihr Verhalten völlig unverständlich, weil Sie den Fehler bereits seit langem erkannt haben. Ihr Bildungssenator, Herr Lange, hat das Richtige gemacht, wenn er sagt, der Fehler wird revidiert werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In dem Moment pfeifen Sie ihn auch noch zurück. Das Einzige, was Sie hätten machen können, wäre, das Heft des Handelns selber in die Hand zu nehmen.

Spätestens am 9. November, dem Tag der Reichspogromnacht, hätten Sie die Gelegenheit dazu, das auch zu einem richtigen Zeitpunkt zu tun. Sie haben Herrn Lange zurückgepfiffen und das Ganze wieder auf die lange Schiene geschoben. Das ist wirklich nicht hinnehmbar.

(Krista Sager GAL)

A (Beifall bei *Erhard Pumm SPD*)

Wie wollen Sie am kommenden Sonntag den Überlebenden vor die Augen treten? Sie wissen, dass am kommenden Sonntag die Überlebenden, die Vertreter der Amicale Internationale, nach Neuengamme kommen. Oder wollen Sie das etwa an Herrn Schill delegieren?

Sie tun sich keinen Gefallen damit, wenn Sie dieses Hin und Her bis zum 21. November durchziehen. Der jetzt kommende Sonntag ist die letzte Chance für Sie, das Ganze mit Anstand zu beenden.

(Beifall bei der GAL)

Aber wir erleben ein derart elendes Hin und Her nicht nur im Zusammenhang mit Neuengamme, sondern das ist überhaupt das Prägende dieser Regierung. Sie haben heute, Herr von Beust, davon gesprochen, dass der Bürger sich auf die Stadt verlassen können muss. Sie haben von Verlässlichkeit in der Politik gesprochen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wir hatten ein selbstkritisches Wort zu Ihrer Arbeit erwartet!)

Das Einzige, was an Ihrer Politik im Moment verlässlich ist, ist, dass jeden Tag ein anderer Senator erklärt, irgendein Punkt im Koalitionsvertrag sei in Wirklichkeit nicht so gemeint.

(Beifall bei der GAL)

Jeden Tag erzählt uns ein anderer Senator, dass das, was Sie aufgeschrieben haben, schon heute nicht mehr gelten soll: Das Hin und Her bei Neuengamme,

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Das stimmt doch gar nicht!)

B

das Hü und Hott bei der Ortsumgehung Finkenwerder, das Auf oder Zu beim Grindelhof – man weiß es nicht so genau. Schulgebietsgrenzen auflösen? Vielleicht ja, vielleicht nein. Genau das Gleiche gilt beim Naturschutzgesetz und beim Verbandsklagerecht. Auch da hört man plötzlich, man wolle das vielleicht doch nicht abschaffen. Die Bürgerinnen und Bürger wissen noch nicht einmal, wo es hingehen soll. Sie wissen aber auch nicht, ob der Senator jetzt für den Senat spricht oder nur für sich als Privatperson.

(*Thomas Böwer SPD*: Erst einmal als Privatperson!)

Das erweckt den Eindruck, dass dieses Kabinett ein Tollhaus ist und dass Sie als Bürgermeister das dulden und noch nicht einmal in der Lage sind, da Ordnung hineinzubringen.

(*Dr. Stefan Schulz CDU*: Sie möchten doch nur mitmachen!)

Herr Freytag, bei Ihnen hat man gemerkt, dass Sie den Weg in die Regierung noch gar nicht so recht gefunden haben. Sie haben offensichtlich am meisten Spaß dabei, immer noch Oppositionsreden zu halten, allerdings im Moment in die falsche Richtung.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Opposition gegen Sie schon!)

Wenn Sie nicht wissen, wohin Sie mit Ihrer Politik wollen, dann kann ich auch verstehen, dass Sie lieber Oppositionsreden halten. Vor dem Hintergrund verwundert es mich auch nicht, dass Sie zahlreiche Vorhaben der rotgrünen Koalitionsregierung im Koalitionsvertrag jetzt so verkaufen, als wenn Sie die neu erfunden hätten, weil Sie bei

der eigenen Politik offensichtlich nicht wissen, wohin es geht. C

Herr Schill weiß wenigstens, dass er für zwei Dinge angetreten ist, nämlich für blaue Polizisten und für eine besonders dreiste Variante von Filz, die wir in dieser Stadt in den letzten Jahren nicht erlebt haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das sage ich Ihnen aus Kenntnis der Hamburger Politik seit vielen, vielen Jahren.

Dass hier Leute hereinschwirren, ein Abgeordnetenmandat in Anspruch nehmen, dann in die Präsidialabteilung einer Behörde gehen, dort einen Job annehmen und dann ihr Mandat nicht abgeben, ist in Hamburg in den letzten Jahren nicht ein einziges Mal passiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Erhard Pumm SPD*: So etwas hat es noch nie gegeben!)

Herr Frühauf, Sie haben offensichtlich nicht die geringste Ahnung, was Sie dort im Moment anrichten. Dieses Parlament hat am 12. Juli mit den Stimmen der CDU ein Wahlgesetz verabschiedet, das eine Selbstverpflichtung der Abgeordneten ist.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Für die 18. Wahlperiode, nicht für diese!)

In diesem Wahlgesetz ist ausdrücklich festgehalten, dass ein Mandat nicht zu vereinbaren ist mit einer Position als Leiter einer Präsidialabteilung, als Berater und persönlicher Referent eines Senators oder als Presse- und Öffentlichkeitssprecher. Dieses Wahlgesetz tritt nur deswegen in dieser Periode nicht in Kraft, weil man natürlich keinen Einfluss auf Kandidatenlisten nehmen kann, die damals schon bestanden haben. Aber auch Sie, Herr Freytag, und auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben es am 12. Juli für nicht denkbar gehalten, dass jemand ins Parlament kommt und so dreist ist, in Kenntnis dieses bestehenden Wahlgesetzes zu sagen, das Gesetz gilt erst in der nächsten Legislatur, jetzt machen wir genau das, was in diesem Wahlgesetz für nicht übereinstimmbar festgehalten ist. D

(*Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Machen Sie sich mal sachkundig!)

Das ist eine dreiste Form von Filz. So etwas hat dieses Haus in den letzten Jahren nicht erlebt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, Sie wissen ganz genau, dass die CDU diesen Empfehlungen der Statuskommission zugestimmt hat. Trotzdem dulden Sie, was Herr Schill dort macht. Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, in Ihrer Truppe für Ordnung zu sorgen, und lassen sich von Herrn Schill auf der Nase herumtanzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Fassen Sie sich mal an die eigene Nase!)

Jetzt zu dem Bereich, für den Sie gewählt worden sind, die Innere Sicherheit. Heute ist deutlich geworden, Sie haben für diesen Bereich kein Konzept. Sie sind mit dem Ziel angetreten: Viel mehr Polizei gleich viel mehr Sicherheit. Wenn aber aus 2000 Polizeibeamten nur 250 schlecht ausgebildete Angestellte werden, dann zeigt das, dass das eigentliche Konzept jetzt schon zusammengebrochen ist.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Warten Sie's mal ab!)

(Krista Sager GAL)

- A Ihr Innensenator ist heute schon die größte Lachnummer in der Innenministerkonferenz.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe nichts gegen blaue Polizisten, aber blaue Polizisten sind kein Konzept für die Innere Sicherheit. Dass Ihr Innensenator heute schon den Ruf des Blaumachers genießt, hat noch ganz andere Gründe.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich kann in seine Richtung nur sagen: Showtime is over, Herr Schill, fangen Sie endlich an zu arbeiten!

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Ein Tipp aus dem richtigen Leben.

(Dietrich Wersich CDU: Was wollen Sie denn?)

Wenn man nicht jede Party mitmacht, kommt man auch morgens besser hoch.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Vielleicht auch ein paar Tipps, wo Sie ansetzen könnten, weil Sie ja nun kein Konzept haben. Greifen Sie das auf, was erfolgreich auf den Weg gebracht worden ist

(Dr. Michael Freytag CDU: Wir bekommen das schon hin!)

in der Zusammenarbeit der Polizei mit den Stadtteilkonferenzen, mit den Schulen, mit den Menschen in den Stadtteilen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie sind doch abgewählt worden!)

- B Genau das hat auch in der Jugendkriminalität gegriffen, die in diesem Jahr gerade im Raubbereich rückgängig ist. Dieses Konzept könnten Sie weiterentwickeln. Aber die Aussage „Soziales Stadtteilprogramm“ kommt in Ihrem Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor. Deswegen habe ich das Gefühl, dass Sie dieses erfolgreiche Konzept im Moment gefährden.

(Dr. Michael Freytag CDU: Gefühle sind gefährlich!)

Ein anderer Tipp: Wenn Sie dann offenkundig das Problem haben, dass Sie nicht wissen, wie Sie schnell für mehr Präsenz von Polizei auf den Straßen sorgen können, greifen Sie die Pläne von Rotgrün zur Modernisierung der Polizeiausbildung auf. Das würde ihnen nicht nur eine bessere Ausbildung bringen, sondern auch mehr Präsenz von Polizei auf den Straßen ermöglichen. Ich appelliere auch an den Wissenschaftssenator. Herr Dräger, überlassen Sie dieses Feld – Modernisierung der Polizeiausbildung und mehr Präsenz – nicht dem Innensenator, sondern mischen Sie sich da ein.

(Beifall bei der GAL)

Sie sollten es beenden, durch symbolische Politik in dem Bereich der Inneren Sicherheit das Leben und die Gesundheit von Menschen zu gefährden. Wenn Sie Strafgefangenen, die sich im staatlichen Gewahrsam befinden, den Spritzentausch im Gefängnis verweigern, dient das niemandem. Das ist eine Gefährdung der Gesundheit und des Lebens dieser Menschen. Es dient aber auch nicht dem Gemeinwohl, wenn diese Menschen später mit Hepatitis und HIV infiziert aus der Haft entlassen werden. Korrigieren Sie dort Ihre falsche Politik.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Karl-Heinz Ehlers CDU: Warum haben Sie das nicht gemacht!)

Herr von Beust, Sie haben gesagt, Sie wollen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik das Ziel verfolgen, dass Menschen möglichst schnell wieder auf eigenen Beinen stehen können. Das ist richtig. Sie haben auch angekündigt, dass Sie sich mit den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik auseinandersetzen wollen.

Wir sind nachdrücklich dafür, dass man die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert. Wir sind nachdrücklich dafür, dass man die Arbeit von Zuwendungsempfängern einer Qualitätskontrolle unterzieht. Aber ich warne vor einem. Sie haben gesagt, das sei Ihr Ziel. Sie sagen aber nichts dazu, mit welchen Instrumenten Sie das Ziel erreichen wollen. Zerschlagen Sie bitte nicht Instrumente, die es jetzt gibt, bevor Sie bessere haben. Das ist nämlich die Gefahr bei Ihrer Politik, dass Sie Dinge abräumen und hinterher vor einer desolater werdenden Arbeitsmarktsituation keine Alternativen anzubieten haben.

Meine Damen und Herren! Zu einem anderen Thema habe ich von Ihnen, Herr von Beust, ebenfalls nicht das richtige Signal gefunden. In einer Großstadt wie Hamburg werden wir nicht nur Menschen haben, die mit staatlicher Hilfe irgendwann wieder auf eigenen Beinen stehen können. Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, die dauerhaft auf staatliche Hilfe angewiesen sind und angewiesen bleiben. Wir werden Ihre Politik auch daran messen, wie Sie mit diesen Menschen umgehen und ob Sie ihnen ein würdiges Leben in der Gemeinschaft ermöglichen.

(Beifall bei der GAL)

D Es hat bei uns mehr als nur Befremden ausgelöst, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag von der staatlichen Förderung der Starken sprechen. Sie haben hier gesagt, der Starke brauche den Staat weniger an seiner Seite als der Schwache. Das gilt aber nicht nur für die Innere Sicherheit, das gilt auch für die Sozial- und Beschäftigungspolitik. Wenn Sie Ihre Aussage zu den Starken und Schwachen ernst nehmen, erwarte ich von Ihnen, dass Sie dafür sorgen, dass der Starke nicht nur Förderung braucht, sondern auch soziale Verantwortung für die Schwachen in der Gesellschaft übernehmen muss.

(Beifall bei der GAL)

Da spricht Ihr Koalitionsvertrag eine Sprache, die den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt gefährdet.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Dummes Zeug!)

Sie haben sich heute – das habe ich durchaus registriert – um einen etwas anderen Ton bemüht. Ihnen ist aufgefallen, dass der Ton in Ihrem Koalitionsvertrag einer Stadt wie Hamburg nicht angemessen ist. Das ist ein positives Signal.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Danke für die Benotung!)

Wir werden ein besonderes Auge darauf haben, dass sich durch Sie keine Politik durchsetzt, die Rücksichtslosigkeit, Egoismus und das Recht des Stärkeren in dieser Stadt propagiert und populär macht. Dabei ist es egal, ob es in der Sozialpolitik oder in der Verkehrspolitik passiert. Auf keinen Fall wollen wir einen solchen Geist in der Schule haben.

(Krista Sager GAL)

A (Vizepräsident Röder übernimmt den Vorsitz.)

Wir brauchen in Zukunft viele gut ausgebildete junge Leute.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das kann ich mir denken!)

Wir brauchen mehr junge Leute, die Abitur machen. Wenn Sie die Gesamtschulen auf das gleiche Niveau bringen wollen wie die Haupt- und Realschulen, dann frage ich mich, wie man an einer Hamburger Gesamtschule in Zukunft das Abitur machen soll. Wie wollen Sie es dann schaffen, dass die Anzahl der jungen Menschen mit Abitur in dieser Stadt steigt, statt zu fallen? Die Antwort sind Sie hier schuldig geblieben.

(Beifall bei der GAL – Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Klasse statt Masse!)

Wenn Sie, Herr Ehlers, das Gleiche wie wir wollen, nämlich Qualität in der Schule, Wettbewerb, Profile und keine Einheitsmodelle, dann frage ich mich, warum Sie zwölf Jahre Schulzeit bis zum Abitur als Einheitsmodell verkaufen. Kein Mensch hat etwas dagegen, dass es junge Menschen gibt, die nach zwölf Jahren Abitur machen oder es auch als Klassen können, aber warum verkaufen Sie uns das hier als Einheitsmodell? Es muss neben zwölf Jahren bis zum Abitur auch 13 und 14 Jahre als Wahlmöglichkeit geben.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Es ist um Qualität gegangen, das haben Sie nie begriffen!)

Besonders absurd ist, dass gerade die FDP hier antritt, um in der Schulpolitik ein Einheitsmodell durchzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

B Wir wollen eine Schulpolitik, die auf Integration statt auf Spaltung setzt.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Kuschelpädagogik!)

– Das nennen Sie Kuschelpädagogik, wenn man auf Integration statt auf Spaltung setzt? Das ist interessant. Wir werden sehen, wie Sie dann Ihre Pädagogik verstehen.

Richtig ist, dass man bei Kindern aus Migrantenfamilien auf frühe Sprachförderung setzt. Das wollen wir auch. Aber es geht nicht, dass man Kinder, die nicht deutsch sprechen, aus der Schule ausschließt.

(Wolfgang Beuß CDU: Das hat keiner gesagt, das ist Blödsinn!)

In einer internationalen Metropole, in einer Einwanderungsstadt, kann man es sich nicht leisten, dass man das Thema „Deutschsprechen“ so behandelt, dass man die Schulpflicht der Kinder mit Füßen tritt, weil man sagt, diese Kinder kommen dann nicht in die Schule.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das zeigt, dass es Ihnen in Wirklichkeit nicht um die Förderung der Kinder geht, sondern dass Sie die ausländischen Kinder als Störenfriede für die deutschen Kinder betrachten. Von Mehrsprachigkeit, von Förderung von Zweisprachigkeit ist in Ihrem Koalitionsvertrag keine Rede. Hier gilt offensichtlich nur noch die deutsche Sprache.

Dass Sie auf Spaltung setzen, zeigt sich eindeutig bei dem Thema, die Schulgebietsgrenzen aufzulösen. Die Schulgebietsgrenzen sind in Hamburg nie sklavisch gesehen worden. Daher hat es in Einzelfällen immer Ausnahme-

C
möglichkeiten gegeben, weil das durchaus begründbar ist. Wenn Sie jetzt aber die Schulgebietsgrenzen aufheben werden, gehen Sie das Risiko ein, dass es auf der einen Seite deutsche weiße Mittelschichtschulen und auf der anderen Seite arme Migrantenschulen geben wird. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie haben die Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung angekündigt. Viele Leute freuen sich natürlich, wenn sie hören, sie sollen weniger zahlen. Man muss aber wissen, dass in Hamburg die Elternbeiträge nur 16 Prozent der Kosten für Kinderbetreuung decken und heute schon eindrucksvoll sozial gestaffelt sind. Ihre Forderung mag vielleicht populär sein, aber Sie setzen die falsche Priorität für eine Stadt wie Hamburg. Viel dringender brauchen wir hier das, was wir im Wahlkampf gefordert haben und was wir auch zusammen mit der SPD umgesetzt hätten, und zwar die Ausweitung der Betreuungsgarantie. Wir haben in Hamburg so viele berufstätige Mütter und berufstätige Eltern, die eine Ausweitung der Betreuungsgarantie viel, viel dringender brauchen, als dass das Ganze gar nichts mehr kosten soll.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass Sie diese Priorität, die Ausweitung der Betreuungsgarantie, nicht setzen, zeigt, dass Sie ein völlig gestörtes Verhältnis zu den Interessen der Frauen in dieser Stadt haben. Frauen tauchen bei Ihnen im Senat nicht auf, ebenso nicht in der Regierungserklärung.

(Anja Hajduk GAL: Eine!)

– Ja, eine, aber eben nur eine.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Aber was für eine!)

Herr von Beust, Sie haben sich in Ihrer Regierungserklärung durchaus bemüht, in einigen Feldern die Akzente etwas anders zu setzen als im Koalitionsvertrag. Das ist durchaus aufgefallen. Aber zu dem Gebiet Frauen, auf dem Sie als Senat ziemlich schwach dastehen, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein Wort gesagt. Das zeigt, wie Sie es mit den Fraueninteressen halten.

Ich kenne die Kollegin Schnieber-Jastram schon viele Jahre. Ich weiß, dass sie eine Frau ist, die sich die Butter nicht vom Brot nehmen lässt. Das ist auch gut und notwendig so. Aber dass Sie, die angetreten sind, den Filz zu bekämpfen, jetzt einen Senat der Männerfreundschaft und Männerseilschaften präsentieren, geht zu weit.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Unterstellung!)

Sie haben vom Respekt vor jedem gesprochen und Sie haben ausdrücklich gesagt, gleich welchen Geschlechts. Wo bleibt Ihr Respekt vor den Frauen in dieser Stadt? Den kann ich nicht erkennen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es gibt kaum einen Bereich, in dem diese Regierung eine so diametral andere Politik angekündigt hat, als bisher gefahren worden ist, als die Verkehrspolitik, über die wir in den letzten Tagen einige sehr einfache, aber sehr wichtige Wahrheiten nachlesen konnten.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist auch nötig!)

(Krista Sager GAL)

- A Stau entsteht immer ganz besonders dann, wenn zu viele Menschen gleichzeitig Auto fahren wollen. Das sind ganz einfache Wahrheiten, besonders im November. Die durchschnittliche Fließgeschwindigkeit in Hamburg ist im Metropolenvergleich sogar gut, deutlich besser als in Berlin, in Paris oder in Rom. Woran liegt das? Das liegt an einem leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr. Wenn Sie eine wachsende Stadt wollen, dann müssen Sie sich auch mit einem Konzept befassen, wie Sie wachsenden Mobilitätsansprüchen Genüge tun werden wollen.

(Rolf Kruse CDU: Keine Sorge!)

Dieses Konzept haben Sie nicht. Das haben Sie heute hier bewiesen. Es interessiert Sie nicht einmal.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Sie glauben, dass es schon ein Konzept für Mobilität ist, wenn man allen Leuten verspricht, dass Auto fahren in Zukunft mehr Spaß machen soll.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wer hat das gesagt?)

Das Gegenteil ist der Fall.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das ist Ihr Problem!)

Auto fahren wird nur dann schöner, wenn wenig Leute Auto fahren.

(Dr. Michael Freytag CDU: Die Automobilarbeiter finden Ihre Position auch ganz toll!)

Sie wollen aber ein Signal setzen: Alle sollen am Autofahren mehr Spaß haben. Das wird nicht funktionieren. Dass Sie vielleicht einige Ampeln besser schalten werden, als die Innenbehörde das bisher hinbekommen hat, wäre wunderbar. Dafür bekommen Sie auch unseren grünen Segen. Aber das ist kein Konzept für die wachsenden Mobilitätsprobleme einer Großstadt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

In diesem Zusammenhang haben Sie die eklatanteste Fehlentscheidung getroffen, die man sich überhaupt vorstellen kann. Die Absage an eine moderne Stadtbahn ist eine Absage an die Zukunfts- und die Entwicklungsperspektive für einen bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Rolf Kruse CDU: Grüne Spinnerei!)

Das Beschämende ist, dass Sie das aus rein ideologischen Motiven tun.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir und ideologisch? Haha!)

Ihr früherer verkehrspolitischer Sprecher Herr Becker, der mir noch in lebhafter Erinnerung ist, würde sich im Grabe umdrehen, wenn der wüsste,

(Dr. Michael Freytag CDU: Lassen Sie den Mann mal in Ruhe!)

dass Sie diese Chance – die Pläne sind fertig, es kann losgehen – so vergeigen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

In Richtung FDP: Sie sollten ein beratendes Gespräch mit Ihrem früheren Fraktionsvorsitzenden Herrn Wiegand führen. Der war ein leidenschaftlicher Vertreter der Stadtbahn

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Richtig!)

und hat auch gewusst warum. Der hat nämlich, im Gegensatz zu Ihnen, von der Sache ein bisschen Ahnung gehabt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Mit dem Verzicht auf die Stadtbahn sind Sie eine Gefahr für eine moderne Stadtentwicklung geworden.

(Dr. Michael Freytag CDU: Welche Stadtbahn haben Sie finanziert? Sie haben doch gar keine! Wo ist denn die Stadtbahn?)

Sie sind nicht in der Lage, die HafenCity anzubinden, die Sie weiterentwickeln wollen. Eine Anbindung durch Busse, das wissen Sie selber, funktioniert nicht, das ist viel zu popelig. Eine U-Bahn, das wissen Sie auch, ist nicht bezahlbar. Dadurch, dass Sie für diese Anbindung kein Verkehrskonzept haben, gefährden Sie auch die Olympia-Bewerbung. Das sollten Sie auch wissen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Dass Sie eine moderne Stadtentwicklung gefährden, zeigt sich ganz besonders beim Grindelhof. Sie haben uns heute erzählt, Sie wollen, dass die Bürger wieder in der Stadt wohnen, sich in Hamburg wohl fühlen, hier leben und hier ihre Steuern zahlen.

(Anja Hajduk GAL: Viel Spaß!)

Im Grindelhof ist im Sommer geradezu little Italy entstanden. Alle finden das wunderbar.

(Dr. Michael Freytag CDU: Die ganzen Auspendler sind wiedergekommen!)

Der ADAC und die Handelskammer sind mit ihrer Kritik schon mächtig zurückgerudert. Und was machen Sie jetzt? Sie machen alles wieder kaputt oder wollen es zumindest kaputtmachen. Selbst die Handelskammer hat inzwischen kapiert, dass die Wirtschaft zur Wirtschaft gehört und dass eine Kneipe auch ein Wirtschaftsunternehmen ist. Aber Sie kapieren das nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Herr von Beust, Sie haben heute etwas Wichtiges gesagt: Örtliche Fragen sollen abschließend auf örtlicher Ebene entschieden werden. Dann machen Sie im Grindelhof und auch in der Stresemannstraße Ernst damit. Lassen Sie das örtlich entscheiden und respektieren Sie das Bürgergehren und die Meinung der Bevölkerung.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Sie machen es aber nicht nur verkehrspolitisch falsch. Es ist auch ein falsches Signal für die soziale Lage in der Stadt und für den Umgang der Menschen miteinander. Sie haben keine Chance ausgelassen, um Raser und Rücksichtslose in dieser Stadt zu ermutigen. Sie haben ihnen quasi rechtsfreie Räume versprochen.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die Herrenmenschen sind die Radfahrer! – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist wirklich unglaublich, was Sie machen!)

– Ja, Herr Ehlers, das ist auch vor dem Hintergrund der Geschichte der Verkehrsberuhigung in der Stresemannstraße unglaublich.

Die Stresemannstraße hat eine Geschichte, die Sie kennen. Wenn eine Koalition, die besonders für Sicherheit antritt, die Sicherheitsinteressen der schwachen Verkehrsteilnehmer so mit Füßen tritt, wie Sie das tun, ist das unglaublich.

C

D

(Krista Sager GAL)

A (Beifall bei der GAL)

Was haben Sie eigentlich für ein Menschenbild, wenn Sie ständig die einen Verkehrsteilnehmer gegen die anderen ausspielen, wenn Sie sagen, hier sind die Autofahrer und die müssen sich sozusagen gegen alle anderen und den Rest der Welt ihrer Haut erwehren?

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das machen Sie seit vier Jahren!)

Derjenige, der mit dem Auto zur Arbeit fährt, möchte am gleichen Tag, dass seine Kinder mit dem Fahrrad sicher zur Schule kommen, und möglicherweise am Wochenende mit seiner Frau mit dem Rad zum Markt fahren können. Der Mensch ist eben nicht nur Autofahrer, sondern er hat Mobilitätsinteressen und das sind nicht nur Autointeressen.

(Beifall bei der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Das macht doch nichts!)

Herr von Beust, in dieser Frage nehme ich Sie beim Wort. Sie haben gesagt, die Grenzen müssten dort gezogen werden, wo jemand sein eigenes Glück verfolgt zu Lasten und auf Kosten anderer. Das ist aber genau die Grenze, die Sie jetzt in der Stresemannstraße niederreißen wollen. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der GAL)

Noch ein Wort zur Finanzpolitik.

(Dr. Michael Freytag CDU: Da kennen Sie sich ja aus!)

B Herr von Beust, was Sie heute als Kriterien für Ihre Finanzpolitik genannt haben, ist vernünftig. Ich bin nur sehr gespannt, ob Sie das umsetzen werden. Wir haben nicht nur die Situation, dass die Steuermindereinnahmen auch auf Hamburg zukommen, sondern auch, dass Hamburg mit Sicherheit sehr viel mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss, weil es Hamburg im Vergleich zu den anderen Ländern noch relativ gut geht. Hier ist wirklich äußerste Seriosität gefragt. Sie können hier erzählen, was sie wollen. Herr Freytag weiß in Wirklichkeit, dass für den Betriebshaushalt 2002 längst Sorge getragen worden ist. Sie wissen aber auch, dass in den letzten vier Jahren eine gewaltige Konsolidierungsleistung erbracht worden ist.

(Rolf Kruse CDU: Das haben Sie sich eingeredet!)

Wenn Sie das schaffen, genau die gleiche Leistung zu erbringen, nämlich bei den Ausgaben 2 Milliarden DM zu konsolidieren bei einem Etat, der jedes Jahr etwa ein Nullwachstum hat, dann wäre ich mit Ihnen in der Finanzpolitik zufrieden.

Jetzt erleben wir aber jeden zweiten Tag, dass jeder Ihrer Senatoren in den Zeitungen verkündet, er wolle für alles Mögliche mehr Geld bekommen. Und Sie schweigen dazu. Ich bin gespannt, wie Sie diese Gruppe in den Griff bekommen werden.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Bei den Haushaltsberatungen!)

– Ja, vielleicht; vielleicht aber auch nicht.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Warten Sie es doch mal ab!)

– Ja, Herr Schulz, es bleibt aber doch folgendes: Sie werden in jedem Fall einen Fehler machen. Entweder versprechen Sie den Leuten jetzt etwas, was Sie dann nicht halten können, erwecken jetzt Erwartungen, die Sie ent-

täuschen müssen, oder Sie fahren den Haushalt gegen die Wand. C

Die beiden Alternativen haben Sie doch nur. Das Erste ist Mist, weil es die Politikverdrossenheit fördert, und das Zweite ist auch Mist, weil es die Zukunft der Stadt gefährdet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen hier keine Opposition um jeden Preis, wir werden aber eine energische Opposition machen, die auch den Finger in die Wunde legt.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Welch eine Diktion!)

In einer Hinsicht können Sie sich aber auf unsere hundertprozentige Unterstützung verlassen,

(Dr. Michael Freytag CDU: Gott sei Dank!)

wenn Sie die größten Fehler, die Sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben, korrigieren, wie die Ortsumgebung Finkenwerder, die Schulgrenzen aufzuheben, Neuengamme nicht zu verlagern und den Grindelhof erneut zur Raserfläche zu machen. Dann werden wir bei der Korrektur Ihrer Fehler mitmachen. Fangen Sie heute schon einmal mit Neuengamme an, es ist wirklich Zeit dafür.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In meiner ersten Rede von dieser Stelle möchte ich mein Bekenntnis als Bürgerschaftsabgeordneter ablegen. Als Bürger Müller-Sönksen stehe und verstehe ich mich hier als Vertreter aller der Bürger, die in dieser schönen Stadt die Freiheit und ihr Leben in Freiheit gestalten wollen. D

Nach acht langen Jahren sind die Liberalen wieder im Parlament vertreten und an der Regierung beteiligt.

(Ingo Egloff SPD: Das ist gut so!)

Das ist gut für Bürger, für Hamburg und die Freiheit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Als Liberale grüßen wir den Senat. Wir sind froh über den Wechsel und wünschen Ihnen, Herr Bürgermeister von Beust, Herr Bildungssenator Lange, und auch Ihnen, Herr Innensenator Schill, sowie dem gesamten bürgerlichen Senat allzeit eine gute Hand, um den Wechsel zu gestalten. Bei dieser schwierigen Aufgabe wird Sie die FDP-Fraktion mit Nachdruck unterstützen und garantieren, dass Hamburg eine weltoffene und liberale Stadt bleibt.

(Beifall bei der FDP der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zu Gildo Horn und den Fähigkeiten der Prophezeiung der SPD hat sich bereits mein Kollege Freytag geäußert

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das war Ihr Beitrag, das wissen wir!)

und dabei sollten wir es belassen. Ich hoffe, dass Sie Ihre Rolle als Prognosepartei auch weiterhin so gut erfüllen, wie Sie es damals getan haben.

Damit bin ich auch schon bei Ihnen, denn ich möchte Sie als Opposition begrüßen. Nach Artikel 24 der Hamburgi-

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A schen Verfassung sind Sie nämlich die Alternative zur Regierungsmehrheit.

(Ingo Egloff SPD: Das ist richtig!)

Sie haben sogar den Verfassungsauftrag, die Regierung ständig zu kritisieren.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das nehmen wir an!)

Eine gute Opposition ist stets nützlich und sei es auch als abschreckendes Beispiel.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vielleicht ändern Sie auch Ihre Politik. Ihre alten Regierungskonzepte sind abgewählt und haben das Haltbarkeitsdatum überschritten.

(Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Aber lange!)

Ersparen Sie uns und diesen Bürgern, diese unter einem neuen Etikett Opposition weiter zu verkaufen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Früher hat der eine oder andere der alten Regierung seine Politik gern – in Anführungszeichen – als liberal verkauft. Hier rufe ich Ihnen zu: Wer liberale Politik nachmacht oder verfälscht oder verfälscht in den Umlauf bringt, wird mit Opposition nicht unter weiteren vier Jahren bestraft.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B Herr Grund, Sie haben vorhin erwähnt, dass es einen Behördenwirrwarr gibt.

(Ingo Egloff SPD: Woher das denn?)

Bisher hat sich die SPD immer aus erster Hand, aus der Regierung selbst informiert, jetzt müssen Sie sich auf zweifelhafte Zeitungsberichte verlassen.

Selbstverständlich gibt es eine sehr eindeutige Kompetenz und Zuweisung bei der Frage, wer für Heime zuständig ist. Es ist Senator Lange und das hat er auch sofort erklärt. Sie müssen nur andere Zeitungen lesen, dann wüssten Sie, dass er bereits vor Sonntag, nämlich am Freitagabend, in einem dieser Heime gewesen ist und ein erschütterndes Bild vorgefunden hat, und zwar zwei verdächtige Personen, die dort untergebracht waren, mit zwei Betreuern. Das kostet den Steuerzahler pro Tag 4000 DM

(Dr. Andrea Hilgers SPD: DM 540!)

und ist nicht das, was wir unter wirtschaftlicher Verwendung von Mitteln verstehen. Hier muss dringend aufgeräumt werden, wozu ich Bildungsminister Lange aufrufe und er wird es auch tun.

(Beifall bei der FDP – Holger Kahlbohm SPD: Sie wollen doch 100 Plätze, Tüdelbüdel!)

– Das mit den 100 Plätzen haben Sie wahrscheinlich mit der Polizei verwechselt.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich bitte doch um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für den Redner, der gerade seine erste Rede in diesem Hause vorträgt.

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Vielen Dank. Ich will gern in einen Dialog eintreten, dann muss ich nachher nicht zu viele weitere Fragen beantworten.

Sie haben es wohl verwechselt. Wir wollen nur für sehr wenige Intensivtäter und nur unter sehr strengen Kriterien Plätze einrichten, was Sie bisher nicht getan haben. Darum geht es bei dieser Frage.

(Petra Brinkmann SPD: Doch, das hatten wir auch!)

– Gucken Sie in den Koalitionsvertrag hinein.

(Ingo Egloff SPD: Da steht ja nicht so viel drin!)

Für uns Liberale kommt vor dem Staat grundsätzlich Privat. Wir vertrauen zuerst dem einzelnen Bürger. Wir müssen in allen Bereichen unseres Lebens mehr Kreativität und Freiraum schaffen. In Hamburg gibt es viele Menschen, die als Unternehmer aktiv unser Leben gestalten wollen. Wir werden sie unterstützen; der kleine Handwerker, der mittelständische Unternehmer muss vor einem Übermaß an bürokratischen Barrieren befreit werden.

(Ingo Egloff SPD: Genau!)

Der Staat darf als Unternehmer der Wirtschaft keine Konkurrenz machen, denn dieses Ungleichgewicht geht letztlich auf Kosten der Steuerzahler. Das macht den Regierungswechsel aus, dass wir an dieser Stelle weniger Geld der Bürger ausgeben. Wir wollen eine faire Chance für einen fairen Wettbewerb für die Wirtschaft Hamburgs zum Wohle der Bürger. Der Bürger will ernst genommen werden und wir nehmen den Bürger ernst. Es reicht nicht, gelegentlich mit wichtigen Verbandsvertretern Gespräche zu führen, sondern es geht vor allem darum, den kleinen Mann zu Wort kommen zu lassen. Deswegen werden wir ein Bürgertelefon einrichten, an dem jeder seine Wünsche und Anregungen äußern kann.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist aber originell von Ihnen!)

Wir wollen Hamburgs Bürger möglichst aktiv in die Gestaltung der hanseatischen Politik einbinden. Die bisherige Regierung hat gezeigt, wohin es führt, wenn die Sorgen und Wünsche der Menschen nicht ernst genommen werden.

Der Bürgermeister und meine Vorredner haben das Regierungsprogramm schon umrissen, deswegen beschränke ich mich jetzt nur noch auf Kultur und Bildung. Wenn Sie von der Opposition meinen, dass wir bei der Kultur eine offene Flanke haben, irren Sie sich gewaltig.

(Uwe Grund SPD: Das heißt ein offenes Scheunentor!)

Kultur ist ein Lebensgefühl, von dem wir in Hamburg als eine Weltstadt mit Herz und Seele viel brauchen. Jeder, der in dieser Stadt auf dem Gebiet der Kultur etwas leistet, findet in uns einen Partner.

(Uwe Grund SPD: Und was Leistung ist, bestimmen Sie!)

Die Liberalen sind nämlich der Überzeugung, dass Kultur von den Kulturschaffenden gemacht wird und nicht von Kultursenatoren.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei Uwe Grund SPD)

Was Kulturpolitik leisten kann, sind die Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden optimal zu gestalten. Kultur

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A – und hier meine ich alle Bereiche der Kultur, auch Pop-Musik und Musicals – ist für die Menschen da. Kultur ist keine Beschäftigungstherapie für Leute im Kulturbetrieb. Wenn Theater vor leeren Plätzen gespielt wird, dann ist etwas falsch gelaufen. Damit will ich nicht dem Populismus das Wort reden, sondern wir haben in dieser Stadt – Gott sei Dank – sehr viele Beispiele dafür, dass Kultur höchste Qualität und Publikumserfolge miteinander verbinden kann.

(Anja Hajduk GAL: Genau!)

Wer auch immer Kultur in seiner Kreativität mitgestaltet, wird nicht um eine Gratwanderung zwischen Anspruch und Akzeptanz umhin kommen. Dies ist kein Dilemma, sondern eine Herausforderung

(Zuruf von Farid Müller GAL)

und da sind wir auch gern bei einem gewissen Leistungsgedanken. Alle Kulturschaffenden müssen sich dem stellen. Kultur kann und darf durchaus Nischen schaffen, muss sich aber auch einem breiten Publikum öffnen und Möglichkeiten zur Identifikation bieten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Kultur ist Anregung und Unterhaltung. Hamburg steht gerade auf dem Gebiet der Kultur in einem unübersehbaren Konkurrenzkampf mit Berlin, München und anderen Metropolen. Hier gilt es deutlich zu machen, dass Hamburg nicht nur das Tor zur Welt ist, sondern den Kulturschaffenden der Welt ein Forum und eine Güte bietet. Ich sehe es deshalb als eine der wichtigsten Aufgaben an, europäische und internationale Kultur und Künstler aus allen Bereichen in diese Stadt zu holen und einzuladen, um den Gedankenaustausch mit unseren eigenen Kulturschaffenden zu fördern und zu intensivieren und Hamburg damit auch wieder das Lebensgefühl zu geben, das unsere Weltstadt verdient hat.

B

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Kultur ist kein Kunstwesen, das sich aus sich selbst generiert, Kultur braucht Futter, um zu überleben.

(Thomas Böwer SPD: Und einen Senator!)

Futter bedeutet in diesem Fall Geld – da sind wir doch wieder bei Ihnen, Sie subventionieren doch immer so gern –, das in Zeiten knapper Kassen – das ist jetzt der Unterschied und der Wechsel in der Politik – nicht allein der Staat zur Verfügung stellen kann. Kultur, vor allem erfolgreiche, also akzeptierte Kultur, ist aber auch ein wirtschaftlicher Faktor für die Stadt. Viele in dieser Stadt profitieren davon, die Hoteliers, die Restaurants und andere. Deshalb ist es auch recht und billig, wenn sich mehr Menschen als bisher an der Förderung unserer Kultur beteiligen. Im Bereich des Sponsoring, Mäzenatentums und bei anderen privaten Spendern eine weitreichende Unterstützung zu schaffen, sehe ich als eine weitere wichtige Aufgabe für die Zukunft unserer Stadt an. Ich lade von hier aus schon jetzt alle Unternehmer und Menschen Hamburgs ein ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Aber gerne.

(Beifall bei der FDP, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der SPD) C

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL:* Herr Kollege, bei Ihren Ausführungen zu anderen Wegen der Kulturfinanzierung möchte ich Sie noch einmal fragen, ob das bedeuten soll, dass Sie den Stellenwert der staatlichen Kulturfinanzierung in dieser Stadt in Frage stellen wollen?

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Nein. Ich bedanke mich sehr für diese erläuternde Zwischenfrage. Das bedeutet nur, dass wir die Frage der Finanzierung auf eine zweite starke Säule stellen wollen und diese ist eine private. Wir haben in Hamburg genügend Potenzial und Leute, die sich, wenn sie entsprechend angeregt werden, mit ihrem Geld in diese Kulturpolitik einsetzen wollen. Das wollen wir fördern.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dieses soll – wie gesagt – als zweite Säule gelten und nicht unter Abschaffung der bisherigen Kulturpolitik.

(Zuruf von Krista Sager GAL)

– Ich glaube nicht, dass es mir neu vorkommt, denn was Sie getan haben, ist nur die Fortsetzung der guten Kulturpolitik von Ingo von Münch nach 1991, Frau Kollegin Sager.

(Beifall bei der FDP und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Kultur, das hatte ich eingangs gesagt, ist ein Lebensgefühl, an dem alle Menschen Hamburgs direkt oder indirekt teilhaben und es genießen. Wer immer uns helfen möchte, dieses Gefühl noch deutlicher werden zu lassen, ist als Partner willkommen. Wer mit kreativer Leistung oder ökonomischer Unterstützung die Kultur unserer Stadt mitgestaltet, trägt dazu bei, dass der Name Hamburgs neuen strahlenden Glanz erhält, der einer Weltstadtmetropole wirklich zusteht.

D

Bildung muss erste Priorität in der Politik haben, das ist insbesondere eine liberale Forderung.

(Uwe Grund SPD: Gut!)

Mit dieser Forderung sind wir wieder in die Bürgerschaft gewählt worden. Gleichzeitig müssen wir als für die Bildung Verantwortliche uns dazu bekennen, dass Schul- und Bildungspolitik für die Schüler unserer Kinder da ist und nicht für Funktionäre. Theodor Fontane hat dieses knapp, treffend, aber auch provokant einmal so formuliert: „Ganz leer lässt der liebe Gott keinen ausgehen. Die Eltern und Erzieher müssen nur ausfindig machen, wo die Spezialbegabungen liegen.“

Unsere Aufgabe wird es deshalb sein, Eltern wie Schülern gleichermaßen zu erklären, welche Bedeutung Bildung nicht nur in lokaler, regionaler, sondern auch in globaler Hinsicht hat und welche Chancen sie bietet. Wir wollen vor der globalen Herausforderung nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern wollen diese Herausforderung für die Hamburger Schüler annehmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Hamburg wird in den kommenden Jahrzehnten national und international in einem unerbittlichen Wettbewerb ste-

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A hen, bei dem es darum geht, wie wir erfolgreiche Talente entwickeln können. Wie können wir diese Talente motivieren und sie in Hamburg halten?

Was bedeutet das für unser Bildungssystem? Zuerst dieses: dass Bildung ein zentraler Platz in unserem gesellschaftlichen Leben gebührt und nicht als lästige Nebensächlichkeit verstanden werden darf. Zukunftsvertrauen, Handlungsfreude und selbständige Handlungskompetenz, auch vor Ort in den Schulen, dezentral, bedarf der sozialen Verankerung der Heranwachsenden in überschaubaren verlässlich menschlichen Bezügen. Wurzeln in Familie, Heimat, Muttersprache, eigener Kultur, geistige Tradition von Kunst und Literatur, Wertebewusstsein und mutige Haltung gegenüber den Anforderungen unseres Lebens können sich in solchen menschlichen Beziehungsgefügen am besten entwickeln. Sie sind die wichtigsten Voraussetzungen für alles, was die Heranwachsenden zur Weltläufigkeit ermutigt und befähigt. Dies zu fördern und zu fordern, ist die zentrale Aufgabe von Bildungspolitik.

Selbstverständlich muss das Erlernen von Fremdsprachen sein, vor allem Englisch zu fördern. Hier hat Senator Lange bereits einen Vorschlag gemacht, den er auch in die Tat umsetzen wird. Er wird nämlich diejenigen Schüler, die sich in Englisch besonders positiv und gut hervorgetan haben, zu einem Schüleraustausch nach Amerika schicken.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Aber ebenso der geläufige Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, geisteswissenschaftliche Bildung als Basis, fundierte Vermittlung und Toleranzdenken und naturwissenschaftlich mathematische Bildung als Technik sind die zwei Seiten der Medaille, die unseren Kindern und Jugendlichen als Faustpfand für die Zukunft mitgegeben werden müssen. Jedes Erziehungs- und Bildungssystem muss immer wieder den richtigen Weg zwischen allgemeiner Grundlage und fachlicher Spezialisierung suchen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung, in dem der lebenslangen Weiterbildung zur Sicherung und Anpassung der neuen Erfordernisse eine wachsende Bedeutung zukommt. Dies gilt aber auch als Voraussetzung zur Qualifikation für den Besuch von Hochschulen und Universitäten. Nicht jedes Kind, das bei uns eingeschult wird, muss auch mit dem Abitur seine Schulzeit beenden, aber jedes Kind hat ein Recht darauf, nach seinen Fähigkeiten gefördert und gefordert zu werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wie immer die Welt von morgen beschaffen sein mag, die klügsten und leistungsfähigsten Menschen werden maßgebend bestimmen, wohin der Weg in die Zukunft geht. Wer sie für die weitere Entwicklung der Gesellschaft zu motivieren weiß, gewinnt auch die Zukunft.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Konkret ermöglichen wir – dabei dürfen sich auch Leute von der SPD angesprochen fühlen –

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

in diesem Sinne den Schülern, bereits nach nur zwölf Jahren das Abitur abzulegen. Wir wollen die Schulausbildung darüber hinaus praxisorientierter gestalten, indem Berufstätige unmittelbar ihre Erfahrungen an die Schüler weitergeben.

C Lassen Sie mich abschließend noch einmal zur Wissenschaft etwas sagen. Neben den vielen Projekten, die Wissenschaftssenator Dr. Dräger fordern wird – und Frau Sager hat das auch schon besonders hervorgehoben und gelobt, dann kann ich mich dem ja anschließen –, liegt mir eines ganz besonders am Herzen, Herr Dr. Dräger. Das ist Ihr aufzulegender Investitionsfonds. Auch hier gilt das Zwei-Säulen-Modell, nämlich staatliche Finanzierung, aber auch, und vor allem, die private Finanzierung durch die Wirtschaft. Wir wollen einen Innovationsfonds auflegen, um pragmatische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und insbesondere einen auf beiden Seiten bestehenden Wissenstransfer zu stärken. Wir wollen einen Investitionsfonds auflegen, um Hamburg als Standort für die Medien und Kreativszene, auch für die Kommunikationstechnikbranche attraktiver zu machen, um Investoren zu gewinnen und Start-ups eine gute Basis zu bieten.

Wir wollen einen Innovationsfonds auflegen, um die Technologiekompetenz in Hamburg zu fördern. In der Medizintechnik, in der Bioinformatik und im Flugzeugbau können in Hamburg neue und weitere Akzente gesetzt werden. Hamburg kann in diesen Bereichen eine zentrale Stellung in Deutschland und Europa einnehmen.

Ich komme jetzt zum Schluss.

(Beifall bei Rolf Polle SPD)

Für die Umsetzung dieser Ziele wird die FDP-Fraktion gerne sorgen und wir freuen uns auf eine liberal gestaltete Legislaturperiode mit diesem Senat und mit Ihnen als Opposition. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Müller-Sönksen, Sie haben eben gesagt, wir sollten unseren alten Regierungskonzepten nicht anhängen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik bin ich allerdings der Auffassung, dass wir das sehr wohl können. Denn wenn man sich die Rede des Ersten Bürgermeisters anguckt, dann kann man feststellen, dass dort eigentlich viele Dinge von dem übernommen worden sind, was der sozialdemokratisch geführte Senat und viele sozialdemokratisch geführte Senate vorher in dieser Stadt umgesetzt, verwirklicht und auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Von daher haben wir an dieser Stelle überhaupt keine Veranlassung, uns von diesen Konzepten zu verabschieden, weil diese Konzepte zukunftsgerichtet waren und wir mit diesen Konzepten für diese Stadt wichtige Infrastruktur-entscheidungen getroffen haben,

(Uwe Grund SPD: So ist es!)

Infrastrukturentscheidungen bei Airbus, beim Elbtunnel, bei Altenwerder, bei der Elbvertiefung, die dieser Senat jetzt zur Grundlage seiner Politik machen kann. Deswegen ist es richtig, was wir gemacht haben, und ich denke, deswegen hat der Bürgermeister dieses hier auch betont. Wenn der Bürgermeister gesagt hat, er würde an der Aus-

(Ingo Egloff SPD)

- A baupolitik des Hafens festhalten, dann wird er auch die Unterstützung der SPD an dieser Stelle haben, denn der Hafen hat eminente Wichtigkeit für diese Stadt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Richtig!)

Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass in der Koalitionsvereinbarung einiges mehr zum Thema Wirtschaft gestanden hätte.

(Ekkehard Rumpf FDP: Die Zeiten sind vorbei, wo Sie sich was wünschen können!)

– Ja, das mag sein, aber vielleicht hätten Sie mal ein bisschen mehr überlegen und da mehr reinschreiben sollen, denn an jeder Stelle wird jetzt nachgebessert.

(Zuruf von der FDP)

– Herr Kollege, wir beide waren zusammen bei der Einweihung des Airbus am Mühlenberger Loch. Da hat Herr Uldall als Wirtschaftssenator schon ein bisschen vorgebaut, weil Sie das Thema Airbus in der Koalitionsvereinbarung schlicht und ergreifend vergessen haben. Das größte industriepolitische Projekt dieser Stadt seit vielen Jahren haben Sie schlicht und ergreifend vergessen. Da hat Herr Uldall gesagt, heute würde dazu etwas gesagt werden. Es ist heute auch etwas dazu gesagt worden und das ist auch richtig, was der Bürgermeister hier gesagt hat, und deswegen unterstützen wir das auch.

(Beifall bei Uwe Grund SPD)

Aber es wäre schön gewesen, wenn Sie an dieser Stelle oder an einer anderen Stelle über die Wirtschaftspolitik ein bisschen vertieft nachgedacht hätten, zumal gerade Sie von der FDP für sich in Anspruch nehmen, die Politiker der Wirtschaft zu sein. Davon haben wir allerdings weder in der Koalitionsvereinbarung noch hier im Hause bisher viel gemerkt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat hier viel von Metropolen und von wachsender Stadt erzählt. Für mich heißt Metropole nicht nur wachsende Stadt. Im Gegensatz zum Bürgermeister bin ich der Auffassung, dass sich Hamburg im Konkurrenzkampf der Metropolen in den letzten Jahren sehr gut positioniert hat durch die Politik des rotgrünen Senats in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist auch erforderlich gewesen, denn wir stehen in Konkurrenz zu Berlin. Das haben wir in letzter Zeit bei den schmerzlichen Abwerbungen im Medienbereich gemerkt. Wir stehen auch in Konkurrenz zu dem Raum Kopenhagen – Malmö, nämlich in Konkurrenz für die Metropole in Nordosteuropa. Wer sich die Situation in Kopenhagen ansieht, wird feststellen, wie viel dort in der Kooperation dieser beiden Städte geschaffen worden ist: Hafenkooperation, Brückenbau, der Ausbau des ehemaligen Kopenhagener Hafens zu einer Art Hafencity mit der Ansiedlung vieler Nordeuropa-Konzernzentralen. Da sieht man, was in Hamburg erforderlich ist. Deswegen ist es richtig gewesen, dass die Bürgermeister Voscherau und Runde hier das Thema HafenCity angeschoben haben. Ich habe lange vergebens in Ihrem Koalitionsvertrag gesucht, ob etwas dazu drinsteht. Dort heißt es:

„Der Bau der HafenCity wird unter stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vorangetrieben.“

Was immer dieses heißen mag, wird nicht weiter ausgeführt. Dann heißt es weiter:

„Ortsansässigen kleineren und mittleren Investoren wird die Chance gegeben, geeignete Grundstücke zu erwerben.“

Ich glaube, das war ein bisschen die Handschrift der FDP. Das kann es doch nicht sein, was die HafenCity ausmacht, dieses größte stadtentwicklungspolitische Projekt dieser Stadt, das wir in den letzten Jahren gehabt haben und in den nächsten 20 Jahren haben werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Uwe Grund SPD: Kleinbürgerlich!)

Zur Zukunft der Luftfahrt. Zum Airbus ist heute etwas gesagt worden. Zum Flughafen – Herr Grund hat vorhin darauf hingewiesen – ist einmal von der Verlagerung nach Kaltenkirchen die Rede gewesen. Dann hat man die wahrscheinlich klammheimlich wieder einkassiert, weil man gemerkt hat, was sie kostet und dass es sich auch noch um ein anderes Bundesland handelt, das mitreden muss.

Nun haben wir den Flughafen hier, einen der lukrativsten Flughäfen der Republik. Das Einzige, worüber geredet wird, ist die Privatisierung. Wir Sozialdemokraten werden in dieser Stadt sehr genau aufpassen, was hier privatisiert wird und in welcher Form. Wir werden weiterhin sehr genau darauf achten, ob hier eine wichtige Infrastruktur der Stadt verschleudert wird oder nicht. An dieser Stelle werden Sie merken, dass wir eine aufmerksame Opposition sind – allerdings nicht nur da.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zum Thema Arbeitsmarkt ist auch schon etliches gesagt worden.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Egloff! Ich bitte fraktionsübergreifend um etwas Ruhe, denn man kann die Zwiegespräche, die kommunikativ sehr förderlich sein können, auch draußen führen.

Ingo Egloff (fortfahrend): Herr von Beust und Herr Uldall, was Sie davon haben, dass Sie der FDP mit dem Lohnkostenzusatzprogramm auf den ideologischen Leim gekrochen sind, werden Sie schon noch sehen, denn es wird in den anderen Bundesländern bereits praktiziert.

In der letzten Woche war in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Bericht. Dieses famose Programm hat im Saarland zu 77 Arbeitsplätzen geführt, in Sachsen zu einem einzigen, in Brandenburg zu 101 und in Rheinland-Pfalz ist man mit etwa 470 etwas erfolgreicher.

(Ekkehard Rumpf FDP: Da sind wir ja auch an der Regierung!)

Sie werden die Probleme, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt, nicht nur mit Lohnkostenzusatzprogrammen lösen können. Wo ist der Handwerksmeister, der es sich erlauben kann, morgens einen Langzeitarbeitslosen, der erst wieder an den Arbeitsprozess gewöhnt werden muss, aus dem Bett zu holen, damit er zur Arbeit kommt. So etwas können nur Beschäftigungsträger leisten. Wer hier meint, aus Gründen der Ideologie Derartiges tun zu müssen, wird nur erreichen, dass die Arbeitslosenzahlen in dieser Stadt steigen und mehr Leute in die Sozialhilfe getrieben werden.

(Ingo Egloff SPD)

- A Das wird das Ergebnis dieser Politik sein. Diese Politik wird von uns nicht mitgemacht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gern hätten wir noch etwas zum Thema Ausbildungsplätze gehört, denn die Frage der Ausbildungsplätze muss in dieser Stadt gelöst werden. Der letzte Bürgermeister dieser Stadt hatte es zur Chefsache erklärt. Wir hätten es gern gesehen und würden es uns auch für die Zukunft wünschen, wenn der neue Bürgermeister sich ähnlich um die Ausbildungsplätze und die arbeitslosen Jugendlichen in dieser Stadt kümmern würde. Auch das ist angewandte Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf das Thema Metropolen zurückkommen. Ich habe vorhin gesagt, der Stellenwert einer Metropole hänge nicht von der Größe ab. Sie wissen, das Hamburg nicht nur eine schrumpfende Stadt war. Hamburg ist auf ungefähr 1,5 Millionen Einwohner zurückgegangen und im Zuge der Deutschen Einheit sind wieder 130 000 Menschen in diese Stadt zugezogen. Sie alle wissen, welche Probleme wir in dieser Stadt mit dem Bau von 75 000 neuen Wohnungen hatten.

Wenn man Ihre Verkehrspolitik ernst nimmt, wird man erst sehen, welche Probleme man bekommt, wenn man die Annahmen zugrunde legt, die hier zur Steigerung des Individualverkehrs genannt worden sind. Dann werden Sie in dieser Stadt Staus ohne Ende und Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben. Wir können sehr gespannt sein, wie das Investitionsprogramm aussieht, das der Bürgermeister für die wachsende Metropole angekündigt hat. Wir werden uns das sehr genau angucken und dann werden wir prüfen, ob es tragfähig ist oder nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schulz.

Dr. Stefan Schulz CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Ole von Beust hat eine überzeugende Regierungserklärung für den neuen bürgerlichen Senat vorgelegt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ausführlich die Inhalte von verschiedenen Seiten beleuchtet. Ich versuche, mich daher auf das Wesentliche zu beschränken, was wir von Frau Sager und Herrn Grund als Vertreterin beziehungsweise Vertreter der Opposition gehört haben.

Respekt, Herr Grund, ich war angenehm überrascht, dass Ihre Rede so viele witzige Bilder enthielt: Vom Butterdampfer zum Schaumwein, das war wirklich nicht schlecht und zum Teil mehrsprachig. Dafür mein Kompliment.

(Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD: Die Schweinereien kommen gleich!)

Ich habe aber die Inhalte vermisst, die auf die Regierungserklärung dieses Senats eingehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich hatte den Eindruck, dass Sie Ihre Rede schon vorher fertig hatten. Denn das, was der Bürgermeister für den Se-

nat gesagt hat, war oft diametral anders als Ihre Wahrnehmung von seiner Rede. Das ist nicht ganz fair.

Lassen Sie mich nur auf wenige Punkte eingehen. Der Bürgermeister hat gesagt, die Regierungspolitik setze vier Essentials. Als zweiten Punkt hat er die Sozialpolitik genannt,

(Uwe Grund SPD: Ich bin darauf eingegangen!)

die geprüft werden müsse. Hier sei nicht das Gießkannenprinzip, sondern eine Erfolgskontrolle und Aufgabenkritik anzuwenden, damit Sozialleistungen nicht flächenmäßig an die Menschen verteilt werden, die es nicht nötig haben. Das war der erste Satz.

Der zweite Satz von ihm lautete, dass keine Mittel gestrichen werden sollen. Er hat gesagt, es sei kein fiskalisches Argument, sondern es soll dort verstärkt Hilfe geleistet werden, wo Menschen wirklich arm dran sind.

Das ist vernünftig. Herr Grund redete hier aber so, als ob der Senat die Schwachen sich selbst überlassen wolle. Das ist schlicht falsch. Ähnliches gilt für andere Punkte.

(Thomas Böwer SPD: Welche?)

Zum Beispiel die Innere Sicherheit mit allen ihren Facetten. Herr Grund hebt diese Problematik aus, indem er behauptet, dass die ganze Stadt verunsichert sei, weil in der Presse mal dieses oder jenes stehe, wer Senator werde oder nicht. Das ist peinlich.

Sicherheit wird durch den jetzigen Innensenator verkörpert. Die drei Zeitungsmeldungen, ob eine Kultursenatorin oder -senator kommt oder nicht, haben damit nichts zu tun.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie kaspern rum!)

Das ist Ihr Argumentationsmuster. Wir hören Ihre Botschaft mit Freude, dass Sie für eine konstruktive Oppositionspolitik zur Verfügung stehen. Uns fehlt nur ein wenig der Glaube,

(Uwe Grund SPD: Haben Sie die Freude nicht bemerkt?)

wenn letztendlich mit einer etwas preiswerten Polemik gearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Grund, es hilft nichts: Als der Bürgermeister davon gesprochen hat, bei den Schulen mehr Gerechtigkeit zu schaffen und die Bevorzugung der Gesamtschulen zu reduzieren, haben Sie zum Beispiel gesagt, dass die SPD dafür sei, Qualitätsanforderungen an die Schule zu stellen. Prima.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben wir übrigens immer!)

– Genau, gesagt haben Sie es immer.

Aber eine inhaltliche Forderung, die wir jahrelang erhoben haben – zum Beispiel in den Hauptfächern Leistungsstandards einzurichten, um für Gesamthamburg festzusetzen, welcher Qualitätsstandard überhaupt erreicht werden kann –, haben Sie immer abgelehnt. Auch heute haben Sie nichts dazu gesagt. Zum Schluss sagen Sie, dass Sie nicht dafür seien, dass die Bevorzugung der Gesamtschulen gestrichen wird. Das ist aber ein Stück Ungerechtigkeit und keine Chancengleichheit.

(Thomas Böwer SPD: Aha!)

C

D

(Dr. Stefan Schulz CDU)

- A Ihre andere Behauptung, dass überhaupt nichts über Sozialpolitik im Koalitionsvertrag stehen würde, stimmt nicht. Das haben schon der Kollege von der FDP und andere gesagt. Wir sind der Auffassung, dass eine vernünftige Wirtschaftspolitik insbesondere im mittelständischen Bereich Anstrengungen freisetzt, die letztendlich zu neuen Arbeitsplätzen führt und somit eine solide Sozialpolitik nach sich zieht.

Herr Egloff hat noch einmal die sozialdemokratischen Standards aufgeführt, die auch uns bekannt sind, aber letztendlich nicht weiterhelfen. Seien wir doch einmal ehrlich: Es wird so getan, dass der Zweite Arbeitsmarkt wunderbar sei.

(Uwe Grund SPD: Wer sagt das denn?)

Seit zehn Jahren gibt es Rechnungshofsberichte, aus denen uns die ganze Problematik bekannt ist. Man kann also nicht behaupten, dass wir zur Sozialpolitik nichts sagen und dass nichts passieren würde. Wir kennen doch alle die Situation aus den Berichten des Rechnungshofs über den Altonaer Verein, HAB und die anderen aus den letzten zehn Jahren. Sie sollten dieses nicht so pauschal, wenn auch durchaus mit witziger Rhetorik, übertünchen, sondern einmal ehrlich sein.

Ihre Ehrlichkeit kommt für mich dort zum Ausdruck, wo Sie zugeben – so habe ich Sie verstanden –, dass Fehler bei der Inneren Sicherheit gemacht worden seien und dass Sie den Senat unterstützen würden, wenn er mehr Sicherheit schaffe.

(Thomas Böwer SPD: Genau!)

Das begrüße ich ausdrücklich.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Danke!)

- B Ich möchte Ihnen den Tipp geben, dass Sie, wenn Sie dieses früher gesagt hätten,

(Farid Müller GAL: ... Sie da gar nicht stehen würden!)

vielleicht einige Stimmen mehr bekommen hätten.

Das Problem jahrzehntelanger sozialdemokratischer Herrschaft bestand doch darin – das kommt auch im Unterbewusstsein Ihrer Reden zum Vorschein –, dass für Sie im Prinzip diese Stadt der Sozialdemokratie gehört. Zum Bereich der Inneren Sicherheit haben Sie immer gesagt, dass alles wunderbar laufe. Herr Wrocklage sagte zu unseren Forderungen: Quatsch, Herr von Beust, Sie haben Schiss vor Schill, alles läuft wunderbar. Einen Tag später war er nicht mehr Innensenator, man hat sogar die Politik geändert. Aber Sie haben niemals gesagt, dass Sie Fehler gemacht haben und neu anfangen wollen. Insofern begrüßen wir ausdrücklich, dass die SPD diesen Gedankenschritt einmal macht. Er wird Ihnen in Zukunft durchaus helfen, denn wenn man vor sich selbst nicht ehrlich ist, wird es nie etwas. In der Regierung ist es nichts geworden und in der Opposition wird es auch nichts.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das hört sich nicht logisch an! – Gegenruf von Uwe Grund SPD: Das ist ja auch nicht wichtig!)

Zu einigen weiteren Punkten. Zum Thema Verkehr wird bei Ihnen der alte Hut herausgezogen, dass alles ganz furchtbar sei und wir nur die Autofahrer im Sinn hätten. Frau Sager hat formuliert – das kann sie ja gut –, „rechtsfreie Räume für Raser und Rücksichtslose“.

Wer in der Verkehrspolitik angesichts der Situation der Inneren Sicherheit von rechtsfreien Räumen in dieser Stadt spricht, ist zu Recht vom Wähler abgestraft worden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dann holen Sie Ihre Vorurteile hervor: Die CDU kenne nur das Auto und sonst nichts. Das ist alles Quatsch. Es gab Defizite bei der Verkehrspolitik insbesondere im Bereich der Straßen. Das ist richtig und wurde hier auch vorgetragen.

Sie hatten aber auch tolle Gedanken. Sie wollten nämlich das Zufußgehen fördern. Das haben wir nicht in das Koalitionsprogramm geschrieben, obwohl auch wir dafür sind.

Sie haben die Stadtbahn genannt. Ich habe erwartet, dass dieser Punkt, der ein Dissens zwischen dem neuen und alten Senat ist, mehr betont wird. Lediglich Frau Sager ist ein wenig darauf eingegangen.

Die Wahrheit ist doch: Diese Stadtbahn war – obwohl Sie zwar immer so getan haben – weder finanziert noch war sie ein verkehrspolitischer Geniestreich. Sie hätte zum Zusammenbruch des Verkehrs zum Beispiel im Bereich Winterhude und anderer Stadtteile geführt.

(Werner Dobritz SPD: Sie haben sie doch immer gefordert!)

Das Einzige, was finanziert werden konnte, war die im Bundesverkehrswegeplan angedachte U-Bahn-Verbindung.

Der jetzige Senat sagt, dass er massiv Gelder für den öffentlichen Personennahverkehr einsetzen wird, und zwar für die U-Bahn von Barmbek nach Steilshoop,

(Krista Sager GAL: Und wie wird es finanziert?)

die vom Senat in den Fünfziger- und Sechzigerjahren geplant wurde.

(Thomas Böwer SPD: So tief ins Archiv gehen Sie jetzt?)

– Das war doch richtig. Wir stehen als Hamburger in der Tradition dieses Senats und erfinden die Stadtteile und Verkehrswege nicht neu.

Warum hat man das damals gemacht? Barmbek-Nord ist – darüber gibt es Untersuchungen – der am dichtesten besiedelte Stadtteil von Hamburg. Wenn dort eine U-Bahn-Station errichtet wird, hat man unter Heranziehung aller Kriterien den größten Nutzen. Wird die U-Bahn nach Steilshoop weitergeführt, kann nach 30 Jahren endlich ein Grundfehler sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik korrigiert werden. Es wurden nämlich vier Wohnzentren in der „Wüste“ gebaut, und zwar Kirchdorf-Süd – direkt an der Autobahn –, Osdorfer Born, Mümmelmannsberg und Steilshoop.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Wie lange brauchen Sie denn dafür, Herr Schulz?)

Sie haben 1970 versprochen, die U-Bahn nach Steilshoop zu bauen. Dankenswerterweise haben Sie immerhin schon einen Rohbau errichtet.

Wenn diese Koalition jetzt massiv in den ÖPNV und das für jedermann ersichtlich vernünftige Verkehrsobjekt investiert, das optimal in unser U-Bahn-System hineinpasst – die U2 fädelt sich aus, eine fährt nach Farmsen, die andere nach Steilshoop –, dann ist das eine optimale Weiterent-

(Dr. Stefan Schulz CDU)

- A wicklung des ÖPNV mit einem größtmöglichen Nutzen, die endlich einmal eine Großsiedlung an die Innenstadt anschließt. Das ist doch der Punkt.

Einen Satz zur sozialen Stadtteilentwicklung. Auch die Koalitionsfraktionen stehen dafür. Das ist bereits gesagt worden. Möglicherweise gibt es eine bestimmte Ursache, warum der Senat in den Siebzigerjahren Kirchdorf-Süd direkt an die Autobahn gebaut hat. Wenn der heutige Senat versucht, diesen Kardinalfehler in Steilshoop zu reparieren, dann verdient dies höchstes Lob und nicht das Hervorrufen Ihrer alten Vorurteile.

(Thomas Böwer SPD: Nein!)

– Gut.

(Ingo Egloff SPD: Nicht gut!)

Ich möchte noch etwas zu einem Punkt sagen, der bei mir einen gewissen Eindruck erweckt hat, dass nämlich die Sozialdemokraten nach wie vor Neidgefühle haben. Aufgrund einer Unsicherheit ist ihr Unterbewusstsein noch nicht weit genug entwickelt.

(Uwe Grund SPD: Machen Sie sich keine Sorgen um mein Bewusstsein!)

Sie handeln nach dem Motto: Wir haben in Hamburg 44 Jahre regiert, es kann passieren, was will, wir koalieren im Prinzip mit jedem, nur nicht mit der CDU; irgendwie stellen wir den Bürgermeister

(Uwe Grund SPD: Lassen Sie uns doch mal drüber reden!)

und es passiert niemals, dass ein CDU-Mann in dieser Stadt Bürgermeister wird.

- B Das Gleiche gilt im übrigen für die GAL, die in der Bürgerschaft eine interessante und auch witzige Oppositionspolitik betrieb, dann eine Koalition eingegangen ist, nach der letzten Wahl ein Drittel Ihrer Abgeordneten verloren und das Bewusstsein der Sozialdemokratie meiner Meinung nach in rasanter Geschwindigkeit verinnerlicht hat. Ich hatte den Eindruck, dass Frau Sager persönlich betroffen war, wieso es jetzt sein kann, dass der Wähler auf einmal nicht diese Regierung gewählt hat, wo doch SPD und GAL von Gott gegeben sind.

Sie werden hier noch neue Prozesse vollziehen müssen. Der Senat ist neu, er hat seine Grundsätze vorgelegt. Ich will die Debatte heute Abend nicht verlängern, möchte aber noch einen Satz sagen.

(Beifall bei der SPD – Werner Dobritz SPD: Herr Schulz, das Schwimmbad! – Erhard Pumm SPD: Was ist denn nun mit dem Schwimmbad?)

– Das Schwimmbad kommt, Herr Dobritz!

Seien wir heute um 19.15 Uhr miteinander halbwegs ehrlich. Es wurde einiges über das Koalitionsabkommen gesagt, dass die vorgesehene Kultursenatorin abgesagt hat und alles ganz furchtbar sei. Halten wir doch eines fest:

1987 dauerte es ein Jahr oder vielleicht auch neun Monate, bevor SPD und FDP eine Koalition gebildet hatten.

(Zuruf von Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Wir waren sehr viel schneller. Auch 1997 haben Sie über Monate mit der GAL zusammengehockt und jedes Komma abgestimmt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das war gut so!)

Stellen wir zunächst einmal fest, dass es diesmal schneller gegangen ist, obwohl es schwerer war.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Richtig ist, dass ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Schulz erteilt habe. Nur wer so heißt, darf hier das Wort erheben. Nach meiner Kenntnis ist das nur einer, und das ist der Redner.

Dr. Stefan Schulz (fortfahrend): Seien wir einmal ehrlich. Sie hatten es bei früheren Koalitionen immer nur mit zwei Parteien zu tun, von denen die eine seit Jahrzehnten an der Regierung war. Der politische Sportgeist muss es Ihnen doch sagen, dass es ein Wunder ist, mit drei Fraktionen so schnell einen so effektiven und guten Senat zu bilden, obwohl eine Fraktion völlig neu, eine seit acht Jahren im Parlament nicht vertreten war und einer die Regierungserfahrung fehlt. Seien Sie hier sportlich und ehrlich. Quaken Sie nicht gleich herum, weil irgendeine Marginalie noch nicht passiert ist und keine 100 Punkte im Koalitionsabkommen stehen.

(Thomas Böwer SPD: Schwamm drüber!)

Schauen Sie sich doch einmal die Reaktionen an. Dieser Senat sagt und tut doch Dinge, von denen die meisten Menschen sagen, dass sie vernünftig seien und durchaus auch Tabucharakter haben. Ein Beispiel dafür ist die Schulpolitik.

Wir haben immer gesagt, dass sowohl die ausländischen Kinder mit Sprachdefiziten in Deutsch als auch die deutschen Kinder in den Stadtvierteln gefördert werden müssen, in denen zwischen 50 und 90 Prozent Kinder leben, die keine deutsche Sozialisationsherkunft haben wie beispielsweise die Türken, bei denen sich die türkische Sozialisation im Moment durch das Fernsehen und andere Einflüsse sogar noch verstärkt. Diese Kinder werden in einer Klasse unterrichtet, in der verschiedene Sprachen gesprochen werden. Auch die in diesen Klassen verbliebenen deutschen Kinder kommen dort nicht zurecht.

Es muss allen ausländischen Kindern eine Chance gegeben werden, indem ihnen zwangsweise die deutsche Sprache beigebracht wird. Denn nur dies führt dazu, dass sowohl die deutschen als auch die ausländischen Kinder die ersten vier Jahre der Grundschule entsprechend ihrer Intelligenz überstehen. Ohne diese Sprachförderung können die Kinder beispielsweise aufgrund von Defiziten in der deutschen Sprache nicht auf die Realschule oder das Gymnasium gehen.

Das war ein Tabuthema und wurde vom neuen Senat angepackt. Das wollten Sie aber nicht hören. Wie war denn die Reaktion? Lesen Sie doch den „Spiegel“. „Der Spiegel“ hat letzten Montag dazu drei Seiten geschrieben; er ist nicht das Hofberichterstattungsorgan der CDU.

(Zuruf von Erhard Pumm SPD)

– Es gibt jede Woche einen, Herr Pumm, das ist der Trick.

(Beifall bei der CDU – Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz. – Werner Dobritz SPD: Das ist ja im Zweifel eine Regierungserklärung, die Sie hier machen!)

Seien Sie doch einmal ehrlich. Wenn „Der Spiegel“ als durchaus kritisches Organ seitenlang – seine Seiten sind kostbar, dafür muss er eine Seite an Werbung hereinholen

(Dr. Stefan Schulz CDU)

- A – schreibt, dass dieser bürgerliche Senat etwas macht, was erstens umstritten und zweitens sinnvoll ist, dann ist die Reaktion auf das, was dieser Senat bisher geleistet hat, verdammt gut.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Rutter. Ich hatte zwar Ihre Wortmeldung nicht, aber Sie haben das Wort.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung enthielt sehr viel zum Thema Finanzen. Das ist gut so. Ein Wirtschaftsunternehmen und ein Schiff haben eines gemeinsam: Sie müssen Fahrt machen, damit sie steuerbar sind, und dazu braucht man Geld. Das gilt für beide.

In den fetten Jahren haben wir uns alle daran gewöhnt, sehr viele Probleme mit Geld zu schieben. Das geht nun nicht mehr. Wir müssen unser Geld zusammenhalten, damit wir manövrierfähig bleiben. Lassen Sie mich das am Beispiel Soziales einmal ansprechen.

Bei vielen Fragen scheint eine Mentalität zu herrschen, die sich am früheren Soziussitz der Motorräder orientiert. Wer darauf sitzt, braucht nämlich nichts dazu beizutragen, um nach vorne zu kommen. Wir möchten uns eigentlich wieder an den Tandems orientieren, bei dem jeder strampeln muss, um anzukommen.

- B Weitgehend genügt es offensichtlich inzwischen, Ansprüche zu begründen, damit sie erfüllt werden. Ansprüche müssen aber erworben werden, es muss etwas dafür getan werden. Es ist ganz wichtig, dass wir uns darüber wieder im Klaren sind, dass alle mitarbeiten müssen, damit es in unserer Stadt vorangeht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Inzwischen leisten wir uns nämlich den Luxus, auf einem Territorium zwei verschiedene Gesellschaftsformen zu haben.

(Thomas Böwer SPD: Aha!)

Wir haben auf der einen Seite die Leistungsgesellschaft,

(Thomas Böwer und Ingo Egloff, beide SPD: Leisten die denn nichts?)

der wir uns alle verpflichtet fühlen, auf der anderen Seite sagen wir aber zum Beispiel, dass wir bei den öffentlichen Unternehmen eine Bestandsgarantie und eine Garantie für die Arbeitsplatzsicherung haben müssen. Irgendwann erreichen wir dann die Mentalität nach dem Motto: „Nimm die Schaufel nicht so voll, wenn die Arbeit reichen soll.“

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das stimmt!)

Ich will an einem Beispiel verdeutlichen, was ich damit meine. Es gibt ein Unternehmen namens „Bäderland“. Wenn man dort morgens baden möchte, dann muss man ein Jahresabo abschließen und sich jeden Monat 65 DM von seinem Konto abbuchen lassen. Der Grund dafür: Man will Arbeitsplätze einsparen. Und das natürlich, weil sie teuer sind.

C Wenn man ein bisschen Phantasie hätte, dann würde man einen Automaten für aufladbare Karten – wie für Telefone – aufstellen und hätte damit genau den gleichen Effekt, nämlich wenig Personal, und die Möglichkeit, die Menschen morgens ins Bad zu locken.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Man kann natürlich auch die Zahl der Arbeitslosen damit reduzieren, indem man diese – egal ob sie qualifiziert sind oder nicht – in Beratungsstellen oder Schulungseinrichtungen beschäftigt. Wir brauchen aber weniger Beratungsstellen, sondern dort mehr konkrete Hilfe, wo sie konkret gefragt ist. Wir brauchen keine Obdachlosenberatungsstellen, sondern Obdach für die Obdachlosen. Wir brauchen in dem Umfang auch keine Beratungsstellen für Schüler, die mit schlechten Zensuren nach Hause kommen und nicht wissen, wie sie sie ihren Eltern verkaufen sollen, sondern wir brauchen bessere Schulen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD und der GAL! Sie haben vorhin zu Recht angesprochen, dass wir viele Punkte in unserer Regierungserklärung, in unserem Programm, haben, die wir von Ihnen geklaut haben.

(Anja Hajduk GAL: Die Sie weiterführen!)

Es ist durchaus so, dass wir diese Punkte aufgenommen haben. Wir sind nicht als Opposition zur Opposition angetreten, sondern von vornherein als eine Fraktion und eine Koalition der Vernunft.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D Wer gegen diese Koalition der Vernunft Opposition machen möchte, dem können wir es nicht verwehren.

Lassen Sie mich einige Streiflichter ansprechen. Wir haben vorhin gehört, dass wir fürchterlichen Schaden für Hamburg angerichtet hätten, bevor wir überhaupt regiert haben. Dieser Schaden bringt unserer Partei wöchentlich circa 300 Aufnahmeanträge aus ganz Deutschland; dann muss er ja wohl nicht so schlimm gewesen sein.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Thomas Böwer SPD: Das gibt es doch nicht! Wo gehobelt wird, da fallen Späne!)

Zum Thema Verkehr. Natürlich ist es sehr schön, wenn man am Freitag oder Samstag mit dem Fahrrad zum Markt fahren kann. Haben Sie sich auch einmal überlegt, wie die Ware zum Markt kommt? Es gibt nämlich nicht nur den privaten Individual-, sondern auch den Lieferverkehr. Hören Sie sich einmal den Chef eines Speditionsunternehmens an, was dieser dann erzählt, wenn sein Fahrer abends seine Tour nicht geschafft hat.

(Barbara Duden SPD: Der Koalitionsvertrag sagt dazu überhaupt nichts!)

Das wird lustig.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zu den Spritzen in den Strafanstalten. Wir reden nicht davon, dass wir die Menschen nicht versorgen werden, die nicht therapierbar sind. Natürlich sollen sie ihre Ration bekommen, die sie unbedingt brauchen; das ist keine Frage. Wir werden ihnen nur nicht die Spritze in die Hand

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A geben, sondern sie von einem Arzt verabreichen lassen. Das ist viel sicherer, denn damit schützen wir das Personal.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wussten Sie das nicht? Haben Sie die Koalitionsvereinbarung nicht gelesen? – Das sollten Sie tun.

(Holger Kahlbohm SPD: Darauf nageln wir Sie fest! – Unruhe im Hause – Glocke)

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Wir werden ständig gefragt, wie wir das machen wollen und was wir vorhaben. Wenn ich einen Baum fällen will, dann sage ich nicht unbedingt, dass ich dazu eine Säge und ein Beil brauche. Lassen Sie uns das mal machen, wir machen das schon richtig.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Bevor ich Herrn Dr. Maier das Wort gebe, möchte ich für die neuen Kolleginnen und Kollegen dieses Haus folgendes sagen: Wenn ich klinge, dann heißt das, dass Sie in Ihrer Rede innehalten müssen, weil es eigentlich dazu dient, Ihnen die Aufmerksamkeit zu besorgen, die nicht existiert, oder Sie auf Zwischenfragen oder Ähnliches hinzuweisen. Ich bitte Sie, darauf zu achten und zukünftig in Ihrer Rede innezuhalten.

Herr Dr. Maier, Sie haben das Wort.

- Dr. Willfried Maier** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Rutter, Sie müssen vorsichtig sein, wenn Sie Ärzte dazu veranlassen wollen, im Gefängnis Heroin zu spritzen.

(Barbara Duden SPD: Genau!)

Dann bekommen Sie es vermutlich mit dem Strafrecht zu tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wird Ihnen Herr Kusch wahrscheinlich auch sagen, dass hier ein Problem besteht.

(Zurufe von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

– Doch, das ist so.

Sie sollten uns nicht zu strafbaren Handlungen auffordern. Man stelle sich einmal vor, wo wir da hinkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich wollte aber einige Bemerkungen zu verschiedenen Punkten machen. Zunächst zu dem schon mehrfach angesprochenen Punkt Kultur.

Mir geht es nicht darum, noch einmal die Geschichte von der Suche nach einer Kultursenatorin zu erzählen, sondern ich habe von dem, was Sie, Herr von Beust, gesagt haben, den Eindruck bekommen, dass Sie die Geschichte fortsetzen werden. Wenn Sie das Thema unter die Überschrift setzen „Glanz, Glitter oder Lebensgefühl für die Stadt“, dann laufen Sie in dieselbe Falle, in der Sie sich schon befanden.

Schauen Sie sich doch einmal die Situation an. Nach dem 11. September hat eine neue Diskussion über Kultur begonnen. Die Feuilletons sind voll vom Kampf der Kulturen; man denke nur an die Artikel über S. F. Huntington. Die klügeren Menschen sagen: Um Gottes Willen, keinen Kampf,

sondern einen Dialog der Kulturen; und die noch Klügeren fordern, dafür müssen wir uns aber wieder der eigenen Grundlagen vergewissern. Was ist das, was wir in diesen Dialog einbringen können?

In dieser Situation wenden Sie sich an eine Eventmacherin und diskutieren Kultur weiter unter dem Gesichtspunkt von Glanz und Glitter, während wir gerade erfahren, dass unsere Lebensweise fundamental stärker auf eine bestimmte kulturelle Prägung als auf Technik und Wirtschaft gebaut ist. Diese kulturelle Prägung fortentwickeln zu können und daran mit eigenem Geist mitzuarbeiten, dazu ist eine Kultursenatorin oder -senator aufgerufen.

Es kann nicht sein, dass das eine PR-Frau macht, die auch noch halbseiden reagiert. Die Frau hat Sie natürlich heringelegt, denn Ihre Anfrage, Herr von Beust, war natürlich diskret, aber sie hat daraus eine Selbstvermarktung gemacht und vermarktet gleichzeitig noch die Menschen, die sie in der Kartei hat und die dann auch noch alle bekannt gemacht werden. Das ist eine halbseidene Reaktion. Ihre Idee, in dieser Situation an eine solche Person heranzutreten, war richtig daneben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweites Thema: Wissenschaft. Sie sprechen in Ihrer Rede davon, dass die Hochschulen ein neues Profil in den Bereichen Nanowissenschaft, Medizin und Biowissenschaft entwickeln müssen. Das ist unbestritten. Hier ist auch schon etwas getan worden. Aber ich glaube, dass man nach dem 11. September noch einmal neu nachdenken darf.

Wenn zum Beispiel Mohammed Arkoun – Islamwissenschaftler algerischer Herkunft an der Sorbonne – sagt, diese Attentäter hätten zwar Atomphysik oder Informatik studiert, aber sie haben keine Ahnung von der Geschichte ihrer und unserer Zivilisation, dann steht doch zu Tage, dass noch etwas ganz anderes fehlt. Der Atta war ein guter naturwissenschaftlicher und Architekturstudent, aber die Beschäftigung mit den Grundlagen der eigenen Kultur ist eine noch elementare Frage.

Über Förderung der Geistes- und Kulturwissenschaften haben Sie in Ihrer Rede keinen Ton gesagt, als ob das nicht profilprägend wäre.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Freytag, Sie führen uns ja schon länger immer wieder vor und Herr von Beust ist Ihnen jetzt darin gefolgt: Man konnte doch gar nicht wissen, wie die finanzielle Situation ist, zunächst muss ein Kassensturz gemacht werden.

Ich war einmal vier Jahre lang Sprecher der GAL im Haushaltsausschuss und bin dann als Senator in die Regierung gekommen. Ich weiß noch ganz genau, dass wir in die Regierung gegangen sind und ganz genau wussten, was mit dem Haushalt los ist; so doof waren wir nicht. Das kann man sich erarbeiten, das können Sie mir glauben, wir wussten es genau.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Doof! Sehr parlamentarisch! Doof haben wir Sie nie genannt!)

– Ich bitte um Entschuldigung, wenn mir das herausgerutscht sein sollte, Herr Freytag, das ist nicht so gemeint.

Dieses Spiel, Sie hätten davon keine Ahnung haben können, ist Leute für dumm verkaufen, denn kein Feld der Politik ist so übersichtlich wie die Haushaltspolitik, und das gilt so ziemlich für alle rechtsstaatlich organisierten Länder.

(Dr. Willfried Maier GAL)

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Viertens: Verkehrspolitik. Herr Peiner hat gesagt und Herr von Beust hat es wiederholt, dieses solle eine wachsende Stadt werden. Nun leben wir allerdings in der Großstadtregion der Bundesrepublik, die so rasch wächst wie keine andere; der Großraum Hamburg ist die raschest wachsende Region. Die Schrumpfung in der Stadt entstehen dadurch, dass die Menschen nicht mehr in Hamburg wohnen, sondern außerhalb, und was fällt den genialen Verkehrspolitikern ein? Die Adern des Verkehrs, die nach draußen führen, für den Autoverkehr

(Anja Hajduk GAL: Weitermachen!)

zu erweitern. Und was wird passieren? In dieser wachsenden Region kaufen noch mehr Leute die billigeren Grundstücke außerhalb. Aber eine Politik zu machen, die mehr Menschen in die Stadt holen soll, und dann auf die Erweiterung der Arterien für den individuellen Autoverkehr zu setzen, statt ein öffentliches Verkehrsmittel zu schaffen, das die Mobilität innerhalb der Stadt verbessert, ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Dr. Maier, gestatten Sie Herrn Müller-Sönksen eine Zwischenfrage?

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ja, bitte.

Zwischenfrage von Burkhardt Müller-Sönksen FDP: * Herr Maier, kann es sein, dass Sie eben einen Zusammenhang gebracht haben zwischen der Verkehrspolitik der rot-grünen Regierung in der Vergangenheit und dem Auswandern von Steuerzahlern? War das bisher der Hintergrund Ihrer Verkehrspolitik?

B

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Nein. Unsere Verkehrspolitik lief darauf hinaus zu sagen, wir wollen die Mobilität in der Stadt erweitern, wir wollen aber nicht dafür sorgen, dass das nur für einen Verkehrsträger günstig ist, und zwar für den Verkehrsträger, der die maximale Zersiedelung in der Fläche produziert

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und damit Kosten im Bereich der Infrastruktur produziert, denen wir nicht mehr hinterherlaufen können.

(Dietrich Wersich CDU: Haben Sie deshalb die S-Bahn ausgebaut?)

Deswegen wollten wir die Stadtbahn, weil sie pro Kilometer nur etwa ein Fünftel von dem kostet wie eine U-Bahn. Wenn man eine flächendeckende Anbindung der Gebiete, die an der Peripherie liegen, haben will, dann muss man das billigere System nehmen. Wir sind doch keine ideologischen U-Bahn-Gegner, sondern sagen, die können wir uns nicht leisten. Wenn wir das System flächendeckend ausbauen wollen, dann müssen wir das billigere Mittel nehmen, das aber auch leistungsfähig ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Da haben Sie aber keine Gelder für bereitgestellt!)

– Herr Freytag, Sie können doch nicht sagen, weil wir solche Gelder für die Stadtbahn noch nicht haben, geben wir fünfmal so viel für die U-Bahn aus; das ist doch ein Schnapsargument.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Wenn Sie es nicht bezahlen können, können Sie es nicht realisieren!)

C

Herr Frühauf, Sie sagen, es solle mehr Geld aus Brüssel geholt werden als bisher. Nun muss man wissen, dass man Geld aus Brüssel nur bekommt, wenn man in eine bestimmte Regionskategorie gebracht wird, nämlich in die Kategorie der armen Länder. Ich habe den Eindruck, wenn ich dem folgen soll, dass Sie daran arbeiten.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Anja Hajduk GAL: Armes Land!)

Letzte Bemerkung: Verschiedentlich ist gesagt worden – Herr von Beust hat es auch gesagt –, man solle nur den wirklich Bedürftigen helfen, okay. In Paragraph 2 BSHG heißt es: Sozialhilfe erhält nicht, wer sich selbst helfen kann. Herr von Beust hat pathetisch wiederholt, was Gesetzeslage ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Die Lebensrealität ist nicht immer Gesetzeslage! – Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie haben es anders gemacht!)

Also stellt man sich doch die Frage, was er denn ändern will. Dazu haben wir aber leider nichts gehört. Der Tenor der Regierungserklärung war ein bisschen, sehr prinzipielle Geschichten zu erklären. Aber: Where is the beef? Was soll eigentlich im Einzelnen passieren? Das ist ziemlich undeutlich geblieben, so dass mich das zur letzten Bemerkung bringt. Da ende ich gerne mit einem Zitat von La Rochefoucauld. Er hat einmal gesagt:

„Es ist leichter, der Ämter würdig zu erscheinen, die man nicht besitzt, als derer, die man bekleidet.“

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Das haben Sie eindrucksvoll bewiesen!)

D

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der ersten Rede vor einem Parlament ist es ein bisschen wie mit einer Liebeserklärung.

(Zurufe von der SPD: Olala! – Beifall bei Uwe Grund SPD)

Die ersten Worte sind die schwersten. Und da ich mich vor vielen Jahren bei der damaligen Gelegenheit schon ein wenig verstammelt habe, bitte ich Sie um Unterstützung, dass mir das hier jetzt nicht passiert. Jetzt können Sie aber klatschen, Herr Grund.

(Beifall bei Uwe Grund SPD)

Das hebt Sie positiv von meiner damaligen Freundin ab, die nämlich nicht geklatscht hat.

Herr Maier erwähnte gerade, was schon mehrere Kollegen der Opposition und auch der Presse gesagt haben, das Koalitionspapier sei wenig konkret. Er forderte mehr prinzipielle Ausführungen, Herr Grund nannte es einen Turbo-Text und so weiter und so fort; dem möchte ich aber entgegenreten. Die Koalitionsvereinbarung ist in der Tat sehr konkret. Um das zu belegen, lese ich Ihnen einmal einen kurzen Text vor, und dann können wir gemeinsam gucken, ob das vielleicht konkret ist.

(Petra Brinkmann SPD: Höchstens drei Zeilen!)

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

A „Der Entwicklung des Dienstleistungssektors in Hamburg kommt eine hohe Bedeutung zu.“

(Uwe Grund SPD: Sehr konkret!)

„Dafür ist ein nach Lage, Größe und Standortqualität breit gefächertes Flächenangebot vorzusehen und die Erschließung neuer Dienstleistungsfelder (Energie, Umwelt, Sicherheit, Medien, Telematik, Gesundheit und anderer unternehmensorientierter Dienstleistungen) zu unterstützen.“

(Uwe Grund SPD: Das ist Brei!)

– Herr Grund, seien Sie doch nicht so streng. Ist das wirklich Brei, Herr Grund?

(Uwe Grund SPD: Was verstehen Sie unter konkret?)

Das ist also nicht konkret. Wissen Sie, woher der Text kommt? Aus Ihrer Koalitionsvereinbarung von 1997.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Falls Sie ihn nachlesen wollen, er steht im Abschnitt 2.1.3 „Innovative Wirtschaftspolitik“. Es hat mich gewundert, dass Sie so einen Abschnitt in Ihrem Programm haben, das kenne ich bei Rotgrün gar nicht.

(Werner Dobritz SPD: Aber Wohlstand für alle steht bei Ihnen drin! Jetzt kommen Sie mal zur Sache!)

– Jetzt kommt wieder das Geschrei aus der Westkurve, das kennen wir ja schon.

Der neue Senat ist nicht zu beneiden, der alte Senat hat auf fast allen Gebieten ein Desaster hinterlassen.

B (Oh-Rufe bei der SPD – Michael Neumann SPD: Wo leben Sie eigentlich?)

– Geschrei aus der Westkurve. – Ich will keineswegs alle einzelnen Themengebiete hier abarbeiten, sondern konzentriere mich auf die Gesundheitspolitik. Es ist unmöglich, das gesamte Desaster, das Sie angerichtet haben, in einer Redezeit von 60 Minuten unterzubringen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich nehme mir dieses Thema vordergründig heraus, weil es ein Thema von mir ist, wichtig ist aber etwas anderes. Es ist richtig, dass die Menschen sich Sorgen machen, wenn nicht für ihre Sicherheit gesorgt ist. Aber noch viel größere Sorgen machen sie sich, wenn sie krank sind, vielleicht in Todesangst zum Arzt gehen und aufgrund rotgrüner Gesundheitspolitik im Bund und auch in Hamburg damit rechnen müssen, dass der Arzt sich nicht um ihre Krankheit, sondern um das Budget kümmern muss. Das ist erstens extrem unsozial

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

und zweitens ein Zeichen dafür, dass Sie zur Planwirtschaft neigen.

(Zuruf von Tanja Bestmann SPD)

Sie wollen die Ärzte treffen, treffen in Wirklichkeit aber die Patienten. Jetzt können Sie sagen, das haben wir zwar im Bund gemacht, distanzieren uns aber davon. Ich würde Ihnen nichts vorwerfen, wenn Sie sich wenigstens bemüht hätten, dies in Hamburg abzumildern.

(Petra Brinkmann SPD: Weil Sie als Zahnarzt betroffen sind!)

Das haben Sie nicht gemacht, sondern es im Gegenteil in Hamburg noch auf die Spitze getrieben. Hamburg ist nicht nur die Verbrechenhauptstadt, Hamburg ist auch die Hauptstadt schlechter Gesundheitspolitik, und das werde ich an acht Beispielen vorführen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erstens: Hamburg hat die höchste Bettendichte in ganz Deutschland, auch unter den Stadtstaaten. Sie reden sich immer gerne mit den Stadtstaaten heraus, aber die Stadtstaaten Berlin und Bremen haben eine geringere Bettendichte als Hamburg.

(Uwe Grund SPD: Sie wollen ja noch ein paar dazu machen!)

Der zweite Punkt ist der einzige Punkt, bei dem Sie nicht Spitze sind. Bei den Fallkosten sind Sie nur Nummer zwei, aber die zweithöchsten Fallkosten von 16 Bundesländern ist auch schon eine satte Leistung.

Drittens schlechte Planung: 78 Prozent der Hamburger Krankenhausbetten gehören zur höchsten Versorgungstufe. Im ersten Moment überrascht das, im zweiten Moment nicht, denn Ihr Stil war generell, wenn ich schon hinlange, dann richtig, wenn ich mich schon von meinem Verein bedienen lasse, nehme ich nicht Wiener Würstchen, sondern Lachsbrötchen. Und genauso machen Sie es bei den Krankenhausbetten auch.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Michael Neumann SPD: Das Ergebnis sitzt da vorne im Präsidium!)

Viertens die marktbeherrschende Stellung des Landesbetriebs Krankenhäuser: Ich kann mich gut entsinnen, dass zu Recht rotgrüne Politiker rhetorisch gerne auf marktbeherrschende Unternehmen einschlagen; hier haben Sie aber selbst ein solches Unternehmen. Über 50 Prozent der Hamburger Krankenhauskapazitäten sind in Händen des LBK, fürwahr eine marktbeherrschende Stellung. Warum kritisieren Sie das nicht? Liegt es vielleicht daran, dass einer Ihrer Genossen aus Hamburg-Nord der Chef ist?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Bei Punkt 5 kommen wir noch einmal auf den Haushalt zurück: Der LBK hat mit der großartigen sozialdemokratischen Leistung eine Finanzlücke von fast einer Milliarde Mark angehäuft.

Sechstens: Es überrascht nun wirklich nicht, dass solch ein Unternehmen wie der LBK mit seinen Helfershelfern natürlich am meisten vor privater preiswerter Konkurrenz Angst hat.

(Petra Brinkmann SPD: Das stimmt ja überhaupt nicht!)

Deshalb haben Sie die CardioClinic aus dem Krankenhausplan entfernt, und das werden wir ändern.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Uwe Grund SPD: Aber Ihnen ist schon klar, dass Sie jetzt in der Regierung sitzen?)

Sie können es noch besser, keine Angst.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Siebtens: Die Betriebskrankenkasse der Freien und Hansestadt Hamburg, die nicht nur zufällig den Namen dieser Stadt trägt, sondern auch fest in sozialdemokratischer Hand war, ist, wir ahnen es schon, die teuerste Krankenkasse in ganz Deutschland. Obwohl sie so viel Geld einnimmt und den höchsten Beitragssatz hat, hat sie es geschafft, fast 100 Millionen DM Schulden anzuhäufen. Das läuft für mich noch unter einem finanzpolitischen Problem. Was aber in den letzten Monaten passiert ist, ist kein finanzpolitisches Problem mehr, sondern ein Skandal, denn die Betriebskrankenkasse der Freien und Hansestadt Hamburg möchte sich sanieren, und zwar auf Kosten der Ärzte und Patienten. Es gibt dreißigprozentige Leistungskürzungen, es gibt Verträge, in denen ungelernte Personen Pflegedienste erbringen sollen und so weiter und so fort. Da hört für mich der Spaß auf, und dies ist kein Finanzproblem mehr, sondern schlicht ein Skandal, ein Bankrott sozialdemokratischer Gesundheitspolitik.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Krista Sager GAL*: Erzählen Sie doch mal, was Sie da machen wollen! Sie sind doch jetzt in der Regierung!)

Achtens ist vielleicht das Schlimmste: Sie haben nicht gezögert, Ärzte reihenweise zu kriminalisieren. Der Begriff Herzklappenskandal ist Ihnen sicherlich bekannt.

(*Uwe Grund SPD*: Was ist denn das für ein Ding?)

90 Prozent der Verfahren wurden von der von Ihnen beaufsichtigten Staatsanwaltschaft eingeleitet, aber nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Nehmen Sie nicht mein Wort, sondern nur die Kommentare Ihrer verdienten Genossen Frank Ulrich Montgomery und Henning Voscherau. Lesen Sie in der Zeitung oder in Ihren internen Mitteilungen, wie schrecklich das ist. Und warum machen Sie so etwas? Weil Sie ein grundsätzliches Misstrauen haben gegenüber Ärzten und denen, die dort arbeiten. Das haben Sie nämlich nicht nur gegenüber Polizisten – das ist schon oft diskutiert worden –, sondern genauso gegenüber Ärzten.

- B

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Und das ist für mich der Schlüsselpunkt des Ganzen. Wenn also jetzt der Senat des Aufbruchs – so nenne ich ihn gerne – anfängt, muss er nicht nur mehr Lehrer und mehr Polizisten einstellen, nicht nur den Filz zerschlagen und die Miswirtschaft der Betriebskrankenkasse in Hamburg beenden, nicht nur den LBK privatisieren und die Cardio-Clinic erhalten, sondern vor allem wieder für Vertrauen sorgen. Er muss für Vertrauen zu Polizisten sorgen, deshalb brauchen wir keine Polizeikommission, er muss für Vertrauen für Lehrer und vor allem für Vertrauen für alle Leute sorgen, die im ärztlichen Betrieb arbeiten.

(*Michael Neumann SPD*: Dann muss er ja stark sein!)

– Das können wir. – Sie haben das nicht mehr gemacht und Herr Wowereit würde dazu sagen: Sie sind abgewählt worden und das ist auch gut so. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wohlstand für alle Zahnärzte!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Dann ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf, die Drucksache 17/1: Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union. C

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union – Drucksache 17/1 –]**

Vorgeschlagen sind Herr Berndt Röder von der CDU-Fraktion und Frau Dr. Barbara Brüning von der SPD-Fraktion. Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Auch hierzu gebe ich den Hinweis, dass Sie bei den Namen je ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Stimmenthaltungen vorfinden. Mehrere Kreuze bei einem Namen oder weitere Eintragungen und andere Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig; auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Sind für alle Mitglieder des Hauses Stimmzettel verteilt? – Das ist der Fall. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Sie haben die Wahlentscheidung vorgenommen. – Danke schön. Dann bitte ich die Schriftführerinnen, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass wir ohne Unterbrechung in der Tagesordnung fortfahren und das Ergebnis dieser Wahl zu Protokoll gegeben wird. Dazu gibt es keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.*

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf, Drucksache 17/24: Bericht über die Tätigkeit der Kreditkommission für die Jahre 1997 bis 2000. D

**[Senatsmitteilung:
Bericht über die Tätigkeit der Kreditkommission für die Jahre 1997 bis 2000 – Drucksache 17/24 –]**

Hiervon soll die Bürgerschaft Kenntnis nehmen und das hat sie getan.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.48 Uhr

* Ergebnisse siehe Seite 79.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Manfred Mahr und Doris Mandel.

Zu Punkt 1**Anlage**

(Siehe Seite 78 C.)

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses
der Regionen der Europäischen Union**

	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Gewählt wurden:				
Berndt Röder	112	72	31	9
Dr. Barbara Brüning	112	97	6	6